

# Arbeits

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. Februar 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Bittere Wahrheit.

Das die in Deutschland herrschende Wirtschaftskrise wenigstens in ihrer schrecklichen Wirkung auf die Lage der Arbeiterklasse zu den schwersten gehört, von denen das herrschende Wirtschaftssystem seit 1873 heimgesucht worden ist, daran kann kaum mehr ein Zweifel bestehen. Trotzdem waren wir auf das Schmerzlichste überrascht, als uns das schreckensvolle Resultat der Berliner Arbeitslosen zählung bekannt wurde. Ueber Hunderttausend Menschen arbeitslos, das bedeutet daß ungefähr jeder sechste Berliner Arbeiter seines Lebensunterhaltes beraubt ist, sich und seine Familie mitten im Winter dem drohenden Elend der Obdachlosigkeit und des Hungers preisgegeben sieht. Das müßte fürwahr eine fürchterliche, unerträgliche Vorstellung für jeden Menschen sein, eine Vorstellung, die die Gewissen wecken und die Laten hervorrufen müßte.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß das Elend der Krise, der Hunger der einen, der aus dem Ueberfluß der anderen entsteht, die Arbeitskrise, die im selben Moment erzwungen wird, wo auf der anderen Seite Produktionsmittel im Ueberfluß vorhanden sind, die nur von den vergeblich Arbeit heischenden Menschen in Bewegung gesetzt zu werden brauchen, um allem Elend ein Ende zu machen, keine Naturnotwendigkeit, sondern um das Produkt einer fehlerhaften, regellosen Gesellschaftsorganisation ist, deren geschichtliches Recht längst zum fürchterlichsten Unrecht geworden ist. Deshalb ist für uns die Zeit der Krise die Zeit unserer leidenschaftlichsten Anstrengungen, die Sache des Sozialismus zum Siege zu führen und zugleich durch verdoppelte Arbeit an unseren Organisationen zu verhindern, daß die Unternehmer die Lasten der Krise noch mehr auf die Arbeiterklasse abwälzen und zu dem Elend der Arbeitslosigkeit noch das der Lohnentzug hinzusetzen. Aber auch für diejenigen, ja gerade für die, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen, müßte die Krise der Ansporn sein, durch organisierte Hilfeleistung durch Staat und Gemeinde den Beweis zu erbringen, daß ihre Gesellschaftsordnung nicht völlig bankrott, daß auch auf deren Boden für arbeitende Menschen das Elend kein unentrinnbares Geschick sei. Und Dank müßten sie den Organisationen der Arbeiter wissen, die keine Mühe gescheut haben, um festzustellen, was ist, und eine Pflicht erfüllt haben, die von rechtswegen Sache des Staates und der Kommunen ist.

Die Arbeitslosenzählung vom 18. Februar ist fürwahr ein glänzendes Zeugnis von der Lässigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Organisationen. Ungefähr 50 000 Zähler, von denen 40 000 die politische und 10 000 die gewerkschaftliche Organisation gestellt hat, unterzogen sich der mühevollen Aufgabe, selbstverständlich ohne jede Entschädigung. Wer auch nur einen flüchtigen Einblick in das Urmaterial unserer Statistik tun konnte, müßte überrascht sein von der Zuverlässigkeit und peinlichen Genauigkeit, mit der die Zähler ihr Werk verrichtet haben. Unsere Genossen wußten, daß es uns nur darauf ankam, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu erfahren, wußten ja auch aus unmittelbarer Erfahrung, daß diese Wahrheit schlimm genug sein würde. Und gegenüber den perfiden Verdächtigungen einzelner kapitalistischer Soldatenschreiber, müssen wir es Ihnen schon sagen, daß sie sich den Dank und die Anerkennung der Berliner Arbeiterklasse reichlich verdient haben.

Ebenso gewissenhaft erfolgt die Verarbeitung und Sichtung des Materials durch sachmännisch gebildete und durchaus objektive Kräfte. Die bürgerliche Presse will freilich das Resultat unserer Zählung nicht gelten lassen und allerlei Polemiken gegen unsere Veröffentlichungen sind zunächst das Einzige, das die publizistischen Vertreter des deutschen Bürgertums für die fürchterliche Notlage der deutschen Arbeiter übrig haben. Aber ihre Einwände können leicht zurückgewiesen werden und gerade die Richtigkeit ihrer Bemängelungen beweisen die Richtigkeit unserer Statistik. Diese kann am wenigsten durch die amtliche Arbeitslosenzählung, die am Dienstag stattgefunden hat, erschüttert werden. Denn deren Fiasko ist offensichtlich. Die amtliche Statistik hat nämlich nach dem vorläufigen Ergebnis nur 23 670 Arbeitslose gezählt, davon 19 303 in Berlin und 4367 in 19 Vororten, also noch weniger als die 28 006 in Berlin und 12 206 in 27 Vororten bei der Zählung vom 17. November 1908 Ermittelten. Im einzelnen wurden am Dienstag gezählt: Charlottenburg 1830, Nirdorf 1559, Wilmerdorf 186, Weihensee 259, Vorhagen-Rummelsburg 217, Friedenau 30, Ober-Schöneweide 159, Friedrichsfelde 24, Regel 60, Treptow 34, Tempelhof 37, Nieder-Schönhausen 19, Briz 87, Mariendorf 71, Johannisthal 16, Adlershof 84, Stralau 12, Groß-Lichterfelde 118. Es fehlen demnach Schöneberg, Spandau, Steglitz, Rankow, Köpenick, Dahlem, Lankwitz und Kopenick, die zum Teil die Beteiligung an der amtlichen Zählung abgelehnt hatten.

Die Tatsache, daß bei der jetzigen Zählung eine geringere Zahl ermittelt wurde als im November, obwohl es unbestritten ist, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seitdem bedeutend verschlechtert haben, beweist unwiderleglich die völlige Wertlosigkeit der amtlichen Sta-

tistik. Ihr einziges Ergebnis ist nur die Feststellung des absoluten Bankrotts ihrer Methode des Meldesystems. Dessen Unzuverlässigkeit ist jetzt experimentell bewiesen und es ist eine unabweisbare Notwendigkeit, daß auch der Magistrat daraus die Konsequenzen zieht und zum Zählsystem übergeht, will er sich nicht dem Verdacht aussetzen, nicht die Ermittlung der Wahrheit, sondern die Vertuschung zu wollen. Der Magistrat kann dies um so eher, als ihm daraus keine höheren Kosten erwachsen, da unsere Organisationen bereit sind, die nötigen Zähler beizustellen. Uebrigens gibt auch der Direktor des Statistischen Amtes, Professor Silbergleit, unumwunden zu, daß die amtliche Statistik kein einwandfreies Resultat ergeben hat. Es mag auch richtig sein, daß unsere Zählung insofern das amtliche Resultat beeinflusst hat, als die Arbeitslosen die Notwendigkeit nicht einsahen, sich ein zweitesmal einer unbequemen Art der Zählung zu unterziehen.

Da also mit der amtlichen Statistik nicht viel anzufangen ist — nur ein Scherzstück besitzt die aufreizende Dummheit, die amtliche Zahl eher zu hoch zu finden! — so stürzen sich die Gegner auf einen anderen Einwand, der ihnen vom Statistischen Amt geliefert wurde. Unsere Statistik soll die Zahl der Arbeitslosen zu hoch angeben, weil sie auch die Kranken, also Erwerbsunfähigen mitgezählt habe. Auf unsere Feststellung, daß die 11. Frage unseres Fragebogens gelaute habe: „Waren Sie während dieser Zeit (der Arbeitslosigkeit) erwerbsunfähig wegen Krankheit?“ wird geantwortet, daß die Frage „Sind Sie noch krank?“ gefehlt habe, wodurch allein die Ausschcheidung der zurzeit Kranken gefehert gewesen wäre. Dies wäre aber von Wichtigkeit, da die Zahl der bei den Berliner Krankenkassen am 1. Februar vorhandenen Kranken ungefähr 30 000 betragen habe. Unsere Statistik bringe aber nur 2089 Karten als zweifelhaft in Abzug, was viel zu wenig sei.

In der Tat, träfen diese Behauptungen zu, dann wären unsere Zahlen zwar noch immer erschreckend hoch, aber doch übertrieben. Dem ist nicht so. Zunächst ist zu bemerken, daß zweifellos die Zahl der Kranken durch die Arbeitslosigkeit angeschwollen worden ist. Denn jeder mit diesen Verhältnissen Vertraute weiß, daß eine Anzahl chronisch Kranker, die sich zur Not noch aufrecht erhalten, solange sie Arbeit haben, wenn die Arbeitslosigkeit hereinbricht, sich krank melden müssen. Aber diesen Umstand erwähnen wir hier nur der Vollständigkeit halber. Uns kommt es vielmehr auf andere Momente an.

Die von uns als Resultat angegebene Zahl von 101 300 Arbeitslosen ist keineswegs die ermittelte Höchstzahl. Dazu kommen 6051 in Herbergen und Asylen befindliche Personen, von denen höchstens 20 Prozent als Gelegenheitsarbeiter in Abzug zu bringen wären und die 2089 für Berlin und die 1378 für die Vororte als zweifelhaft in Abzug gebrachten Karten. Will man also die 27 000 Kranken — und um so viel, nicht um 30 000 handelt es sich — abrechnen, so müßte man die Zahl von zirka 110 000 zugrunde legen. Dann würde es sich noch um eine Differenz von zirka 17 000 handeln. Von diesen kommen noch diejenigen Arbeiter in Abzug, die am 18. Februar in Spitalpflege waren, von uns gezählt, aber natürlich nicht in unsere Statistik aufgenommen wurden. Ihre Zahl beläuft sich auf zirka 3700, so daß nur mehr 13 300 verbleiben. Außerdem aber wurden außer den von uns als zweifelhaft angeführten mehrere Tausend Zählkarten, aus deren Inhalt sich ergab, daß der Arbeitslose zurzeit der Zählung krank war, ebenfalls von vornherein ausgeschlossen. Die genaue Zahl wird nach der endgültigen Bearbeitung noch angegeben werden. Man sieht, von den 27 000 Kranken bleiben nur recht wenige übrig, die eventuell auch in unserer Zählung aufgenommen sein könnten, und die schreckensvolle Zahl von 100 000 Arbeitslosen bleibt bestehen. Um aber den Zweiflern auch die letzten Bedenken zu zerstreuen, wird in den nächsten Tagen — in Schöneberg amtlich, in mehreren Vororten durch die Organisation — in allen Fällen, wo es zweifelhaft geblieben ist, ob die in den Zählkarten angegebene Krankheit zurzeit der Zählung noch andauerte, durch Recherchen dieser Umstand festgestellt werden. Es wird sich dann zeigen, daß, wenn überhaupt, so nur in einem ganz geringen Prozentsatz Kranke in die Zähllisten aufgenommen wurden.

Die Behauptung also, daß unsere Statistik übertrieben oder gar unzuverlässig ist, zeugt nur von dem schlechten Gewissen und von der Verlegenheit, in die der große Umfang der Arbeitslosigkeit unsere Gegner gestürzt hat. Und dabei erhebt auch unsere Zählung die Arbeitslosigkeit nicht in ihrem ganzen Umfang. In unsere Statistik wurden nicht gerechnet die Gelegenheitsarbeiter; ein Friseur oder ein Kellner, die Angaben, nur Sonnabend und Sonntag beschäftigt zu sein, wurden als nicht arbeitslos behandelt. Dann aber dürfte auch die Zahl der von uns ermittelten weiblichen Arbeitslosen hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Von den 101 300 Arbeitslosen waren nämlich weibliche: in Berlin 10 060, in den Vororten 3217 Personen, eine Zahl, die weit hinter dem Verhältnis zurückbleibt, das die Arbeiterinnen zu den Arbeitern bilden.

So bleibt es trotz aller Anpreisungen bei der bitteren Wahrheit: Die Arbeitslosigkeit in Berlin, und was für Berlin gilt, gilt für alle Industriestädte, hat einen Umfang angenommen, der sie zu dem ernstesten Problem der nächsten Zeit macht. Hier einzugreifen ist dringend nötig, und was geschehen muß, muß rasch geschehen. Es

ist die dringendste Pflicht der Gemeinden Groß-Berlins, nachdem sie schon allzu lange gezögert haben, alle Maßregeln zu ergreifen, die die furchtbare Not des wichtigsten Teils ihrer Einwohner lindern können.

#### Die Irrgänge der deutschen Marokkopolitik

Der Kaiser hat anlässlich des Abschlusses des Marokko-Vertrages ein Telegramm an den deutschen Votschafter in Paris, Fürsten Radolin, gerichtet, worin er den Votschafter beglückwünscht und ihm seinen Dank ausspricht. Die Depesche schließt: „Dieser Abschluß hat den ohnehin gelungenen Königsbesuch noch freundschaftlicher gestaltet. Seine Majestät hat mich lebhaft beglückwünscht. Ich gebe Cambron das Großkreuz des Roten Adlers.“

Der Pariser „Matin“ hat den deutschen Votschafter um einen Kommentar zu diesem Telegramm gebeten und es ist ihm darauf vom Fürsten Radolin erklärt worden, daß der Kaiser eine lebhafteste Genugtuung über den Abschluß empfunden habe, weil der Vertrag der friedlichen Verständigungspolitik entspreche, die der Kaiser stets unterstützt habe. Der Kaiser habe jede Gelegenheit ergriffen, um Frankreich seinen Wunsch auszudrücken, Verstimmungen und Differenzen zu vermeiden.

An diese Aeußerung Radolins knüpft der „Matin“ einen Kommentar in Form einer Unterredung mit einer ungenannten Persönlichkeit über die Haltung des deutschen Kaisers gegenüber Frankreich. Diese Persönlichkeit, in der man ein Mitglied der deutschen Botschaft in Paris vermutet, sagte:

„Seit Beginn der Marokkokrise hat es zweifellos viele Mißverständnisse gegeben, aber weder Frankreich noch der Kaiser wollten diese Mißverständnisse. Nur der Ueberzeiber gewisser subalterner Agenten und deren übermäßiger Eizergis, mitunter auch einfache administrative Chiffanen haben die beiden Nationen wiederholt in schwierige Situationen gebracht, so daß man einen offenen Konflikt befürchten konnte. Jedemal aber war es der Kaiser, der das Gewicht seiner Autorität in die Waagschale warf, um die Schwierigkeiten zu beseitigen. Nur ungern ging der Kaiser nach Tanger, denn er gab sich völlige Rechenschaft über diesen Schritt. Auch bei der Affäre von Casablanca gab der Kaiser seinen Willen kund, die Angelegenheit so rasch als möglich zu erledigen. Nach Schlichtung des Konfliktes von Casablanca sagte der Kaiser zu einem intimen Freunde: „Ich habe den Befehl erteilt, die Affäre innerhalb 48 Stunden zu erledigen, und alles ist nun glücklich geregelt.“

Noch schwieriger war die Aufgabe des Kaisers im Jahre 1905. Damals war die Situation außerordentlich ernst. Die Diplomaten, die Umgehung des Kaisers, ja die gesamte deutsche Armee wünschte den Krieg mit Frankreich. Frankreichs Rüstungen ließen damals viel zu wünschen übrig, ein Sieg Deutschlands wäre daher leicht zu erringen gewesen. Trotzdem aber ließ sich der Kaiser durch keinerlei Einflüsse bestimmen, von seiner friedliebenden Haltung abzuweichen. Ein Jahr später sagte der Kaiser zu einer ihm befreundeten Person: „Ich hätte es sehr gern gesehen, wenn ein französisches Schiff zu den Resten in Kiel erschienen wäre, allein es scheint, daß man mich noch immer für zu kompromittierend hält.“

Der Gewöhmann des „Matin“ schloß, daß auch das Zustandekommen des Marokkoabkommens der Friedenspolitik des deutschen Kaisers zu danken sei.

Nach dieser Darstellung wäre es also der Kaiser, der die Dummheiten der deutschen Diplomatie wieder gut gemacht hätte! Der nur ungern die romantische Tangerfahrt angetreten hätte, die doch sonst zu seinen Reigungen so gut zu passen schien! —

Jetzt soll Bülow in vollem Umfange die Schuld an all den diplomatischen Niederlagen, für alle die gefährlichen Situationen tragen, die die deutsche Marokkopolitik dem Reich befeuert hat. Das persönliche Regiment ist nicht das die heiligen Kräfte Bülows stützende Element, wie es nach den Enthüllungen der Novembertage feststand, sondern ihm ist vielmehr die glückliche Lösung des verfluchten Marokkoäuels zu danken! Wie wird dem Kanzler werden, wenn er diese Stimmungsmache für den Monarchen liest, die zugleich Stimmungsmache gegen den Kanzler ist?

Die Kamarilla ist wieder in Tätigkeit. Und wenn die Reichsfinanzreform im Hofen ist, dann kann ein Nohe gehen.

#### Zur Militärreform in Belgien.

Brüssel, 18. Februar. (Eig. Ber.)

Die Militärdebatte, die für kurze Zeit im November und Dezember des verflochtenen Jahres die belgische Kammer beschäftigte, hatte mit dem Antrag des Interpellanten Sney einen vorläufigen Abschluß gefunden, der darin bestand, eine Kommission zu ernennen, die die Resultate des Militärgesetzes vom Jahre 1892 über die Wirkungen des Volontariats, des in Belgien herrschenden Freiwilligen-systems, und über das vom Kriegsminister Pellebaut vorgelegte Ziffern- und Tatsachenmaterial, das den Vankrott des bisherigen Systems in eklatantester Weise darthut, zu überprüfen hätte. Der Antrag fand die Unterstützung der Regierung, die im Verein mit den militärreformfeindlichen Elementen der Rechten, insbesondere Boeste, jede parlamentarische Behandlung der Reform, wenn sie nur eine Aufschiebung versprach, einer Gesetzesvorlage vorzog — die nach der Rede des Kriegsministers eigentlich die einzig richtige Lösung gewesen wäre.

Über wie schon so oft in den letzten Jahren, seit sich das Parteiengebilde infolge der Spaltung innerhalb der Rechten erschoben hat, zeigte der belgische Parlamentarismus auch bei dieser Frage eine ganz eigenartige Erscheinung. Es konnte geschehen, daß der Kriegsminister, dessen Ausführungen in klarem Bismarckmaterial den Bankrott eines Gesetzes verurteilte und im Zusammenhang damit eine Reform des Militärgesetzes forderte, von der Regierung völlig im Stiche gelassen wurde. Der Kriegsminister hatte als grundlegende Ursache für eine Militärreform, die er in einer Aufhebung des Stellvertreter-systems und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sieht, die Tatsache angeführt, daß die belgische Armee für den Verteidigungsfall in ihrer derzeitigen Größe nicht ausreichte, da die Riffen über die Friedensarmee nicht 12000 Mann, sondern um 8000 Mann weniger beträgt. Die Regierung ging damals so weit, in ihren Blättern verkünden zu lassen, daß Hellebants Erklärungen und Schlüsse persönlicher Natur seien und damit ging auch gleich das Gerücht Hand in Hand, daß sich die Regierung und ihr bald als ihr Freund, bald als ihr Feind auftretender, aber immer intrigierender Ratgeber Woeste des ungewissen Regierungsmittels entledigen wollen. Indes gab es ja immerhin den rettenden Ausweg, eine Kommission einzusetzen und so die Reform womöglich über das Wahljahr 1910 hinaus zu verschleppen. Und darauf kommt es der Regierung vor allem an. Der seltsam „antimilitaristische“ Standpunkt der Regierung, die zwar Millionen für die Antwerpener Festungen begehrt, aber selenruhig bleibt, wenn der Ministerkollege Hellebant die Armee als unzureichend für den Verteidigungsfall hinstellt, erklärt sich aus sehr einfachen machtpolitischen Gründen. Der Ministerpräsident Schollaert hat erklärt, eine Militärreform könne nur gemacht werden, wenn er sich auf die volle Zustimmung der Rechten stützen könne. Nun besitzt die Rechte eine große Anzahl von Fürsprechern für die Militärreform, wie den angesehenen Carton de Wiart, Deernaert usw., was diesen von der Regierung und den anderen Gegnern der allgemeinen Wehrpflicht den Vorwurf eintrug, sie wollten die „Majorität“ zerplündern. Aber es hat sich in den letzten Jahren gerade bei allen größeren Reformen von prinzipieller Bedeutung gezeigt, daß die Regierung in der Minorität bleibt, wenn sie nur auf die Rechte zu zählen hätte. Mit Recht wendet die Liberale „Stolle Belgie“ ein, daß die Regierung die Kongoanregion mit Hilfe der Liberalen zustande gebracht und auch bei der Frage der Antwerpener Festungen die Rechte die Hilfe der Liberalen nicht verschmäht. Bei der Frage der allgemeinen Wehrpflicht indes laptrigiert sie sich auf „ihre Majorität“. In Wirklichkeit liegt die Sache eben so, daß die liberale Regierung, die von einer Wahlerperiode zur anderen ihre Majorität zusammenschmelzen sieht, eine neue Gefahr darin sieht, mit der Militärreform vor ihre ländlichen Pluralwähler zu treten.

Kürzlich haben die Sektionen über den Antrag Snoy beraten und von den sechs Sektionen haben sich drei für und drei gegen die Errichtung einer Untersuchungskommission zur Prüfung des vom Kriegsminister vorgelegten Materials ausgesprochen. Die Zentralsektion (in der die sozialistische Gruppe durch Genossen Bertrand vertreten war) hat sich mit vier gegen drei Stimmen für das Prinzip der Kommission ausgesprochen. In Stimmen ausgedrückt stand übrigens das Resultat so, daß 82 Mitglieder der Sektionen gegen den Verschleppungsantrag und nur 50 für diesen stimmten. Diese Woche kommt der Bericht vor die Kammer, wo sich die Debatte wohl vorzüglich um die Abgrenzung der Kommissionsarbeiten drehen wird.

Die Situation der Regierung bleibt indes heikel genug. Sie hat keine feste Majorität in dieser Frage und Liberale und Sozialisten in geschlossener Front gegen sich. Wird Herr Woeste bewegliches Intrigenpiel die Situation im Jubiläumsjahr der 25-jährigen Herrschaft des Merkantilismus retten und wie wird sich der Kriegsminister, der mit sympathischer Rechtschaffenheit und Festigkeit seinen Standpunkt in der Militärreform vertritt, einer sichtbar unreinen Verschleppungsmaße gegenüber verhalten? Er hat sich allerdings für eine Untersuchungskommission ausgesprochen, weil er wünscht, daß sich die Gerechtigkeit seiner Riffen bewahrheitet, obgleich ihm von Sozialisten und Liberalen zugerufen wurde, daß sein Beweismaterial nicht angezweifelt werde — wogegen Herr Woeste, der Regierungsmann, die Riffen des Ministers über das Scheitern des Voluntariats und die Ausdehnung der Armee bestritt.

Eben hat die belgische Kammer die Debatte über die Regelung der Arbeitszeit im Bergbau begonnen, und schon zeigt es sich, daß die Regierung unter der Führerschaft ihres Arbeitsministers — die armfeligste und reaktionärste Kammer des Ministeriums Schollaert — das Gesetz auf die Bahnen der kapitalistischen Doktrinaire von rechts und links zu leiten beabsichtigt. Von der Unterrichts- und Wasserreform keine Spur — die Militärreform im Schoße einer Kommission begraben — wahrlich, betrachtet man das vierteljahrhundertliche „Lebenswerk“ der Merkantilen in ihrem Jubiläumsjahr, dann zeigt sich die ganze Trostlosigkeit dieser Streber- und Waffenspolitik, die als ihr vornehmstes politisches Werk nichts anderes hinterlassen wird als die in landeszugehörige oerwandelte, verfassungsmäßig betriebene Ausbeutung der Kongo-Sklaven.

## Beschlüsse der von der verstärkten Geschäftsordnungskommission eingesetzten Redaktionskommission.

Nach den Beschlüssen der verstärkten Geschäftsordnungskommission in erster Lesung sind die §§ 32 ff. der Geschäftsordnung wie nachstehend zu fassen:

§ 32. Interpellationen an den Bundesrat oder den Reichskanzler müssen, bestimmt formuliert und von 30 Mitgliedern unterzeichnet, dem Präsidenten des Reichstags überreicht werden.

Der Präsident teilt die Interpellation abschriftlich sofort dem Reichskanzler mit und fordert ihn im Reichstage spätestens am dritten auf die Einbringung der Interpellation folgenden Sitzungstage zur Erklärung darüber auf, ob und wann er die Interpellation beantwortet werde.

Erklärt der Reichskanzler sich zur Beantwortung bereit, so erhält an dem von ihm bestimmten Tage der Interpellant das Wort zur Begründung der Interpellation.

§ 33. An die Beantwortung der Interpellationen oder deren Ablehnung darf sich eine sofortige Besprechung ihres Gegenstandes anschließen, wenn mindestens 30 Mitglieder darauf antragen.

Falls der Reichskanzler auf die Aufforderung des Präsidenten eine bestimmte Erklärung, ob und wann er die Interpellation beantworten wolle, nicht erteilt, oder die Frist bis zur Beantwortung auf mehr als zwei Wochen, vom Tage ihrer Einbringung an gerechnet, bemittelt, so beschließt der Reichstag in einer der nächsten drei Sitzungen, ob und wann er eine Besprechung des Gegenstandes der Interpellation vornehmen will. Die Beschlusssatzung erfolgt ohne Diskussion.

§ 33a. Bei der Besprechung von Interpellationen dürfen nur solche Anträge eingebracht werden, die sich auf den Gegenstand der Interpellation beschränken und keine Beschlusssatzung enthalten. Sie müssen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Falls gegen die Zulassung eines Antrages Widerspruch von mindestens 30 Mitgliedern erhoben wird, beschließt darüber der Reichstag sofort ohne vorherige Diskussion.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge muß verlagert werden, falls bis zum Schlusse der Diskussion ein Antrag hierauf gestellt und von mindestens 30 Mitgliedern unterstützt wird. Die Abstimmung erfolgt alsdann in einer der nächsten drei Sitzungen ohne weitere Diskussion.

§ 48 Abs. 1. Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schlusse der Diskussion das Wort, so gilt diese aufs neue für eröffnet. Nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so kann auf Antrag eines Mitgliedes der Reichstag die Eröffnung einer Diskussion über seine Ausführungen beschließen; die Abstimmung über den Antrag erfolgt ohne Diskussion.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Februar 1909.

### Armenunterstützung und Bankgesetz.

Aus dem Reichstag, 17. Februar. Der Gesetzentwurf über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte stand heute zur zweiten Beratung. Die Kommission hatte die Zahl der Unterstützungen, die keine Einschränkung der öffentlichen Rechte herbeiführen sollen, noch um die Unterstützung zu Zwecken der Jugendfürsorge vermehrt, es sonst aber bei dem Regierungsentwurf gelassen. Die Debatte drehte sich wesentlich darum, ob die von der Sozialdemokratie geforderte Erweiterung der Ausnahmebestimmungen Ausnahme finden sollte. Genosse Brühne begründete die sozialdemokratischen Anträge. Durch die Einfügung der Worte „sonstige Unterstützungen, wenn sie zur Hebung vorübergehender Vorklagen bestimmt sind“ solle bezweckt werden, daß auch Unterstützungen, die durch eine wirtschaftliche Krise notwendig werden, nicht die Ausübung öffentlicher Rechte einschränken dürfen. Ferner komme es darauf an, auch schon in dem Gesetz dafür zu sorgen, daß auch die durch Landesgesetz verbürgten öffentlichen Rechte in der nämlichen Weise gesichert würden.

Gegen diese Bestimmung lehnte sich der Unterstaatssekretär Wermuth mit dem Einwand, damit werde in die Kompetenz der Landesgesetzgebung eingegriffen und deshalb könne sich die Regierung nicht darauf einlassen. Er fand dabei die Unterstützung der Vertreter verschiedener bürgerlicher Parteien.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Mayer-Kaufbeuren wollte sogar von der in der Kommission einstimmig angenommenen Resolution nichts wissen, die wenigstens dem Reichskanzler den Wunsch ausdrückte, er möge bei den Einzelregierungen in der Richtung des sozialdemokratischen Antrages vorstellig werden. Herr Mayer desavouierte namens der Partei seine in der Kommission tätig gewesenen Parteigenossen, weil sie die Sache nicht richtig erfährt gehabt hätten. Dieser Vorfall ist, nebenbei bemerkt, ein trefflicher Beweis dafür, wie notwendig es ist, die Kommissionsberichte auch mit Namensnennung in die Öffentlichkeit zu bringen.

Genosse Böhle trat den Vertretern der bürgerlichen Parteien entgegen, für die ein „Unannehmbar“ der Regierung stets das Signal zum Umfall ist. Bei solcher Schwächlichkeit der Parteien habe die Regierung von vornherein stets gewonnenes Spiel.

Bei der Abstimmung über die Anträge blieb die Sozialdemokratie natürlich allein. Angenommen wurde dann das Gesetz in der Kommissionsfassung. Auch die Resolution fand Annahme, allerdings gegen eine starke Minderheit von Konservativen und Zentrum.

Das Gesetz über die Doppelbesteuerung, das in zweiter Lesung hätte beraten werden sollen, wurde auf Antrag der Nationalliberalen doch noch einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Schlüssig trat das Haus in die erste Lesung des Bankgesetzes ein. Es handelt sich dabei nicht um prinzipielle Änderungen des bestehenden Gesetzes, sondern nur um Maßregeln zur finanziellen Stärkung der Reichsbank, vor allem um die Verstärkung des Reservefonds. Wie aus der Begründung hervorgeht, steht jetzt schon die Reichsbank in bezug auf ihre Mittel nur noch hinter der Bank von England zurück (um etwa ein Drittel), während sie alle anderen staatlichen Zentralbanken an Leistungsfähigkeit übertrifft. Herr v. Bethmann-Hollweg begründete die Vorlage, fand aber für sie wenig Gegenliebe bei seinen agrarischen Freunden. Sowohl Herr Kroth (L.) wie Herr Dr. Arendt (Rp.) machten in Opposition, wobei der Silber-Arendt einmal wieder seinen alten bimetalistischen Groß gegen den früheren Reichsbankpräsidenten Koch entließ. Dafür fand er nicht einmal den Beifall des sonst auch blindleragrarisches gefärbten Herrn Sped vom Zentrum, während Herr Dr. Weber (natl.) auf die Seite der Regierung trat.

Morgen geht die Debatte weiter. —

### Die Novelle zum Vergesetz.

Am Mittwoch, bereits am zweiten Tage der Beratung, hat das Abgeordnetenhaus die Novelle zum Vergesetz nebst den verschiedenen Initiativanträgen, die u. a. die reichsgesetzliche Regelung des Vergesetzes bezwecken, an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Ein Sozialdemokrat gehört der Kommission nicht an.

In der Debatte kamen nur noch die Abga. Kapiza (Pole) und Wolff-Wilfa (frch. Wg.) zu Worte. Ersterer begründete die Vorlage als Schritt auf dem Wege der modernen Entwicklung und verlangte die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für Vergesetz. Letzterer stellte sich im großen ganzen auf den Boden der Regierungsvorlage, ohne indes die Forderung auf Erlass eines Reichsberggesetzes aufzugeben.

Nachdem das Haus diese beiden Reden angehört hatte, setzte die Schlußantragsmaschine ein, es erhielten nur noch die Antragsteller das Schlußwort. Der Redner des Zentrums, Abg. Dr. Kleff, mißbrauchte sein Schlußwort zu den allerbesten Umständen gegen die Sozialdemokratie, der er vorwarf, daß ihre jede gesunde Sozialreform auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ein Dorn im Auge sei. Im übrigen schloß sich Herr Kleff gemüht, als freiwilliger Regierungskommissar zu bezeichnen und die Vorlage, unbekümmert um die Wünsche der „christlichen“ Vergesetz, als Reiferwerk der Gesetzgebung zu preisen.

Hatte der Zentrumoredner wenigstens den Schein der Gerechtigkeit zu wahren gewußt, so ließ der Oberkassamacher Freiherr v. Bedlig (H.) einzig und allein politische Motive gelten. In seinem fanatischen Hah gegen das Reichstagswahlrecht redete den Gedanken an ein Reichsberggesetz in Grund und Boden,

wählte er gegen den Reichstag, gegen die Sozialdemokratie und gegen alles, was auch nur entfernt nach Arbeiterhah aussieht. Für ihn steht es fest, daß Arbeiterkontrollen, wie die Sozialdemokratie sie fordert, nicht zum Schutze der Arbeiter dienen, sondern nur den sozialen Frieden gefährden würden; die Forderungen der Arbeiter sind ihm gleichgültig, die Bedenken der Unternehmer gegen die Vorlage dagegen will er eingehend prüfen.

Die Beratung des Vergesetzes, die hierauf begann, verlief sich in Einzelheiten. Der Abg. Kessel (L.) stimmte das übliche Klagesied über die angeblich zu hohe Belastung der Vergesetzindustrie durch die soziale Gesetzgebung an, während der Zentrumsabgeordnete Sauer mann, von Beruf Vergesetzarbeiter, unter einigen Verbeugungen vor dem Minister eine Reihe von Wünschen und Beschwerden der Arbeiter vortrug. Herr Sauer mann ist von einer unglaublichen Bescheidenheit, er ist der Regierung schon dafür dankbar, daß sie nicht ganz so rigoros verfährt wie die privatkapitalistischen Grubenbarone.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Auf der Tagesordnung steht außerdem die dritte Lesung der Pfarverbesetzungsgesetze. Obwohl Genosse Hoffmann in wiederholten ausführlichen Bemerkungen zur Geschäftsordnung nachwies, daß die Pfarverbesetzungsgesetze eigentlich noch gar nicht in dritter Lesung beraten werden dürften, weil die zweite Lesung nicht ordnungsgemäß vor sich gegangen ist, setzte sich das gesamte Haus mit Ausnahme der Sozialdemokraten über dies Bedenken hinweg. Der Vorgang, der Hoffmann zu seinem Widerspruch Veranlassung gegeben hatte, hatte sich folgendermaßen abgespielt: Am Sonnabend wurde zu § 3 des Gesetzes über die evangelischen Geistlichen ein Schlußantrag eingebracht, bevor Hoffmann, der als einziger Redner eingezeichnet stand, das Wort erhalten hatte. Ueber das Ergebnis der Abstimmung war das Bureau zweifelhaft, der Antrag hätte deshalb nach altem Brauch als abgelehnt gelten müssen. Trotzdem ließ der Vizepräsident Dr. Porck die Gegenprobe vornehmen und erklärte den Antrag dann für angenommen. Es war interessant, den Adolatennissen zu folgen, mit denen Herr Porck sich angeht, der klaren Darlegungen von Hoffmann herauszuwinden suchte. Es ist nur zweierlei möglich: entweder kennt der Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses die Geschäftsordnung nicht, oder er kennt sie und mißbraucht sie, um den Sozialdemokraten Hoffmann mundtot zu machen. —

### In Gnaden wieder aufgenommen.

Seit Bülow darauf verzichtet hat, die Nachlasssteuer gegen den Willen der Agrarkonservativen durchzusetzen, und mit den Vertrauensmännern der Junker um einen Ersatz für diese Steuer verhandelt, schlägt die konservative Presse wieder sanftere Töne gegen den „agrarishesten“ aller Kanzler an. Der Vorwurf, daß er im November nicht genügend die Rechte der Krone und das Ansehen des Monarchen gegen die gehässigen parlamentarischen und unparlamentarischen Angriffe gewahrt habe, ist aus den Spalten der agrarischen Presse verschwunden, während Bülow's „Verdienste“ um die Landwirtschaft in sanften Tönen gepriesen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich sogar für ihre heutige Morgennummer von dem bekannten Agrarpolitiker Herrn v. Jagwitz, im Nebenamt bekanntlich Generalmajor z. D., einen besonderen Leitartikel zur Glorifizierung des vierten Kanzlers schreiben lassen. Allen Ernstes wird darin mit anerkenntwürdiger Bescheidenheit „Fürst Bülow's diplomatisches Geschick“ auf dem Gebiete der Auslandspolitik gepriesen. Doch das Höchste, den Agrariern stets unvergeßliche Verdienst hat sich Bülow durch seine agrarische Wirtschaftspolitik erworben. So heißt es z. B. in dem Jagwitz'schen Artikel:

„Ein nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst des Fürsten Bülow besteht darin, daß er die durch die Caprivischen Handelsverträge ihrem Untergange nahe gebrachte deutsche Landwirtschaft durch die im Zolltarife festgesetzten höheren Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte wieder einigermaßen ertragsfähig gemacht hat, während Caprivi ihr nur mit dem Klate zu helfen wußte, eine höhere Verzinsung des Anlagewertes durch starke Abschreibungen vom investierten Kapital herbeizuführen. . . . Es war daher vor allem die Aufgabe einer richtigen Agrarpolitik, wieder ein richtiges Verhältnis der Bevölkerung von Stadt und Land sowie von gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern anzustreben, um dadurch Volksgeundheit, Bevölkerungszunahme und Wehrkraft zu fördern.“

Dafür ist, wie Herr Generalmajor v. Jagwitz versichert, die Landwirtschaft dem Fürsten Bülow Dank schuldig, wenn auch nicht bis zu dem Maße, daß sie nun Gesetze bewilligen müsse, die, wie z. B. die Nachlasssteuer, den agrarischen Profit zu beeinträchtigen vermöchten.

Diese Dankbarkeit kann aber nicht soweit gehen, daß wir ihm unsere auf innerster Ueberzeugung beruhenden konservativen Grundzüge opfern und der Nachlasssteuer, dieser Reinkultur des evolutionistischen Kommunismus, zustimmen könnten. Diese Erfordernisse, welche jetzt Fürst Bülow mit seinen agrarischen Freunden bei der Reichsfinanzreform macht, scheinen — so heißt es in dem Artikel Reims — der Auffassung Caprivis über die Grenzen agrarischer Opferwilligkeit gerade nicht zu widersprechen.“ Keim legt hier einfach für Nachlasssteuer „Reichsfinanzreform“ ein und überführt, daß die von den Konservativen und den Landwirten für die Nachlasssteuer vorgeschlagenen Ersatzsteuern ebenso Opfer fordern.

Wenn zugegeben ist, daß der Reichskanzler, um sich weiter auf eine feste Majorität stützen zu können und die Hochpartien zusammenzuhalten, sie und da zu Zugeständnissen an die liberalen Parteien gezwungen ist, so scheint es mir keineswegs ausgeschlossen, daß er sich im Grunde seines Herzens des Festhaltens der Konservativen an ihren Grundzügen reut und daraus folgert, daß auf diese doch noch immer unbedingter Verlaß ist. . . .

Zuletzt ist jedenfalls, daß nicht nur bei den staats-erhaltenden Parteien unserer Volksoberleitung, sondern auch im ganz- vollen Maße niemand den Fürsten Bülow gern aus seinem Amte scheiden sehen würde, und daß jeder anerkennt, wie schwer er zu ersetzen wäre.“

Mehr Anerkennung kann man nach der letzten konservativen Intrigenkampagne gegen Pipin, den Jobialen und Behäbigen, sicherlich nicht verlangen. Der Artikel beweist, wie schon der Hah zwischen Kanzler und Agrarkonservativen bereits überleistet ist. —

### Eine Beschlusung.

Heute abend hielt der Reichskanzler auf dem Festessen des deutschen Landwirtschaftsrats eine Rede, in der er seine agrarische Gesinnung beteuerte und zugleich die Agrarier beschwor, auf ein Kompromiß in der Reichsfinanzreform einzugehen.

## Das Steuerkompromiß.

Die Scherblätter bringen heute abend folgende Meldung: Die Blockparteien des Reichstages halten heute und morgen abend Fraktionskammern ab, in denen ihre Vertreter im Interaktionskammern der Finanzkommission über dessen bisherige Verhandlungen und vergebliche Bemühungen, zu einer Verständigung in der Reichsfinanzreform zu gelangen, Bericht erstatten und sich eventuell neue Weisungen für weitere Verhandlungen erteilen lassen werden. Obwohl die verbündeten Regierungen äußerlich noch wie vor an der Nachlasssteuer festhalten, nimmt man doch in unterirdischen Kreisen an, daß man sich schließlich auf eine erweiterte Erbschaftsteuer als Ersatz für die Nachlasssteuer einigen wird. Eine Reichsvermögenssteuer gilt in jeder Hinsicht als völlig aussichtslos, da namentlich die größeren Bundesstaaten sie mit aller Entschiedenheit ablehnen werden.

Die „National-Zeitung“ bringt in ihrer Abendausgabe folgende interessante Erklärung in auffälligem Druck:

Gegenüber den in der Presse und in verschiedenen politischen Kreisen lebhaft erörterten pessimistischen Nachrichten über die Aussichten der Finanzreform muß darauf hingewiesen werden, daß man in den verantwortlichen Kreisen der Regierung und der Parteien jene Auffassungen keineswegs teilt. Die Möglichkeit einer Verständigung ist, wie mir maßgebende politische Persönlichkeiten versicherten, immer noch gegeben. Die bevorstehende landwirtschaftliche Woche wird zwar die agrarischen Wünsche in besonders akuter Form zum Ausdruck bringen, aber gleichwohl glaubt man in konservativen Kreisen, daß die Finanzreform im ganzen zur Entscheidung kommt. Mit einem Torsio würde sich die Regierung auf keinen Fall begnügen.

Beide Konventionen zeigen, daß das Kompromiß im Werden ist. Mit ihrer Annahme über die Haltung der Konservativen vor und nach der Jürsch-Düsch-Verammlung dürfte die Nationalzeitung recht haben.

Uebrigens müssen die agrarischen Ansprüche noch immer sehr hohe sein. Denn heute morgen kündigt die parteiunabhängige „National-Korresp.“ an, daß die Nationalliberalen sich nur dann zu einem Steuerkompromiß herbeilassen wollen, wenn die Konservativen wenigstens den liberalen Grundgedanken eine „direkte Steuer“ kongedieren und in das Reichssteuerbudget aufnehmen. Den schönen Plan der Konservativen, erst 300 Millionen Mark neuer Steuern aus Bier, Brauwasser, Tabak und anderen Verbrauchsartikeln herauszuholen, und dann die Bewilligung der anderen Steuern auf ferne Zeiten zu verschieben, vermöchten die Liberalen nicht zu akzeptieren.

Die Liberalen, einschließlich der Nationalliberalen, werden die Finanzreform nur unter zwei Bedingungen machen: einmal wenn der Gesamtbedarf und nicht nur ein Teil des Bedarfs des Reiches gedeckt wird; zum zweiten, wenn eine direkte Besteuerung des Besitzes erfolgt. Ueber die letzte Frage muß Klarheit geschaffen werden. Die Lösung darf nicht hinausgeschoben werden, sonst laufen die verbündeten Regierungen Gefahr, daß die Konsumsteuern, die noch nicht beraten sind, abgelehnt werden. Wenn die Finanzreform nicht zustande kommt, ist es gar nicht erst notwendig, in eine Beratung der weiteren Konsumsteuern einzutreten. Man beginnt in den Kreisen der Liberalen unruhig zu werden; der Plan, die Entscheidung über die Besitzsteuer hinauszuschieben, stimmt bedenklich. Das einzige Mittel, die gegenwärtige Spannung zu lösen, besteht darin, daß Blockparteien und Regierung sich zunächst vor Beratung der Bier- und Tabaksteuer über die direkte Steuer verständigen. Geschieht dies nicht, so wird man erleben, daß zu den bisherigen Niederlagen des Herrn Schaffmeister weitere Mißerfolge treten. Jedenfalls liegt keine Veranlassung für die liberalen Parteien des Reichstags vor, der Taktik der Konservativen, sowohl die Nachlasssteuer als auch die von den Nationalliberalen vorgeschlagene und vorbereitete direkte Reichssteuer abzulehnen und alles auf Materialbeiträge zu legen, weiter zu folgen. Es muß endlich reiner Tisch gemacht werden; die Liberalen haben gerade genügend Entgegenkommen gezeigt; nunmehr ist es Sache der Konservativen und der verbündeten Regierungen, auch ihrerseits den so oft betonten guten Willen in die Tat umzusetzen. Die Liberalen trifft keine Schuld, wenn die Reform scheitert.

Die parteiunabhängige Korrespondenz der Nationalliberalen würde kaum in dieser schroffen Weise gegen die Konservativen vorgehen, wenn sie ihnen nicht tatsächlich den Plan zurante, zunächst die Verbrauchssteuern unter Dach zu bringen, und sich dann hinterher um die Steuern, die sie selbst treffen, herumzubringen. Eine derartige Taktik entspräche allerdings durchaus der agrarischen vaterländischen Politik, die es als selbstverständlich betrachtet, daß nicht nur alle höheren Staatsposten den Junkern reserviert bleiben und der Staat für reichliche Liebesgaben sorgt, sondern daß auch die unangenehmen Funktionen des Steuerabnehmens möglichst auf die plebejische Klasse beschränkt bleibt.

## Eine kaiserliche Kundgebung.

Der Kaiser hat heute einer Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrates beigewohnt, in der über die Wassererversorgung der Kolonien verhandelt wurde. Der bekannte Landrat v. Helar pries dabei die ihm „von Gott gegebene“ Kraft, mit der Wünschelrute Wasser zu finden. Auch Vernburg sprach. Er polemisierte unter anderem gegen den Berliner Professor Dove, der dem Staat die Wassererversorgung aufbürden will. Vernburg will diese Aufgabe der Privatwirtschaft zugewiesen wissen. Wenn der Staat eingreife, so pöppele er nur Industriellen auf und anstatt zufriedener Leute jöge er unzufriedene auf und von diesen seien schon genug vorhanden. Bei diesen Worten nickte der Kaiser, wie bürgerliche Blätter bemerken, lebhaft mit dem Kopf.

Ob die ewig unzufriedenen Agrarier, die im Landwirtschaftsrat vereint sind, diese Konvention Vernburgs und die sie bekräftigende kaiserliche Kundgebung nicht sehr übel bemerken werden?

## Keine Arbeitslosenunterstützung in Nürnberg!

Wie vor wenigen Tagen berichtet, hat der Stadtmagistrat Nürnberg nach langem Drängen Beschlossen, 15 000 M. zur Bewährung von Vorunterstützungen an solche Arbeitslose zu bewilligen, denen Kolonialarbeiten nicht zugewiesen werden oder die solche wegen ihrer körperlichen Beschaffenheit usw. nicht leisten können. Die Maßnahme sollte allerdings dadurch nahezu unwirksam gemacht werden, daß die Unterstützung nur solchen Arbeitslosen zugewendet werden sollte, die in Nürnberg heimathberedit sind und sich zudem in Nürnberg seit mindestens einem Jahre ständig aufhalten.

Am 16. Februar hatte das Gemeinderatskollegium über die Frage zu beschließen. Hier erhob sich heftige Opposition. Die bürgerlichen Redner erlaubten sich die schärfsten Angriffe gegen die Arbeiter. Man erklärte, die Gewerkschaften hätten für die Arbeitslosen zu sorgen. Ein Freisinniger meinte, die Geschäftswelt dürfe nicht zu weit getrieben werden. Von einem Nationalliberalen wurde angeführt, Arbeitslose gäbe es immer, diese davon seien Arbeitslose, die überhaupt nicht arbeiten wollten.

Die Sozialdemokraten bemühten sich mit aller Entschiedenheit, etwas für die Arbeitslosen zu erreichen, aber vergebens. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 25 Stimmen abgelehnt!

## Die Wahlrechtsdemonstration als Aufruhr.

Von der II. Strafkammer des Dresdener Landgerichts wurde am Mittwoch unter dem Vorsitz des bekannten Landgerichtsdirektors Becker ein Wahlrechtsdemonstrant vom 17. Januar wegen Aufruhrs zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll — kurz vor dem Zusammenstoß mit der Polizei — in der ersten Reihe der Wahlrechtsdemonstranten in der Schloßstraße gestanden und Hufeisen auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht haben.

In dem Urteil wird ausgesprochen, daß er nur deshalb so „milde“ bestraft worden sei, weil er sich nach dem Ausbringen des Hufeisens ruhig verhalten habe.

Die dritte Strafkammer desselben Landgerichts verhandelte gegen einen Wahlrechtsdemonstranten vom 14. Dezember. Der Zigarrenfabrikant Paul Köhler wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er zum Widerstande gegen die Staatsgewalt aufgefordert habe. Es wurde ihm nachgelagt, daß er zum Durchbrechen einer Polizeikette aufgefordert habe. Er bestritt das aufs bestimmteste, aber zwei als Zeugen geladene Kriminalbeamte bejahten es.

Geradezu ungeheuerlich ist das Urteil im ersten Falle! Die Teilnahme an einer friedlichen Kundgebung, die lediglich infolge des Einmischens der Polizei zu einem Blutbad führte, wird als Aufruhr bestraft! Und Herr Becker, der einst mit dem inzwischen verstorbenen Landgerichtsdirektor Frommhold, dem Richter im Justizhausprozeß der Löttauener Bauarbeiter, stets in einem Atem genannt wurde, fährt zu dieser Härte des Urteils noch die Bemerkung, daß die Strafe nur deshalb „so milde“ ausgefallen sei, weil der Angeklagte nichts weiter getan hat, als in der ersten Reihe der Demonstranten zu stehen und Hufeisen auf das gleiche Wahlrecht auszubringen! Sächsischer Justiz! Sie wird den Protest des sächsischen Volkes gegen die Pluralherrschaft nicht zum Schweigen bringen!

## Die Reichstagswahlwahl in Bingen-Alzey.

Am Dienstag fand im heftigsten Wahlkreis Bingen-Alzey die Reichstagswahlwahl statt, die durch den Tod des bisherigen Vertreters Keller (Lund der Landwirte) nötig gemacht wurde. Das amtliche Wahlergebnis lautet: Insgesamt wurden 22 008 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Farrer Korell (fr. Wp.) 8004, Stadtrichter Hebel (S.) 6812, der prof. Arzt Dr. Weder (nat.) 5910, Redakteur Adlung (Soz.) 1558 Stimmen; zerplittert waren neun Stimmen.

Es hat somit Stichwahl zwischen Korell und Nebel stattgefunden.

Bei der Wahl von 1907 lauteten die Zahlen: Bund der Landwirte 6858, Freisinnige Volkspartei 6285, Zentrum 6290, Sozialdemokratie 1919.

Der um des Mandats willen von der freisinnigen Vereinigung zur freisinnigen Volkspartei hinübergewechselte Pfarrer Korell hat also 719 Stimmen mehr erhalten, als der Freisinn 1907 erlangte. Sehr stolz braucht der Freisinn allerdings auf dieses Resultat nicht zu sein, da sein Kandidat in der Postfrage eine Stellung eingenommen hat, die stark an die eines Agrariers erinnert.

Das Zentrum hat seine Stimmen um 882 erhöht, die Nationalliberalen, die an die Stelle des Bundes der Landwirte traten, sind um 676 Stimmen hinter der von diesem aufgeführten Stimmenzahl zurückgeblieben. Die Stimmen der Sozialdemokraten sind um 361 zurückgegangen. Ob keinbäuerliche Willkür den in Postfragen entgegenkommenden Freisinnigen dem in diesem Punkte unbehugenen Sozialdemokraten vorgezogen haben?

## Wurden Lebende eingemauert?

Die Verwaltung von Radbod hat in einer umfangreichen Erklärung die Angaben des Kongress-Delegierten Thomas über die Zustände auf der Feste Radbod zu entkräften versucht. In den von Thomas erwähnten Hülserufen eingeschlossener wird in der Erklärung der Verwaltung versichert, daß allen, die um Hilfe gerufen, Hilfe geworden sei.

Dazu bemerkt jetzt die „Vergarbeiter-Zeitung“, sie sei in der Lage, einen Vergarbeiter namhaft zu machen, der bei der Katastrophe von Radbod folgenden Dialog gehört hat und bereit ist, dies zu beschwören:

Vergewerkschafter Holländer: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“

Direktor Andre: „Was lebt, das lebt, wir müssen raus.“

Die „Vergarbeiter-Zeitung“ erklärt sich bereit, eventuell der Staatsanwaltschaft den Namen des betreffenden Vergarbeiters zu übermitteln. Dieser soll übrigens nicht der einzige Zeuge dieses Gesprächs gewesen sein.

## Kleintwohnungen für Arbeiter.

Dem Reichstag ist eine Uebersicht über die Verwendung des Fonds zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleintwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches (Nr. 1177) sowie über die Verhältnisse der vom Reich unterstützten gemeinnützigen Bauunternehmungen zugegangen. Bisher wurden danach für die Zwecke der Wohnungsfürsorge bereit gestellt im Etat für das Rechnungsjahr 1901 2 Millionen Mark, für die Rechnungsjahre 1902 und 1903 je 4 Millionen Mark, für die Rechnungsjahre 1904—1908 je 5 Millionen und für die Rechnungsjahre 1907/08 je 4 Millionen Mark, somit insgesamt 38 Millionen Mark. Von dieser Summe wurden bis zum 1. Januar 1909 24 020 750 Mark als Darlehen gegen Hypothekensicherung an gemeinnützige Unternehmungen gewährt. Für den Erwerb von Baugelände zur Vergabung in Erbbaurecht an Vaugenossenschaften sowie für Herstellung von Straßen- und Entwässerungsanlagen auf dem erworbenen Gelände fanden 5 474 246 M. Verwendung. Es wurden insgesamt in 12 Orten 210 Hektar 62 Ar 45 Quadratmeter erworben und hiervon bis Ende 1908 55 Hektar 84 Ar 8 Quadratmeter in Erbbaurecht vergeben. Der durchschnittliche Kaufpreis beträgt für 1 Quadratmeter 1,93 M. für Straßen- und Entwässerungsanlagen auf dem Erbaugrundstücken sind 1 403 703 M. aufgewendet worden. Das Reich hat 82 verschiedene gemeinnützige Bauunternehmungen durch Darlehensgewährung unterstützt, und zwar 78 Genossenschaften mit beschränkter Haftung, 2 eingetragene Vereine, 1 Aktiengesellschaft und 1 Stiftung.

In der Bauartigkeit der Genossenschaften überwiegt der Bau größerer Mietshäuser. Ein- oder Zweifamilienhäuser wurden nur erbaut in Legel, Brandenburg a. H. und mehreren anderen Orten. An Bau- und Bodenlosten wurden von dem Reich unterstützten gemeinnützigen Unternehmungen insgesamt 114 854 000 M. aufgewendet. Von den mit Reichsmitteln unterstützten gemeinnützigen Unternehmungen wurden 1619 Wohngebäude mit 7858 Wohnungen errichtet. Im Bau begriffen sind 164 Häuser. An gering besoldete Beamte, Handwerker und Arbeiter in Reichsbetrieben wurden insgesamt 4431 Wohnungen vermietet.

## Gemeindevertreter als städtische Lieferanten.

Einem allen Unbefanden ist die sozialdemokratische Fraktion des Stuttgarter Bürgerausschusses energisch zu Liebe gegangen. Die Bürgerchaft hatte seit langem

darüber geklagt, daß große Lieferungen und umfangreiche gemeindliche Arbeiten sehr häufig an Mitglieder der bürgerlichen Kollegien vergeben wurden. Ein Konflikt zwischen zwei nationalliberalen Stadträten, die sich in öffentlicher Sitzung gegenseitig begünstigten, daß jeder sein Mandat zu privaten Zwecken ausnütze, sowie gewaltige Kostenüberschreitungen beim Bau städtischer Anlagen schlugen dem Herz den Boden aus. Die Sozialdemokratie trat deshalb im letzten Gemeindevahlkampf energisch dafür ein, daß den Gemeindevertretern unterlagt werde, gemeindliche Arbeiten und Lieferungen zu übernehmen. Der Bürgerausschuß hatte sich am vergangenen Montag mit dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion zu beschäftigen. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß es zu schweren Mißständen führen müsse, wenn städtische Beamte die Lieferungen und Arbeiten von Gemeindevertretern prüfen und event. beanstanden müssen, besonders dann, wenn das betreffende Kollegialmitglied zugleich Vorsitzender der gemeinberäthlichen Abteilung ist, der der Beamte untersteht. Die bürgerlichen Parteien müßten die Berechtigung der Forderung unserer Genossen anerkennen. Sie suchten sogar unsere Fraktion zu übertrumpfen. Nicht nur von dem in Submissionswege zu vergebenden Arbeiten und Lieferungen, sondern auch von den Arbeiten, die unter der Hand vergeben wurden, sollten die Gemeindevertreter in der Regel ausgeschlossen sein. Die sozialdemokratische Fraktion akzeptierte dankend auch dieses Zugeständnis. Der so geänderte Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Er geht nun an den Gemeinderat.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der M.-Gladbacher, ist auf einem Tiefstande angelangt, der unmöglich noch verschlimmert werden kann. Es gibt keine Schandtat des Zentrums, die dies Blatt nicht gutheißt und verteidigt. Es sei nur an die Artikel in Sachen des Lebensmittelpreises erinnert. Auch in der Wahlrechtsfrage ist das Blatt, das früher selber eine mächtige Volksbewegung als das einzig übrig bleibende Mittel bezeichnet hat, zum Verräter geworden. In seiner jüngsten Nummer bietet es seinen annähernd 100 000 Zwangslesern, den Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, folgenden Schwindel:

Belanntlich haben Zentrum und Konservative jüngst in der Budgetkommission des preussischen Landtages, als die Regierung einen Extrazuschlag auf die Einkommen von über 7000 M. an auswärts forderte, beschlossen, diesen Zuschlag schon bei den Einkommen von 1200 M. an eintreten zu lassen. Gegen dieses neue Mittel auf die Taschen der ohnehin schwer belasteten Arbeiter haben sich sogar einzelne bürgerliche Zentrumblätter ausgesprochen. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ aber heißt den geplanten neuen Raub, den infamem, arbeitserfindlichen Streich des Zentrums, gut. Und zum Ueberflus läßt das Blatt bei der Verteidigung des Zentrums die Lage auf, daß für diese neue Belastung der Arbeiter auch der einzige Vertreter der Sozialdemokratie in der Kommission, Genosse Jürsch, gestimmt habe.

## England.

### Die Adressdebatte.

Im Unterhaus wie in der Lordkammer hat am Dienstag sogleich nach der Verlesung der Thronrede die Adressdebatte begonnen. Im Unterhaus gaben der Liberale Rogers und der Arbeiterparteiliche Henderson ihrer Freude über den warmen Empfang des Königs in Berlin Ausdruck. Der Besuch werde jedes Mißverständnis zwischen Deutschland und England beseitigen. Henderson sagte, wenn zwischen dem König und dem Kaiser so freundliche Beziehungen aufrecht erhalten werden könnten, wie zwischen den Volksparteien beider Länder, dann sei keine Wahrscheinlichkeit vorhanden für die unheilvolle Entwicklung der Dinge, die von gewissen Deuten prophezeit worden sei. Der konservative Führer Balfour hatte den Ausführungen Rogers über diese Dinge nichts hinzuzusetzen. Der Premierminister Asquith sprach über die auswärtige Politik der Regierung, wobei er rühmend der Leistungen des Ministers des Aeußeren, Sir Edward Grey, für den Frieden im nahen Osten und die weise Abfertigung Kiamil Paschas gedachte. Er wolle hoffen, daß Kiamil Paschas nachfolger dessen Politik fortsetzen werde; sie wären eine solche zu sein, die eine Lösung der zwischen der Türkei einerseits und Oesterreich-Ungarn beziehungsweise Bulgarien andererseits stehenden Fragen gewährleisten, durch einen Kompromiß, der für alle Beteiligten ehrenvoll und für die Türkei selbst nicht nachteilig ist. Die anderen noch zu lösenden Probleme betreffen Serbien, Montenegro und Krezia; sie sind weniger bedenklich, aber sie erfordern nichtabsehbare Mühe und sympathische Behandlung. Asquith streifte dann den Ministerwechsel in der Türkei, über dessen Ursachen die Regierung nicht genau unterrichtet sei. Sie habe den Vorgang aber auch nicht zu kommentieren. Was die inneren Angelegenheiten des ottomanischen Kaiserreichs anlangt, so haben wir nur einen beständigen, bleibenden Wunsch, der von allen Parteien geteilt wird, nämlich die Türkei durch die Reform der Verwaltung so gestärkt und von neuem so getränkt zu sehen, daß sie ihre Zukunft auf der Grundlage der Freiheit und Billigkeit zu empfangen vermag.

In bezug auf Persien machte der Minister Aeußerungen, die anscheinend auf eine baldige Einmischung Englands und Russlands vorbereiten sollen. Er sagte: Die politische Lage in Persien ist außerordentlich unbedenklich. Es ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden, ehe nicht der Schah die Versprechen erfüllt, die er seinem Volke in wohl erwogener Weise gemacht hat. Der Wunsch der britischen Regierung war es fortgesetzt, in der Lage zu sein, der Politik der Nichtintervention treu bleiben zu können, aber es war unmöglich, die Gefahr zu verkennen, die in der Fortsetzung der vorhandenen chaotischen Unordnung liegt, die eine Einmischung von außen leicht hervorzurufen vermag. Die britische Regierung hatte in Verbindung mit Russland dem Schah mehr als einmal angeraten, seine Versprechungen zu erfüllen. Großbritannien wird in keiner Weise an einer Anteilnahme oder an irgend einer anderen Form der Unterstützung des Schahs teilnehmen, solange er an seiner gegenwärtigen, unheilvollen Politik festhält. Die Regierung ist froh, Russlands Ansichten über die Lage in Uebereinstimmung mit den ihrigen zu finden.

Im Oberhause feierte Marquis of Lansdowne den Besuch des Königs in Berlin und seine Resultate. Er sagte dabei: Es gibt nicht zwei Völker, die geeigneter wären, Seite an Seite in der Vorhut des menschlichen Fortschritts voranzuschreiten. Wir können und deshalb freuen, daß die beiden Herrscher in diesem besonderen Augenblicke die Freundschaft betont haben, die nie hätte unterbrochen werden sollen und die, wie der König sagt, dem Weltfrieden dient. — Der Staatssekretär der Kolonien Carl of Trevelyan redete im selben Sinne. Er schloß damit, der Wunsch des englischen und des deutschen Volkes sei, daß die beiden Völker, ohne Bündnisse oder Verständigungen, zu denen eins von ihnen verpflichtet ist, irgendwie aufs Spiel zu setzen, in ständiger Freundschaft, jedes gegenüber dem anderen eine durchaus freundliche Haltung zu beobachten, und daß sie in ständiger Freundschaft, jede Gelegenheit zu einträchtigem Zusammenwirken zu ergreifen, nicht nur für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens, sondern auch zur Förderung der vielen Interessen der beiden Länder, die sich nicht einander widersprechen.

## Rußland.

### Die Interpellation über den Fall Azeto.

Petersburg, 17. Februar. Die Verhandlungen über die Interpellation wegen der Affäre Azeto in der Reichsduma wurde definitiv auf den 24. d. M. anberaumt.

## Aus der Partei.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des niederrheinischen Agitationsbezirks tagte am vergangenen Sonntag in Eibersfeld. Nachdem in einer Anzahl Landgemeinden

Genossen als Vertreter gewählt worden, machte sich eine gewisse Unzufriedenheit in der Auslegung des sozialdemokratischen Kommunalprogramms bemerkbar. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde beschlossen, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den Kommunalverwaltungen Anträge auf Änderungen der Städte- bzw. Gemeindeordnung einzubringen haben, die dann an den Landtag weiter zu geben sind.

Weiter wurde folgende Resolution angenommen: Die sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz für den Niederrhein vertritt rücksichtslos die von dem Genossen Schiller-Kürsch in der „Neuen Zeit“ aufgestellte Forderung auf Freiheit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zurück, je nach Umständen für indirekte Steuern in der Gemeinde stimmen zu können. Die Konferenz findet es ungeheuerlich, daß ein Sozialdemokrat noch nach dem durchschlagenden Gründen vertriebenen Erwidern seiner Gegner in der „Neuen Zeit“ den Mut findet, von der Gesamtpartei zu verlangen, sie solle sich an der bürgerlichen Agitation für die Aufhebung des § 13 des Posttarifgesetzes beteiligen, weil nach diesem Paragraphen die Gemeinden vom 1. April 1910 ab keine Abgaben auf landwirtschaftliche Produkte mehr erheben dürfen.

Besucht war die Konferenz von 76 Delegierten, im Bezirk sind 181 sozialdemokratische Stadtverordnete und Gemeindevertreter vorhanden.

**Aus den Organisationen.** Der sozialdemokratische Verein Breslau kann in seinem letzten zur Veröffentlichung gelangenden Jahresbericht von ganz erheblichen Fortschritten melden. Während die Mitgliederzahl des Vereins 1900 erst 891 betrug, stieg sie 1901 auf 1310, 1903 auf 1840, 1904 auf 2290, 1905 auf 4273, 1906 auf 7437. Dann wurden 1500 Mitglieder an den Landkreis, der sich selbständig machte, abgetrennt, so daß für 1907 6040 Mitglieder verblieben. Im Jahre 1908 kamen trotz Krise und anarchoistischer Agitation, trotz scharfer Verfolgungen und polizeilicher Radelstiche 400 neue Mitglieder hinzu! Entsprechend diesen Fortschritten gestalteten sich die Erfolge bei den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen sowie bei den Straßen-demonstrationen und sonstigen Wahlrechtskämpfungen. Bei den Landtagswahlen gewannen unsere Genossen 380 Wahlmänner (gegen 222 bei der vorigen Wahl) und eine Stimmenzunahme von rund 100 Prozent. Die Zahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen stieg von 8167 auf 16375! Trotzdem wurden leider infolge des freilichmütigen Verfalls die Konterwahlen-Merkmalen gewählt.

Auch die Stadtverordnetenwahlen brachten unseren Genossen 3000 neue Streiter und vier neue Mandate, so daß die rote Fraktion im Rathhaus jetzt sechs Köpfe zählt. — Der Bericht konstatiert, daß auch unter dem neuen Vereinsgesetz die polizeilichen Radelstiche noch nicht aufgehört. — Der Klassenbericht trägt allerdings die Spuren der Krise. Es gingen, da es zeitweise über 10000 Arbeitslose in Breslau gab, tausende von Beiträgen weniger ein. Die Einnahmen aus Beiträgen betragen insgesamt 17708 50 M., aus Versammlungen 777,08 M., aus Veranstaltungen des Bildungsausschusses 1311,50 M., insgesamt 21376,08 M. Die Ausgaben betragen 19971,04 M., wovon 4436,80 M. an den Parteivorstand abgeführt, 1119,45 M. für Flugblätter usw. ausgegeben und 824,70 M. als Zuschuß für die Landtagswahlen ausgegeben wurden.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Vom „gleichen“ Recht.

In Rottleben bei Frankenhäusen (Schwarzburg-Rudolstadt), wo der Gemeinderat in seiner Mehrheit aus Arbeitern besteht, wurde unser Genosse Bischof als Schlichter, Stellvertreter gewählt. Jetzt wurde ihm von der Regierung eröffnet, daß seine Befähigung nicht erfolgen könne, da die Grundzüge der Sozialdemokratie mit denen des Staates sich nicht vereinbaren. Zwar werden unsere Genossen im Rottleben Gemeinderat dem Ansuchen, einen bürgerlichen Vizepräsidenten zu wählen, wider nicht Folge leisten und auch im zweiten Wahlgang den Genossen Bischof wählen, aber das wird nur ein Protest gegen die staatliche Bevormundung bleiben. Die Regierung wird, wie im Falle des Genossen Friedrich aus Könnig vor einigen Jahren, einfach auf dem Verwaltungswege einen geeigneten Vizepräsidenten ernennen.

### Gewerkschaftliches.

#### Systematische Arbeiterbekämpfung.

Selten wohl ist eine bössartiger, gemeingefährlicher Irreführung der öffentlichen Meinung versucht worden, wie wir sie in Nr. 10 der von dem früheren nationalliberalen Parteisekretär Kasperek in Essen herausgegebenen „S. W. Korrespondenz“ in einem Artikel: „Mißstände auf den Gruben“ finden. Daß der Artikelführer von 300—450 M. Monats-einkommen eine Bergarbeiterfamilie, in der ein oder zwei Söhne mitarbeiten spricht und fragt: „Kann da noch von Hungerlöhnen und einer traurigen Lage der Bergarbeiter die Rede sein?“, nun darüber wundere man sich bei dem Charakter der „S. W. K.“ nicht. Auch daß er der Arbeiterpresse vorwirft, sie unterstütze das Blaumachen der Vergleute, indem sie die deswegen erfolgten Bestrafungen kritisiere, nimmt man nicht trumm. Aber die weitere Leistung in dem Artikel ist ein Nachweis dafür, mit welcher Gewissenlosigkeit und Böswilligkeit die „S. W. K.“ vom Scharfmacherstandpunkt aus hegt und schürt. Wir lesen da:

Besonders zur Zeit der Hochkonjunktur, wo die Arbeiter unverhältnismäßig hohe Löhne nach Hause bringen, ist das Feiern im Schwunge. Man hat es eben nicht nötig, die Schichten regelmäßig zu verfahren, da der Verdienst auch bei einigen Feierschichten ein behagliches Leben garantiert. So kann man beispielsweise bei Kindtaufen beobachten, daß nicht nur der Gastgeber am Montag nach dem Tauffest feiert, sondern auch alle übrigen Engeladonen. Und da es hier gewöhnlich bei den Taufen hoch hergeht und weite Gastfreundschaft gelbt wird, braucht sich niemand zu wundern, wenn am ersten Arbeitstage die Beschäftigten auf einzelnen Felsen laufende Läden aufweisen. Man muß sich weiter vergegenwärtigen, daß in einem ländlichen Ortmarkenkreise während eines Vierteljahres nicht so viel Feste gefeiert werden, wie in einem größeren Industrieorte des Ruhrgebietes an einem Sonntag. Die Fahren und Wimpel kommen überhaupt nicht aus den Fenstern; und in einer weisfälligen Großstadt fand im vergangenen Sommer der Triumphbogen an Bahnhöfen längere Zeit. Es lohnte eben nicht, ihn bald abzubrechen, weil ein Jubiläum dem andern folgte und durch das Abbrechen und Wiederaufbauen der Feste zu sehr gehört wurde.

Um welche Stadt und um welche Jubiläum es sich hier gehandelt hat, verschweigt die „S. W. K.“ klüglich. Der Arbeiterjargon, welche die sozialdemokratische Presse vertritt, werden keine Triumphbogen gebaut. Waren an diesen Jubiläen überhaupt Arbeiter beteiligt, so handelte es sich jedenfalls um Krieger- oder ähnliche Kämpfervereine.

Die Unternehmerverbände lassen allerdings öfter ihre Triumphbogen wochenlang stehen, so daß sie ein Verkehrshindernis bilden. So war es im im letzten Sommer in Essen der Fall, wo die Triumphbogen für die Zimmermeisterfeste wochenlang stehen blieben, bis die Daugewerksmeister an die Reihe kamen.

Die Behauptung, daß sehr viel willkürlich gefeiert würde, trifft übrigens gar nicht zu. Im Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes ist folgendes zu finden:

Es betrug die Zahl der Arbeitstage im 2. Quartal 1908 74, die Zahl der verfahrenen Schichten im nördlichen Revier des Oberbergamtsbezirks Dortmund 76, also pro Kopf und Arbeiter sogar noch eine Ueberfristung. Im südlichen Revier desselben Ober-

bergamts-Bezirks sogar 77 Schichten, also 3 Ueberfristungen! Im 3. Quartal 1908 betrug die Zahl der Arbeitstage 79, die Zahl der verfahrenen Schichten pro Kopf im nördlichen Revier 81 Schichten, im südlichen Revier 82 Schichten, also auch hier wieder 2—3 Ueberfristungen pro Bergarbeiter. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Feste schon im 3. Quartal 1908 vielfach Feierschichten einlegten, weiter ist zu bedenken, daß auf jeder Feste doch der eine oder andere Arbeiter aus persönlichen Gründen (Wohnungswechsel, Wahrnehmung von Terminen, Kontrollveranlassungen, Krankheiten usw.) nothgedrungen eine Schicht aussetzen muß. Wenn trotz alledem noch 2—3 Ueberfristungen verfahren sind pro Kopf der Beschäftigten, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wieviel Ueberfristungen wohl der einzelne Bergarbeiter haben mag. Es ist eine bekannte Tatsache, daß eine Anzahl Bergarbeiter selbst dann gezwungen werden, Ueberfristungen zu verfahren, wenn die Feste auch sonst regelmäßig Feierschichten einlegt.

Und da wagen die Goldschreiber des Grubenkapitals, von einer Zunahme des willkürlichen Feierns zu reden! Die Arbeiter werden gut daran tun, die bürgerliche Presse zu kontrollieren und systematisch gegen die Blätter zu agitieren, die derartige Sudeleien aufnehmen.

#### Berlin und Umgegend.

##### Proletariats Ende.

Man schreibt uns:

In der Nummer vom 10. d. Ms. Hauptblatt, berichteten Sie unter der Ueberschrift: „Gesicherte Existenz bis ins hohe Alter“ über die Behandlung, die der Chef einer bekannten Golietherantenfirma einem alten, langjährigen Arbeiter zuteil werden ließ.

Ich kann aus meiner Berufstätigkeit einen Fall berichten, der seines tragischen Ausgangs wegen noch weit himmelshocher erscheint. Es mögen drei bis vier Jahre her sein, da arbeitete ich als Steinmetz bei der Firma R. Wimmel u. Co., Agl. Hofsteinmetzmeister, Lehrter Straße 18. Unter den Kollegen war auch Karl Dreiling, seines Alters wegen — er stand in der Mitte der sechziger Jahre — als Steinmetz ein Unikum, dabei körperlich und geistig noch tüchtig wie wenige von uns Jungen und bei jederman beliebt wegen seiner ewig heiteren Laune und seines beneidenswerten Mutterwitzes. Der „alte Herr“, wie er allgemein hieß, hatte in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bei genannter Firma seine Lehrjahre absolviert und dann, von einigen Wanderjahren abgesehen, die sich daran angeschlossen, sein ganzes Leben lang bei derselben gearbeitet, zuerst als Steinmetz, dann aber jahrzehntelang als Verfehrer (so nennt man bei uns die Monteure), und zwar meist bei den fortwährenden Reparaturen, welche die Firma R. W. u. Co. an den königlichen Bauten hier und in Potsdam auszuführen hatte. Daß gerade Dr. immer wieder an diese Arbeiten geschickt wurde, wo man doch wohl bestrebt war, Ehre einzulegen, spricht jedenfalls dafür, wie seine Chefs ihn bewerten durften. Bei dieser Gelegenheit ist Dr. auch mehrfach mit Orden beglückt worden. Das beweist, wenn auch nichts weiter, so doch die eine zur Genüge, daß auch die hiesigen Behörden, von denen wohl in solchen Fällen die Vorschläge für Dekorierungen ausgehen, mit seiner Tätigkeit durchaus zufrieden waren.

So weit, so gut. Da, zur genannten Zeit, wurde es mit Verfehrarbeiten vorübergehend flau, so daß mit mehreren anderen Verfehrern auch Dr. auf dem Werkplatze arbeiten mußte. Dabei traf den alten Herrn kein Säcksal. Es ist einleuchtend, sogar für einen Laien, daß ein Mensch, der in Dutzenden den „Knüppel“ (Holzhammer der Steinmetzen) nicht geschwungen hatte, oder doch nur, um am Bau hin und wieder Anker- und Nibellöcher zu schlagen, es am Stück den jüngeren und gewissermaßen ständig trainierten Kollegen nicht leicht tun konnte. Auch ist selbstredend bei einem Menschen, der ein dreiviertel Jahrhundert auf dem Rücken hat, alle körperliche Frische immer doch nur eine relative. Die leichte Beweglichkeit der Jugend ist natürlich zum Teufel. Dazu kam noch ein anderer erschwerender Umstand. Es war das zu der Zeit, als hier der fränkische Rutschkalkstein, den man jetzt vielfach an Werksteinbauten verwendet sieht, seit kurzem erst in Mode war. Nun weiß jeder Fachmann, daß ein jedes Steinmaterial bei seiner Bearbeitung, die gerade am Kalkstein keine leichte ist, eine besondere Technik verlangt, wenn man so reden darf. Das ist eine Tatsache, mit der wir uns alle erst hatten abfinden müssen, mehr oder weniger schnell, jeder nach seinem Können. Jedenfalls gab es damals noch keinen unter uns, der den Stein gerne gearbeitet hätte. Dr. stand also in mehrfacher Beziehung gänzlich auf Neuand; und nur einen gab es, der dieses alles nicht einseh und dennoch der Berufsstufe dazu hätte sein müssen. Dieser eine war unser Herr Chef. Ihm ging die Arbeit des Alten durchaus nicht schnell genug vorstatten, und er ließ das in einer Weise merken, die einem Menschen, der ein langes Leben voll tüchtigen Schaffens hinter sich hatte, durchaus nicht gleichgültig sein konnte. Unserem alten Herrn wurde täglich, und täglich mehrfach, nahegelegt, „sich doch zu beeilen, das ginge ja schrecklich langsam“ und so ähnlich, bis dem Manne eines Tages doch der Geduldsfaden riß. Es war kurz vor der Mittagspause, da sieht er den Chef des Hauses wieder einmal auf sich zukommen, verläßt sein Stuhl, che dieser ihn erreicht hat, geht nach seiner im Rebenhause belegenen Wohnung, sagt seiner Frau, er müsse von Geschäfts wegen gleich fort, zieht sich um, verabschiedet sich und geht. Der Tag verstreicht, auch die Nacht und der nächste Tag, ohne daß die Angehörigen etwas erfahren. Endlich kommt die gewünschte Nachricht aus Potsdam, der Vaterstadt des Alten. Er ist dorthin gefahren, hat sich ins Wasser gestürzt, wurde von Schiffen gerettet, um schließlich doch noch sein Vorbau und sein Ende zu erreichen, indem er sich im Walde die Pulsader geschnitten und gleichzeitig erhängte. Dieses der Abschluß eines noch immer sonnigen Menschenlebens.

Wir haben noch oft von dem Alten geredet und die Robustieren unter uns haben oft seine Tat als eine Dummheit verworfen. Aber wer liest erschöpfend in der Seele eines anderen? Auch von dem Chef verlangte keiner diese Fähigkeit und daß er den Ausgang hätte ahnen müssen. Jedoch mehr Rücksicht dem alten Mann gegenüber halte er, zumal als auch schon ein Sechziger, zu üben. Ich möchte in seiner Haut nicht stehen. So mögen noch manche von meinen Kollegen denken, die den Vorfall mit erleben — allerdings ein schäblicher Trost für die Frau und Kinder des Toten, und das Ganze jedenfalls auch ein interessanter Beitrag zum Kapitel der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital.

##### Wie Arbeiterauswahlwahlen gemacht werden!

In der Brauerei Hoppoldt besteht ein Arbeiterauswahl, welchem u. a. auch zwei Brauer angehören. Dank der „Unparteilichkeit“ und des sanften Druckes der Vorgesetzten ist es den Selben immer noch möglich gewesen, zwei Drittel der Beschäftigten zu sich herüberzuziehen. Trotzdem stellten die Organisierten immer ein Auswahlmitglied, weil eben ein Teil dieser Zwangsbandenmitglieder in richtiger Erkenntnis, daß ihre Interessen am besten von den Organisierten vertreten werden, für diese stimmen; ein Vertrauen, welches auch nie gekündigt worden ist. Auch in diesem Jahre fand wieder die Wahl für die zweijährige Legislaturperiode statt, diesmal jedoch unter Hindernissen. Das bisherige organisierte Mitglied mußte zur alleinigen Zufriedenheit tüchtig gewesen sein,

den als am 23. Januar die Neuwahl stattfand, gingen zwei Verbandsmitglieder als gewählt aus der Wahl hervor. Von den 88 Abstimmenden entfielen bis zu 25 Stimmen auf die von dem Wahlleiter als gewählt proklamierten Verbandsmitglieder.

Dieses Resultat war nicht nach dem Geschmack des Brauführers, welcher auch kategorisch erklärte: Diese Wahl ist ungültig, weil nur eine Partei vertreten ist. Verbucht erklärte der als Wahlleiter tätige Kontorangelegte, daß er dieses nicht versteht, um so weniger, als die geheime Wahl nicht verlegt, überhaupt keine Regelwidrigkeit vorgekommen sei. Aber wozu ist man denn Brauführer, wenn man nicht soviel Einfluß auszuüben in der Lage ist.

Der Bureauvorsteher, an welchen man sich wandte, muß den Schmeizern dieser Herren mehr Verständnis entgegengebracht haben als der Buchhalter, der die Wahl korrekt geleitet hatte, denn acht Tage später wurde unter Leitung des Vorstehers zu einer Neuwahl geschritten, weil zwei Kranke nicht benachrichtigt waren. Auch der Hinweis, daß diese beiden Stimmen nicht in der Lage seien, an dem Ergebnis etwas zu ändern, verhalfte wirkungslos, worauf die Verbandsmitglieder und andere charakterfeste Männer geschlossen das Zimmer verließen. Von den verbleibenden achtzehn Mann, einschließlich der herbeigeholten Vorgesetzten, welche sich zum ersten Male an der Wahl beteiligten, wurden nun einstimmig zwei Stellen als „Arbeitervertreter“ gewählt, welche auch die Befähigung des Brauführers erhielten.

Die Verbändler sind nicht neidisch, zumal sie ihre Vertretung in der Organisation haben. Aber neugierig sind sie doch, was Herr Kommerzienrat Hoppoldt zu dieser „Ergänzungswahl“ meint, und ob er der Ansicht ist, daß dieses Verfahren geeignet ist, das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Vorgesetzten zu erhöhen?!

**Achtung Schuhmacher!** Bei der Firma Reh u. Pradel in Orly b. Berlin sind Differenzen entstanden. Die Firma sucht fortwährend Arbeiter, obwohl alle Plätze besetzt sind. Der Anschluß, der um Abstellung der Uebelstände ersucht, wurde abgewiesen.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

#### Deutsches Reich.

##### Wohlfahrtsplage im Oberrheinreich Gese.

Die bei Düsseldorf belegene Greddeheimer Glashütte (die größte Glashüttenfabrik der Welt) hat durch Anschlag bekannt gemacht, daß ab 12. März d. J. die Löhne der Glasarbeiter um 5 Pf. pro Stüttenhundert und die Löhne der Pfleger um 25 Pf. pro Schicht „ermäßigt“ werden. Doch soll dies keinen Lohnausfall herbeiführen, jedem Arbeiter werde die in Betracht kommende Summe nebst Zinsen in einem Sparsparbuch — „Kontobuch“ heißt es offiziell — jährlich gutgeschrieben. Aus dem „Sparguthaben“ sollen an die Arbeiter „in Uebereinstimmung mit dem Arbeiterauswahlgeld“ Auszahlungen in Höhe von 2 bzw. 3 M. pro Tag geleistet werden, wenn man durch Betriebs Einschränkung länger als eine beziehungsweise sechs Wochen zu feiern gezwungen wird. In Krankheitsfällen, die länger als 18 bzw. 28 Wochen dauern, soll der erkrankte Arbeiter Zuschüsse in Höhe des einfachen bzw. doppelten Krankengeldes erhalten, ebenso bei Invalidität „einen Betrag in Höhe der vollen Rente“; „bei vollständiger Arbeitsunfähigkeit den reineren Betrag.“ Wenn der Kontoinhaber das 50. Jahr erreicht hat, bekommt er die Hälfte seines „Kontos“, nach vollendetem 65. Lebensjahre den Rest. Wer den Betrieb in Werresheim verläßt, erhält den Betrag unter den zuletzt genannten Bedingungen, also nach vollendetem 50. bzw. 55. Lebensjahre. Wird der Werresheimer Betrieb eingestellt und der Arbeiter arbeitslos, so erhält er den Betrag zurück. Die Unterstufungen werden nur bis zur Erschöpfung des Kontos bezahlt.

Soweit die wesentlichen Bestimmungen der Greddeischen Spar-einrichtung, zu deren Begründung ausgeführt wird: Diese Spar-einrichtung tritt an die Stelle einer sonst durch die Verhältnisse notwendig gewordenen Lohnreduktion.

Es handelt sich um nichts weiter als eine verschleierte Lohn-fürzung; und das bei 18 Proz. Dividende, die das Werk im letzten Jahre erzielte. Bezeichnend ist die Schlüsselbestimmung der Bekanntmachung, die da lautet: Wer von den Arbeitnehmern nicht damit einverstanden ist, den ersuchen wir, die Kündigung einzureichen. (!) Wer bis zum 12. März nicht gekündigt hat, von dem wird angenommen, daß er zu den neuen Bedingungen weiter arbeiten will.

Bei der gegenwärtig herrschenden Krise sind die Glashütten natürlich froh, überhaupt Arbeit zu haben; sie werden sich also in der Mehrzahl fügen, um so mehr, da sie ja im Weigerungsfalle auch die Werkwohnungen räumen müßten, also obendrein noch obdachlos würden. Da wird die Wohlfahrt für den Unternehmer zum Knebel für die Arbeiter.

#### Ausland.

##### Zur Aussperrung im Wiener Tischlergewerbe.

Wie aus Wien berichtet wird, soll die Aussperrung ihren lokalen Charakter verlieren und zu einer Sache der gesamten Industrie Oesterreichs werden. Auch soll die Aussperrung sich nicht auf alle Arbeiter erstrecken, sondern nur auf solche, die organisiert sind. Die christlich-sozialen und die sogenannten freien Holzarbeiter sollen herausgesucht und in die von der Vereinigung bestimmten Werkstätten mit Maschinenbetrieb gebracht werden, wobei auch die Unternehmer ihre halbfertigen Arbeiten zu bringen haben. Dieser Plan wurde gemeinschaftlich mit den christlich-sozialen Holzarbeitern geschmiedet, die sich auch schon auf Streikbrecherdienste einrichteten.

In einem Aufruf der Vereinigung der Tischlermeister Niederösterreichs an ihre Mitglieder wird diesen mitgeteilt, daß sich ein Komitee für Bauisolerarbeiten und ein solches für Möbelisolerarbeiten gebildet habe. Weiter wurden Konzentrationswerkstätten gebildet. Die Komitees bestimmen für jede Konzentrationswerkstätte ein spezielles Mitglied, welches die Leitung dieser Werkstätte übernimmt. Der bisherige Inhaber übernimmt die Lohnauszahlung, erhält eine Entschädigung für die Verleistung der Werkstätten, der Beleuchtung, des Dampfes und der Leistung der Maschinenarbeit, hat aber keinen Einfluß auf die in diesen Werkstätten arbeitenden Gesellen.

Die Mitglieder werden aufgefordert, alle dringenden Arbeiten dort anzumelden, ebenso alle christlich-sozialen und nichtorganisierten Arbeiter auf die Kanzleien dieser Konzentrationswerkstätten zu schicken.

Wie die beiden gelben Organisationen von zusammen 400 bis 500 Mitgliedern die mehr als 10000 organisierten Arbeiter auf die Dauer ersetzen sollen, das ist die große Frage, die die Tischlermeister zu lösen haben!

**Die Tischler der Möbelfabrik Kopp in Bussy (Schweiz)** beklagen sich seit dem 1. Dezember 1908 im Streit. Die Ursachen hierzu sind fortwährende Schikanen und Maßregelungen seitens des Fabrikanten. Besonders die Deutschen hatten darunter zu leiden. Da sich nun der Möbelfabrikant Kopp noch immer um Streikbrecher bemüht und besonders in deutschen Zeitungen annouciert, so appellieren die Streikenden an alle Kollegen, den Zugang von Tischlern, Maschinenisten und Kapazitäten nach Bussy fernzuhalten und sie dadurch in ihrem Kampfe zu unterstützen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Unwetter.

Paris, 17. Februar. (B. T. V.) Nach einem dem Kolonialministerium zugegangenen Telegramm wurde die Insel Neu-Caledonien von einem drei Tage währenden Orkan stark verheert. Ueberstürmungen verursachten insbesondere in den Kaffeepflanzungen großen Schaden. Mehrere Segelschiffe gingen unter, doch konnten die Mannschaften gerettet werden.

#### Die Opfer des Theaterbrandes.

Berlin, 17. Februar. (B. T. V.) Nach den letzten Nachrichten sind bei dem Theaterbrand in Capucino 310 Menschen ums Leben gekommen. Hundert Personen sind in Krankenhäusern untergebracht. Boulenger & Co., Berlin SW. Dierau 3 Personen u. Unterhaltungs- u. ...

Reichstag.

209. Sitzung vom Mittwoch, den 17. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Danach soll, soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte vom Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, als Armenunterstützung nicht angesehen werden: 1. Die Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützung zum Zwecke der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, 5. Unterstützungen, die erteilt sind.

Die Kommission beantragt, unter Nr. 3 noch zum Zwecke „der Jugendfürsorge“ einzuschalten.

Außerdem beantragt die Kommission, den Reichsanwalt zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Grundzüge, die für die Einwirkung von Armenunterstützung auf die öffentlichen Rechte für die Reichsgesetzgebung eingeführt werden sollen, auch in den einzelnen Bundesstaaten zur Geltung gelangen.

Die Sozialdemokraten beantragen: statt „soweit in Reichsgesetzen“ zu sagen: „soweit in Reichs- oder Landesgesetzen“. Ferner wollen sie der Ziffer 4 folgende Fassung geben:

„sonstige Unterstützungen, wenn sie zur Hebung vorübergehender Notlagen gewährt sind“.

Abg. Siebenbürgen (L.): Wir werden die beiden Anträge der Sozialdemokraten ablehnen; denn der Begriff der vorübergehenden Notlage ist ein so schwankender, daß er in ein Gesetz nicht hineingeht. Auch dem ersten Antrage können wir nicht zustimmen, nachdem in der Kommission die Regierungsvertreter erklärt haben, der Bundesrat würde darin einen Eingriff in die Gesetzgebung der Einzelstaaten erblicken und das Gesetz eventuell daran scheitern lassen.

Abg. Brähne (Soz.):

Wir haben schon bei der ersten Beratung anerkannt, daß der Gesetzentwurf eine Verbesserung bringt. Wenn man aber weiß, wie schwer es ist, eine Änderung eines einmal bestehenden Gesetzes zu erreichen, so sollte man, wenn man schon ein neues Gesetz erläßt, auch gleich weiter gehen, wie es unser Antrag verlangt. Denn es ist unbedingt notwendig, einen einheitlichen Rechtszustand in allen Bundesstaaten zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vertreter von Bayern und Sachsen haben zwar in der Kommission erklärt, daß dort die Landesgesetze diesem Entwurf entsprechend geändert werden sollen, aber ich fürchte, daß das in einzelnen Bundesstaaten sehr schwer sein wird, namentlich in den Bundesstaaten, deren Landtage nur alle zwei oder drei Jahre zusammenkommen. Der Regierungsvertreter hat in der Kommission erklärt, die Annahme unseres Antrages sei nicht denkbar, weil das einen Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten bedeuten würde. Ja, er hat sogar gesagt, der Bundesrat würde das ganze Gesetz an einer solchen Bestimmung scheitern lassen. Nun, das erleben wir ja stets, daß vom Bundesratsstisch erklärt wird, wenn eine weitergehende Bestimmung in eine Gesetzesvorlage hineinkommen soll, daß dann die ganze Vorlage vom Bundesrat abgelehnt würde. Das kann und natürlich nicht hindern, von unseren berechtigten Forderungen abzugehen.

Unseren Antrag zu Nr. 4 des Gesetzes haben wir nicht in derselben Form eingebracht wie in der Kommission. Dort beantragten wir die Streichung der Worte „vereinzelter und augenblicklicher“, so daß es sich einfach um Leistungen zur Hebung von Notlagen handeln sollte. Das Beste wäre es in der Tat, wenn der Abg. diese Fassung erhielte. Das ist aber in der Kommission abgelehnt worden. So, wie wir den Antrag jetzt eingebracht haben, könnte ihm wohl der gesamte Reichstag zustimmen. In der Kommission hat ja auch das Zentrum einen Antrag eingebracht: das Wort „augenblickliche Notlage“ zu ersetzen durch „unverschuldet e e Notlage“. Ein Antrag, der nur mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt ist und der in gewissem Sinne noch weiter ging als unser jetziger Antrag. Die in dem Entwurf vorgesehene Begrenzung der augenblicklichen Notlage halten wir für viel zu eng. In diesen Gemeinden würde nach wie vor eine Darreichung von Naturalien nicht als eine Unterstützung zur Hebung der augenblicklichen Notlage angesehen werden. Ebenso wenig würde das bei Unterstützungen wegen

Arbeitslosigkeit der Fall sein. In Berlin haben wir gegenwärtig über 100 000 Arbeitslose, die sämtlich unverschuldet in Not geraten sind. Alle diese würden, wenn sie Unterstützung in Anspruch nehmen müßten, bei der von der Kommission beschlossenen Fassung des Gesetzentwurfs nach wie vor der Armenpflege verfallen, während solche Unterstützungen doch gerade nicht unter dem Begriff der Armenunterstützung fallen sollen. Die von der Regierung gewählte Form, die auch die Kommission akzeptiert hat, mag ja recht gut gemeint sein, aber den gewünschten Zweck erreicht sie nicht. Nach unserem Antrage dagegen, der statt der augenblicklichen Notlage die vorübergehende Notlage setzt, würden die Hunderttausende, die bei einer Krise unverschuldet in Not geraten sind, unterstützt werden, ohne daß die Unterstützung als Armenunterstützung gilt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Wermuth: Es ist unangängig, bei dieser Gelegenheit Beschlüsse zu fassen, die auf das tiefste in das Wahlrecht, Kommunalrecht und Armenrecht der Bundesstaaten eingreifen. Es ist auch ganz ausgeschlossen, daß die von den Sozialdemokraten beantragte erste Änderung im Bundesrat die erforderliche Anzahl von Stimmen erhält. Auch der zweite Antrag enthält in dem Wort „vorübergehend“ einen so schwankenden Begriff, daß es nicht wohlgetan wäre, ihn nochmals in einem Gesetz anzuwenden.

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.): Meine Fraktion ist, wie ich schon bei der ersten Beratung feststellte, gegen eine solche Erweiterung der Kompetenz des Reichstages, wie der sozialdemokratische Antrag sie fordert, und wir werden aus demselben Grunde auch gegen die von der Kommission beantragte Resolution stimmen. Die Resolution ist in der Kommission zwar einstimmig gefaßt worden; das liegt daran, daß von unserer Fraktion erst in letzter Stunde andere Mitglieder als ursprünglich bestimmt waren, in die Kommission kamen, die mit der Materie nicht vertraut waren. (Zuruf links: Die nichts verstanden! Heiterkeit.)

Abg. Everling (natl.): Ja, bitte, die Resolution, die in der Kommission einstimmig angenommen ist, auch hier anzunehmen. Allerdings schien es nach einer Handbewegung des Herrn Kollegen Mayer, als ob auch die Rechte, obwohl sie in der Kommission dafür eintrat, jetzt dagegen stimmen will. Den zweiten Antrag der Sozialdemokraten werden wir ebenfalls ablehnen, da „vorübergehend“ nicht ein geistlich brauchbarer fester Begriff ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Stadthagen, es gibt Leute, welche glauben, auch die Sozialdemokratie sei nur eine „vorübergehende“ Erscheinung, aber Sie sehen, wie lange sie uns schon beschäftigt. (Gr. Heiterkeit.) Die Unterstützung von unverschuldet Arbeitslosen wird auch in der Fassung des Entwurfs nicht als Armenunterstützung gelten.

Abg. Böhle (Soz.):

Der Wunsch des Herrn Abg. Everling, die Sozialdemokratie möge in diesem Hause eine vorübergehende Erscheinung sein, wird nicht in Erfüllung gehen. Daß der vorliegende Entwurf einen gewissen Fortschritt bringt, haben wir anerkannt. Nichtsdestoweniger müssen wir versuchen, unseren Standpunkt in dem Entwurf zur Geltung zu bringen. Daß die Regierung darauf hinwirken würde, bei Annahme unseres Antrages würde das ganze Gesetz scheitern, darauf waren wir gefaßt. Das hören wir ja bei jeder Gelegenheit, wenn Anträge vom Hause gestellt sind. Auf welches tiefe Niveau wird der Reichstag dadurch herabgedrückt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darauf will ich nicht näher eingehen. Aber komisch muß es doch wirken, wenn immer verlangt wird, daß der Reichstag lediglich den Entwürfen des Bundesrates zustimmen und seinen eigenen Willen haben soll. Verfassungsrechtliche Bedenken stehen unserem Antrage nicht im Wege, denn der jetzige Entwurf ist nichts als eine Ergänzung zum Armengesetz, das ebenfalls Reichsgesetz ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum war in der Kommission in der Hauptsache mit unserem Antrage einverstanden, und deshalb wunderte es mich einermöglichen, daß es jetzt eine andere Stellung einnimmt und sogar gegen die Resolution stimmen will, die doch in der Kommission einstimmig angenommen ist. Daß diese Resolution den Reichsanwalt zu nicht verpflichtet, habe ich schon in der Kommission betont; er kann den einzelnen Regierungen gegenüber einen Wunsch ausdrücken, nicht aber einen Zwang ausüben, und deshalb ist es besser, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Weizsäcker (L.) empfiehlt die Fassung der Kommission. Abg. Dove (fr. Bg.): Der Antrag der Sozialdemokraten zu Ziffer 4 ist nicht zu empfehlen, da in der Tat „vorübergehende Notlage“ ein sehr schwankender Begriff ist. Dagegen sind die Einwände gegen den ersten Antrag Albrecht nicht stichhaltig, denn das Reich hat die Grenzen seiner Kompetenz selbst zu bestimmen. Da wir aber das Gesetz an dieser Bestimmung nicht scheitern lassen wollen,

so werden wir den Antrag ablehnen, doch hoffe ich, daß die Einzelstaaten der Resolution Rechnung tragen werden.

Unterstaatssekretär Wermuth warnt nochmals, eine Verfassungsänderung, wie sie der Antrag Albrecht involviere, so obdunkeln zu beschließen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht wird in beiden Teilen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt, der Gesetzentwurf wird in der Fassung der Kommission angenommen.

Die Resolution der Kommission wird gegen die Stimmen des Zentrums und der beiden konservativen Parteien angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs wegen

Beseitigung der Doppelbesteuerung.

Abg. Boffermann (natl.) [zur Geschäftsordnung] beantragt, den Gegenstand von der Tagesordnung abzulehnen und den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Diesem Antrage wird zugestimmt. Es folgt die

erste Lesung des Bankgesetzes.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Entwurf läßt die Grundlagen unseres Bankwesens, die Goldwährung und die Reichsbank, unangetastet. Es kann sich im vorliegenden Entwurf also nur um Stärkung und Ausbau dieser Grundlagen handeln. Der Entwurf sieht in erster Linie eine Vermehrung der Mittel der Reichsbank vor. (Einzelheiten bleiben bei der leisen Stimme des Redners und der im Hause herrschenden Unruhe vielfach unverständlich.) Der Entwurf sieht eine Erhöhung des steuerfreien Notenkapitals vor und gibt den Reichsbanknoten die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Außerdem sieht der Entwurf die Verpflichtung der Reichsbank zum Umtausch der Reichsbanknoten in Gold vor, wodurch alle etwaigen Befürchtungen völlig gegenstandslos werden. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Neuerungen der Novelle auch den Sparkassen zugute kommen werden, und bittet, das Gesetz so zu verabschieden, daß es noch am 1. April d. J. seine hoffentlich sehr segensreichen Wirkungen entfalten könne.

Abg. Kretsch (L.) fragt über die exorbitante Höhe des Reichsbankdiskonts, verbreitet sich über die Verheerungen, die die gegenwärtige Krise besonders unter dem Mittelstande angerichtet habe, und beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Speck (Z.): Die Vorlage soll die Aktionärskraft der Reichsbank stärken, und zwar sollen ihre Betriebsmittel durch Verstärkung des Reservefonds und durch Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents verstärkt werden. Beide Vorschläge scheinen mir laßlich begründet. Freilich hätte ich den Wunsch, daß gleichzeitig auch eine Erhöhung des Kontingents für die Privatnotenbanken vorgeschlagen würde. Man sollte auch den Noten der Privatnotenbanken eine erweiterte Abgabemöglichkeit schaffen, zumal da die Reichsbanknoten jetzt so privilegiert werden sollen. Der Redner schließt sich dem Wunsche an, den Entwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Die Lobspitze, die Herr Speck der Reichsbank spendete, bewegen mich, gerade für die Verstaatlichung der Reichsbank einzutreten, die ja jetzt schon eine Staatsbank ist, wenn sie auch mit Privatkapital begründet ist, und die nach der Verstaatlichung auch nicht bürokratischer verwaltet werden kann, als es bisher geschehen ist. (Bei den Freijüngern: Ralala!) Die Linke drängt doch sonst so sehr auf eine Vermögenssteuer; nun, die Anteilseigner der Reichsbank gehören doch nicht zu den Nicht-Vermögenden. Von dem Reservefonds der Reichsbank von 64 Millionen gehört dem Reiche die Hälfte, aber leider nur theoretisch; man sollte diesen Besitz zu einem praktischen machen und sich diese 32 Millionen auszahlen lassen; wir könnten sie bei unserer jetzigen Finanznot sehr gut brauchen. (Abg. Kommissen (fr. Bg.) ruft ironisch: Sehr gut! Heiterkeit links.) Ich bitte, diesen Vorschlag in der Kommission zu prüfen.

Die fünf- und Zehnmarkscheine sind um so überflüssiger, als wir jetzt in dem neuen Dreimarkstück ein sehr bequemes und beliebtes Zahlungsmittel haben. Die Ablehnung der kleinen Scheine seitens des Publikums hängt auch mit ihrer Häufigkeit zusammen; hätte man einen Preis für das häßlichste und unpraktischste Papiergeld ausgefahren, so hätten wir mit unserem Zehnmarkschein sicherlich den ersten Preis bekommen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Weber (natl.) bestreitet, gegen Dr. Arendt polemisierend, die Behauptung, daß die Reichsbankpolitik irgend welche Schuld an der gegenwärtigen Krise trage, und wendet sich gegen die Verstaatlichung der Reichsbank, nachdem er zuvor die geplante Erhöhung der Telefongebühren mißbilligt hat.

zu sein. Denn es weih sich zwar trefflich mit der Wärme, nicht aber mit dem Licht der Sonne abzufinden. — Also, frisch auf zum Frühling!

Humor und Satire.

Fabel. „Das glückliche Tier! Wie es sich vor Vergnügen im Grase wälzt!“ sagte die kleine Marie. — „O, die vermaledeiten Flöhe!“ stöhnte der Hund.

Vornehm. Hans: „Sieh nur das hübsche Baby!“ — Schwertfeger: „Aber, Hans, das ist doch kein Baby, das ist ja das Kind von unserm Schuster!“

Lustschiffer. „Für uns kommt die Erde jetzt doch eigentlich nur noch als Begräbnisort in Betracht!“

Das volle Haus. Schmierendirektor (zum gastierenden Geldspieler): „Ein leeres Haus kann ja mal vorkommen. Aber Sonntags können Sie bei mir immer auf ein „volles“ Haus rechnen.“ — Alter Intrigant (leise zum Gaste): „Das volle Haus ist nämlich stets er selber.“ (Wagendorfer-Blätter.)

Notizen.

— Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feiert am Sonntag, den 29. Februar in Freyherz Festsälen, Kopenstr. 29, sein zehntes Stiftungsfest. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Der Berliner Volkschor (mit Orchesterbegleitung) und Konzertängerin Fr. Marz. Die Festschilde hält Clara Berlin.

— Musikchronik. Am Donnerstag, den 18., findet in der Aula des Widmarkgymnasiums, Walsburger Str. 80 in Wilmersdorf, der zweite vollständige Kunstabend statt, der zu einem besonderen Eintrittspreis (50 Pf. inkl. Garderobe) gute Musik bieten wird. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen der Violinistin Gertrud Steiner-Rothstein. Das Programm bringt Streichquartette von Haydn und Mozart und Viedervorträge von Schumann, Schubert und Löwe.

— Heinrich Reber, wie er als Dichter und Mensch hieß, oder Generalmajor Ritter von Reber, als den ihn die Rangliste bezeichnete, ist im hohen Alter von beinahe 85 Jahren in München gestorben.

— Russische Dichterehrung. Wie aus Petersburg berichtet wird, hat die Polizei einen neuen Haftbefehl gegen Maxim Gorki erlassen; in dem Dokument wird der Dichter als „Anstreicher aus Rischnowgorod“ bezeichnet. Es ist ja nicht das erstemal, daß Gorki von der russischen Polizei verfolgt wird. Gegen Ende des Jahres 1904, in den erregten Tagen, die dem großen Streik auf dem Putilow-Werke folgten und die am 22. Januar 1905 in dem „blutigen Sonntag“ ausmündeten, wurde der Dichter verhaftet unter dem Verdachte, an der revolutionären Bewegung beteiligt zu sein. Damals kam es zu jenem einhelligen Protokoll Europas, dessen Abschluß die Gastentlassung Gorki im Februar 1905 bildete. Man entließ ihn, ohne ihn vor ein Gericht gestellt zu haben.

Kleines feuilleton.

Wildebruch und Wilhelm II. Neben den längst verblühten Höhenzollerntrumpeter Wildebruch hat der literarische Klüngel der Dymnenfänger und Tränenabwäler ein Weidrauschgelaufel zum Himmel steigen lassen, das einen eckeln konnte, weil dieser Vermählung die Unaufrichtigkeit und die Urteilslosigkeit an der Szene geschrieben stand. Im „Liter. Echo“ kann man nachlesen, wie alles sich bei der Gelegenheit blamiert hat. Es scheint nach dem sanften Tadel, den das „Echo“ an unsere Adresse richtet, wirklich nur in der sozialdemokratischen Presse gesagt worden zu sein, was der Dramatiker Wildebruch war. Zu unserem Troste scheinen indes einige Rezensen, die nicht von literarischen Alogikern mehrerer Konfessionen redigiert werden, etwas gewissenhafter zu Werke zu gehen als die Tagelblätter bedienenden nächtlichen Nachrufer. Im Märzheft der „Süddeutschen Monatshefte“ beurteilt ein ebenso unabhängiger wie gediegener bürgerlicher Kritiker, F. Hofmiller, der literarische Tonangeber der Zeitschrift, den Fall Wildebruch. Er schreibt u. a.:

„Sein Mensch war in deutschen Landen Wilhelm dem Zweiten so wesensverwandt wie Wildebruch. Jugendlich-patriotische Blut, leidenschaftliche und rasche Begeisterung hatten sie gemeinsam, Pathos und Ernst, ein hohes Gefühl besonderer Verantwortlichkeit. Aber gemeinsam war ihnen auch der Ranggel an Entwicklung, das meteorologische Aufstiegen, dem kein dauernder Glanz folgte, Mangel an Lebenskenntnis, Neigung zu theatralischer Wirkung und zu dynastischem Mystizismus. Beide verspätete Romantiker, die gegen die Zeit sich stemmen zu können glaubten. „Das heilige Rachen“ war kein vergeblicher Protest gegen die moderne Dichtung, und vergeblich suchte er auch in „Wilhelm“ Wilhelm den Einfachen zum Gered zu stilisieren.“

Den Generalfeldoberst und den neuen Herrn — wir haben sie endgültig eingefügt mit all den Hoffnungen, die wir zu jener Zeit hatten. Und welche Hoffnungen hatten wir nicht zu jener Zeit!

Die Hausenleude und Meister Balzer: der Arbeiterdramatiker hatte denselben Erfolg wie der Arbeiterkaiser. Auch er hat nie geäußert, sein Wort in die Öffentlichkeit hinauszuschleudern, auch er hat seine Kundgebung für die Büren erlassen. Die Kaiserkrise erschütterte ihn bis ins Innerste. Er sah, mit der grausamen Deutlichkeit des Sterbenden, daß ein Mann jahrelang sich nach redlichem Gewissen mühen kann, das zu tun, was er für gut hält, und daß ein ganzes Volk dafür kein Wort übrig hat, nichts, gar nichts. Was er sah war sein eigenes Geschick. Wenn er sein Herzblut gab, schwieg die Nation. Denn sie verstand den romantischen Höhenzoller nicht. Wenn er schlechte Romantiker mochte, öffneten sich der Rabensteinlerin alle Bühnen, dem Gegenstand alle Kongresssäle.

Es wäre blasphemisch, sein Geschick mit dem Grillparzer zu vergleichen. Denn Grillparzer war ein Dichter, Wildebruch ein Rhetor. Einen Schritt zurück — und wir haben Raupach. Einen Schritt weiter — und wir haben Sudermann. Er gehört nicht in die Geschichte der deutschen Dramatiker, sondern der Theatraliker. Ingnade bewachte ihn vor dem schlimmsten: als poeta laureatus in Berlin zu enden.

Man kann von dem Problem Wildebruch nicht reden, ohne zum Problem des deutschen Nationaldramas zu gelangen. Jenes Nationaltheaters, das „die gutmütigen Deutschen zu erlangen vermeinten, ehe sie eine Nation geworden“. Jenes Nationaltheaters, von dem wir heute weiter entfernt sind denn je; von dem alle Experimente, Raupachs Hohenhausen und Wildebruchs Hohenzollern, Hebbels und Wagner's Nibelungen, uns nur entfernt, immer noch weiter entfernt haben. Der Abz zwischen Kaiser und Volk, zwischen Adel und Bürgerum, zwischen den Konfessionen, zwischen Vermögenden und Besitzlosen ist heute breiter und tiefer denn je. Wir sind keine Nation. Uns eint kein politisches, religiöses, soziales Ideal. Unsere Künste sind in voller anscheinend unauffälliger Selbstauflösung begriffen. Unsere Künstler — sind sie noch ehrlich Wolende?“

Die zunehmenden Tage. Die Nacht ist keines Menschen Freund, heißt es im Lied, und aus diesem Grunde freut sich jedermann an der allmählichen Zunahme der Tageslänge und an der Verfrüherung der dunklen Stunden. Das Gefühl ist so alt und tief, daß ja der eigentliche Ursprung des Weihnachtsfestes in den nordischen Ländern auf dem Beginn der wiederwachsenden Tageslänge beruht. Der Pöpseloge des modernen Zeitalters drückt sich in seiner gelehrten Sprache dahin aus, daß dunkle Morgenstunden und ein früher Einbruch der Nacht schon bald nach Mittag die menschliche Energie herabzieht, weil der Einfluß des Lichts auf die Verfrüherung der Maschine, die der menschliche Körper darstellt, von grundlegender Bedeutung ist. Das allerschwerste aber ist ohne Zweifel für jeden die Aufgabe, sein Bett vor Anbruch des Tageslichts verlassen zu sollen, und daher ist am Morgen das Vergnügen des Einzelnen über die Verlängerung des Tages am härtesten entwickelt. Dazu kommt die erfreuliche Aussicht, daß mit der wachsenden Tageslänge sich auch bald die stärkere Wirkung der Sonnenstrahlen zeigen und die auch dem Abgehärteten während eines harten Winters zuweilen recht peinliche Kälte aus dem Schlafzimmer vertreiben oder mildern wird. Von den weniger abgehärteten Leuten gar macht sie managen zum Festigung, der sonst als ein Held zu gelten meint. Niemand aber braucht sich solcher Empfindungen zu schämen, denn er teilt sie mit der ganzen Natur, die höchstens in noch stärkerem Grade von Licht und Wärme abhängig ist als der weise Mensch, der zwar beides künstlich erzeugen kann, dafür aber auch eher entbehren zu können glaubt. Nur das den Menschen und auch vielen Tieren und Pflanzen feindliche Geblüht der Bakterien hat wenigstens in einer Hinsicht keine Ursache mit dem Wandel der Jahreszeit gegen das Frühjahr hin zufrieden

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes, dann Rechnungssachen.)

Schluss 6 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom Mittwoch, den 17. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Delbrück.

Die erste Beratung der Novelle zum Berggesetz wird fortgesetzt.

Abg. Kappas (Pol.): Meine politischen Freunde begrüßen die Vorlage zwar nicht als Erfüllung aller ihrer Wünsche, aber als weiteren Schritt auf dem Wege der modernen Entwidlung. Die stärkere Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle ist durchaus notwendig. Durch die kleineren Unfälle gehen noch weit mehr Menschenleben zugrunde als durch die großen Katastrophen. Die Ursache ist Überbürdung, allgemeine Abspannung und Unvorsichtigkeit der Arbeiter, sowie das Bestreben, das Gedinge möglichst hoch zu bringen. Darum beantragen wir auch wiederum die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. In England und Frankreich ist dieser bereits durchgeführt. Auch das bayerische Abgeordnetenhaus hat ihn einstimmig beschlossen. Die Einführung dort soll von dem Vorgehen in Preußen abhängen. Wenn sich der Sicherheitsmann um diese Verhältnisse kümmert, so sollte es nicht als Überschreitung seiner Befugnisse angesehen werden. Ferner darf den Sicherheitsleuten auch nicht unterlagert werden, mit den polnischen Bergleuten polnisch zu sprechen. (Bravol bei den Polen.)

Abg. Wolff-Lissa (fr. Bg.): Bisher war der Betriebsführer das, was bei einer Redaktion der Sigredakteur ist: er war für alles verantwortlich. Bei der Einrichtung der Grubenkontrollen hätte man besser getan, den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Der Zweck des Gesetzes, das Ruhe unter den Bergarbeitern eintritt, würde dann besser erreicht werden. Die Hauptsache ist, daß die Sicherheitsleute auch wirklich das Vertrauen der Arbeiter genießen. Im Interesse der Arbeiter läge es, wenn der Sicherheitsmann von den Arbeitern bezahlt würde. Ich wundere mich, daß die Herren Sozialdemokraten plötzlich so viel Vertrauen zum Staat haben, daß sie durchaus die Bezahlung der Sicherheitsmänner durch den Staat verlangen. Es sollte ihnen doch auffallen, daß auch die Unternehmer mit dieser Forderung einverstanden sind. Vom Standpunkte der Unternehmer verstehe ich ja dieses Verlangen eher, denn für sie ist es billiger, als wenn sie die Sicherheitsmänner selbst bezahlen müssen. Dem Gedanken, der die Sozialdemokraten bei ihrer Haltung leitet, würde man durch die Bestimmung gerecht werden, daß der Sicherheitsmann für die Dauer seiner Funktion als Sicherheitsmann aus der Belegschaft ausscheidet. Natürlich muß auch die notwendige Unabhängigkeit des Sicherheitsmannes von der Belegschaft sichergestellt werden. Im übrigen sind wir nach wie vor für reichsgesetzliche Regelung der Materie. Die dagegen angeführten Gründe sind nicht durchschlagend. Eine Verghöheit, die die Rechte erhalten will, gibt es seit 1888 nicht mehr, sondern die Bergfreiheit. Was die Sozialpolitik anlangt, so bleibt dem Landtag noch genug zu tun übrig, z. B. in bezug auf die Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse, in bezug auf die Gefährdung usw. (Sehr gut links.) Und was schließlich den Hinweis auf die Verschiedenartigkeit der Bergverhältnisse betrifft, so ist genau dieselbe Verschiedenheit auch innerhalb Preußens vorhanden, die gerade die Rationalisten stets betont haben. Also dieser Grund kann auch nicht gegen eine reichsgesetzliche Regelung angeführt werden. (Bravol links.)

Hierauf wird ein Schlufantrag angenommen

Es folgen die

### Schlufworte

zu den Anträgen.

Abg. Weil (B.): Trotz der Angriffe der Sozialdemokratie auf meine Partei begrüßen wir die Vorlage mit Freuden. Gegen die unerhörte Beschuldigung des Herrn Leinert, daß die bürgerlichen Parteien die sozialdemokratischen Bergarbeiter nicht gegen Grubenunfälle schützen wollten, muß ich entschiedensten Protest einlegen. (Bravol im Zentrum.) Wir hoffen, daß es den Bemühungen der Vgllebrigen Kommission, die wir beantragen, gelingen werde, der Vorlage eine in allen Teilen befriedigende Gestalt zu geben. Wenn Herr Leinert auch bei dieser Gelegenheit wieder das Zentrum angegriffen hat, so beweist das nur wieder, daß der Sozialdemokratie im Grunde jede gesunde Sozialreform auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ein Dorn im Auge ist. (Abg. Hirsch: Das ist lächerlich!) Sie haben eben die begründete Befürchtung, daß Ihnen dann die wesentlichsten Punkte von Ihrem Zukunftsprogramm gestrichen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ob die sozialdemokratischen Arbeiter aus dieser Haltung die nötigen Konsequenzen ziehen werden, muß ihnen überlassen bleiben. Verwahrung muß ich aber dagegen einlegen, daß sich Herr Leinert hier auch als Beschützer der nationalen und christlichen Arbeiter aufspielt. Diese Arbeiter lehnen es ab, von Herrn Leinert vertreten zu werden. (Abg. Hoffmann: Woher wissen Sie denn das?) Sie wissen genau, wer in Wahrheit ihre Interessen vertritt. (Abg. Hoffmann: Die Aufregung nützt nichts! Weiterkeit.) Gegen die Unterstellung der Unternehmer, als ob die Arbeiterkontrollen nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen eingestellt werden sollen, protestieren wir. Wir danken dem Minister, daß er trotz der mächtigen Einflüsse, die sich bis in die letzte Stunde gegen die Vorlage geltend gemacht haben, ein hartes Mißtraut bewiesen hat. (Bravol im Zentrum.) Redner tritt schließlich für reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts ein.

Abg. Frhr. v. Seditz (fr.): Wir lehnen die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie nach wie vor unbedingt ab. Die Verhältnisse des Bergbaues sind in Preußen so eigenartig, daß sie nicht über den Raum der allgemeinen Reichssozialpolitik gehören werden können. (Sehr wahr! rechts.) Der Reichstag beruht bekanntlich auf dem radikalsten Wahrspruch, das auch dem Unreiffsten Einfluß gibt und leicht zum Vandalismus der Volksvertretung gegenüber den großen Wählermassen führt. Ein solches Parlament ist nicht geeignet, mit voller Objektivität und unter Wahrung auch der den Arbeitern entgegengegangenen Interessen des Grubenbaues und der Grubenunternehmer zu urteilen. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Die Arbeiterkontrollen nach sozialdemokratischem Muster würden nicht nur nicht zum Schutze der Arbeiter dienen, sondern würden dem sozialen Frieden geradezu gefährlich sein, kein Arbeiter ist in der Lage, größere Bezirke mit Augen zu überwachen. Solche von der Belegschaft losgelösten, den Unternehmern als Aufsichtsorgane gegenübergestellten Arbeiterkontrollen würden vor allem der Disziplin, dem allerseits festesten Fundament der Sicherheit des Bergbaues, aufs äußerste abträglich sein. (Sehr richtig! rechts.) Auch würden die Stellen der Kontrollen tatsächlich mit sozialdemokratischen Agitatoren besetzt werden, und dazu kann der Staat kein Geld geben. (Bravol rechts.) Im übrigen halten wir es für eine Ehrenpflicht des Landtages, alles, was zur Sicherheit des Bergbaues geschehen kann, auf dem Wege der Vergebung zu tun, und aus diesem Grunde haben wir unseren Antrag gestellt. Wir werden es natürlich nicht unterlassen, die ernststen Bedenken, die von Seiten der Bergwerksunternehmer erhoben worden sind, eingehend zu prüfen. Insbesondere halten wir die obligatorische Begleitung des Sicherheitsmannes durch einen Grubenbeamten für eine unerläßliche Forderung. (Bravol rechts.)

Abg. Bruns (B.) erklärt, daß er sich die Antwort auf die Angriffe des Abgeordneten Leinert, auf die er wegen Schluß der Debatte nicht habe eingehen können, auf eine spätere Gelegenheit vorbehalte.

Das Gesch mit den Anträgen wird hierauf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die

### zweite Beratung des Berggesetzes.

Präsident v. Krüger teilt mit, daß von den Fraktionsvorständen wieder ein Kontingenzierungsplan für die Staatsberatung

festgestellt sei, und daß er, falls ein Etat nicht im Rahmen dieses Planes erledigt sei, Abend sitionen anberaumen werde.

Die allgemeine Besprechung setzt bei den Einnahmen ein, die insgesamt 268 Millionen betragen.

Abg. v. Kessel (L.): Bei dem schlechten Abschluß des Etats auch in diesem Jahre wäre es wünschenswert, wenn uns im nächsten Etat genaue Angaben aus Gruben, die im vollen Betriebe und noch nicht abgenutzt sind, über die Selbstkosten pro Tonne gegeben würden, damit wir einen Vergleich mit anderen Gruben anstellen können. Gewiß ist der Ertrag vermindert durch die erhebliche Steigerung der Arbeiterlöhne, doch sind diese liberal gestiegen. Die Arbeitsleistung zeigt übrigens trotz der Steigerung der Arbeiterlöhne sinkende Tendenz. Sehr gute Erfolge sind in Oberschlesien erzielt worden mit Prämien an Betriebsbeamte und Arbeiter für regelmäßig verfahrenene Schichten und Ueberwachungen. Solche Prämien sollten auch von der Bergverwaltung allgemein eingeführt werden. (Bravol! rechts.)

Handelsminister Dr. Delbrück sagt für das nächste Jahr einen genaueren Vermögensnachweis der Bergverwaltung zu. Das Zurückgehen der Leistungen bei Steigerung der Löhne ist eine allgemeine Beobachtung! — Ein Teil der Arbeiter gibt sich eben mit einer bestimmten Arbeitsleistung zufrieden und arbeitet bei höheren Löhnen nicht mehr. Dagegen etwas zu tun, sind wir außerstande. Die erwähnten Prämien sind zum Teil auch bei fiskalischen Werken eingeführt. Ob dadurch ein besonderer Gewinn herausgesprungen ist, kann ich heute nicht sagen.

Abg. Sauer mann (B.): Ob die Klagen über die Preispolitik der staatlichen Vergewerke zutreffen, will ich nicht unteruchen. Jedenfalls ist es dem Staate nicht gelungen, durch seine Politik einen nennenswerten Einfluß auf die Preisbildung auszuüben. Es wird behauptet, daß der Fiskus mit dem Kohlenhandel friedlich Hand in Hand geht und die Kohle nach dem Ausland billiger liefert. In Süddeutschland sollen sich deshalb Genossenschaften gebildet und massenhaft englische Kohle bezogen haben. Ich will mich mit diesen Behauptungen nicht identifizieren, doch wäre uns Aufklärung über diese Klagen erwünscht. Der Staat sollte mehr mit kleinen Abnehmern abtauschen und die Ausfuhr der Kohle sollte, solange im Inlande Bedarf vorhanden ist, möglichst eingeschränkt werden. Ein ganz ungeänderter Zustand ist es zweifellos, wenn man Tausende von ausländischen Arbeitern heranzieht, um mit ihnen die heimische Kohle zu fördern und sie dann noch billig an das Ausland abzugeben. (Sehr wahr! im Zentrum.) Freilich darf die Ausfuhr nicht zu sehr beschränkt werden ohne die Sicherheit, daß die gleiche Menge im Inlande abgesetzt werden kann. Sonst könnte ein großer Teil der vorhandenen Förderanlagen nicht mehr ausgenutzt werden und das würde zur Steigerung der Kohlenpreise und zur Entlassung von Arbeitern führen. Die Löhne im Ruhrrevier sind von 1887 bis 1907 um 88 Prozent gestiegen, der Wert der geförderten Kohle aber um 49 Prozent. Die Lohnsteigerung war notwendig, weil früher die Löhne sehr niedrig waren. Wir begrüßen, daß bei stulender Konjunktur die Löhne stabil gehalten werden, während sie in der Privatindustrie rapide fallen. Die Behauptungen über die Widerleistungen sind völlig unrichtig und werden nur von Leuten aufgestellt, die die Verhältnisse im Bergbau nicht kennen. Daß bei einzelnen Personen oder auch einzelnen Schächten Widerleistungen vorkommen können, liegt in der Natur der Sache. Es liegt das zum Teil daran, daß man soviel Leute aus rein ländlichen Gegenden herangezogen hat, die vom Bergbau keine Ahnung haben und deren Körper auch der schweren Arbeit nicht gewachsen ist. (Sehr richtig!) Weiter kommt auch der Vergeberlag in Betracht, der zur Vermeidung von Höhräumen und Bildung von Schlagwettern notwendig ist. Dadurch daß für diese Arbeiten, auch für die Veriefelung usw., viel Leute in Anspruch genommen werden, muß natürlich die Löhneleistung sinken. Die Behauptung des bekannten Dr. Fille, die christlichen Gesellschaften wären es, welche die Widerleistung veräußerten, richtet sich selbst. (Sehr wahr! im Zentrum.) Bei den sozialen Wahlen sollten die Betriebsverwaltungen entgegenkommender sein.

Ein recht bedenklicher Unfug greift neuerdings im Ruhrrevier Platz, indem an fünf Abfahrtsstellen vielfach die Religion der Familienmitglieder eines Bergmannes angegeben wird. Was hat die Religion der Frau und der Kinder mit der Bergarbeit zu tun?! Die Vergewerke muten, daß dies nur eine andere Form des bekannten Sperrsystems ist. (Hört! hört! im Zentrum.) Ueber staatliche Vergewerke sind bis jetzt erfreulicherweise derartige Beschwerden nicht erhoben worden. Als ein Mißstand wird es weiter von den Bergarbeitern empfunden, daß die Aufsichtsbearbeiter vielfach in den privaten Bergbau als Direktoren usw. übergehen. Man nimmt an, daß sie unter diesen Umständen nicht unabhängig genug von den Vergewerksbesitzern sind. Ich stelle diesen Standpunkt nicht, aber es sollten doch Aufsichtsbeamte, die mit den Vergewerksbesitzern verwandt oder verschwägert sind, wenigstens in andere Betriebe versetzt werden. Ein unhalbarer Standpunkt des Dortmunder Oberbergamts ist es auch, wenn es die Organisationen der Bergarbeiter nicht für befugt hält, im Namen einer Belegschaft Beschwerde zu führen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Den Herren Unternehmern vom Bergbaulichen Verein wird die Einsicht in die Bibliothek und die Akten des Oberbergamts in Dortmund gestattet, einem Vertreter des christlichen Verbandes wurde sie aus grundsätzlichen Erwägungen verweigert! (Hört! hört!) Die Bergpolizeilichen Verordnungen sollten dort, wo fremdsprachliche Arbeiter beschäftigt sind, auch in der Muttersprache dieser Arbeiter ausgehängt werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ferner wünschen die Arbeiter und Beamten, daß sie bei Erlassen der Bergpolizeiverordnungen auch gehört werden. Früher hat man hier immer lebhafte geflagt über die Sozialpolitik im Automobilttempo, es hat aber 19 Jahre gedauert, ehe das Versprechen der Thronrede über die Arbeitskammern eingelöst ist. Ich begrüße es, daß auch die Bergarbeiter in diese Arbeitskammern einbezogen sind. Zum Schluß möchte ich den Herrn Minister befragen über das Ergebnis des bedauerlichen Besetzungprozesses im Saarrevier. (Bravol im Zentrum.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident v. Krüger schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes, dritte Lesung der Pfarrrerbesoldungsgesetze und Landwirtschaftsdetax.

Abg. Hoffmann (Soz.)

zur Geschäftsordnung: Ich möchte den Herrn Präsidenten ersuchen, morgen zunächst die Fortsetzung der zweiten Lesung der Pfarrrerbesoldungsgesetze auf die Tagesordnung zu setzen, da diese geschäftsordnungsmäßig nicht erledigt ist. Nach dem stenographischen Bericht ist bei einer Abstimmung über einen Schlufantrag, die zweifelhaft war, die Gegenprobe durch Erheben von den Plätzen vorgenommen worden. Diese Gegenprobe ist nach der Geschäftsordnung, § 88, und nach einem Kommentar dazu unzulässig. In dem Kommentar heißt es: „Bei Abstimmung über einen Schlufantrag ist die Gegenprobe unzulässig. Der Antrag gilt im Zweifelsfalle als abgelehnt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Danach haben Sie also die Diskussion gegen Ihre eigene Geschäftsordnung geschlossen, so daß die zweite Lesung nicht geschäftsordnungsmäßig erledigt ist. Am 23. November 1892 ist genau so verfahren worden.

Präs. v. Krüger: Mir ist keine Bestimmung der Geschäftsordnung bekannt, nach welcher die Abstimmung über einen Schlufantrag nicht beweiselt und durch Gegenprobe festgestellt werden könne. Ein Kommentar in meiner Ansicht nach nicht maßgebend.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Vorgang im Jahre 1892 hat sich unter dem Präsidenten v. Kölller am 23. November so abgespielt, daß der Präsident bei einem Schlufantrag sagte: Ich bitte diejenigen Herren sich zu erheben, welche sich für den Schlufantrag aussprechen. Das Bureau ist nicht ganz einig. Wir werden um die Gegenprobe bitten. (Unruhe.) Darauf bittet der Abgeordnete Dr. v. Cuny um das Wort und erklärt: Herr Präsident, ich möchte mich darauf

berufen, daß nach alter Praxis des Abgeordnetenhauses im Zweifel ein Schlufantrag immer als abgelehnt gilt. Präsident v. Kölller:

„Ich muß das anerkennen.“

(Hört! hört!) Es ist das richtig, ich muß also erklären, daß der Schlufantrag abgelehnt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dem Kommentar, der nicht maßgebend sein soll, sind noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle angeführt. Ich denke, dieser eine genügt, um zu zeigen, daß Sie eventuell auch gegen die Geschäftsordnung handeln, wenn Sie Ihren Willen durchsetzen wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Porfch: Wenn das richtig wäre, was Herr Hoffmann ausführt, so hätte in dem Augenblick, wo der Präsident sagte: „Ich bitte um die Gegenprobe“, gesagt werden müssen: Eine Gegenprobe ist unzulässig, der Schlufantrag ist abgelehnt. Das ist aber nicht geschehen, es ist vielmehr nachher festgestellt, daß die Widerheit steht und die Besprechung geschlossen worden ist. Dagegen hat niemand Widerspruch erhoben. Dann hat der Präsident über den Artikel 1 abstimmen lassen, ebenfalls ohne daß Widerspruch erhoben wäre. Das Gesetz ist also ordnungsmäßig angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Daß das völlig ordnungsmäßig geschehen ist, bestreite ich, denn es ist nicht so gehandelt worden, wie bisher die Geschäftsordnung gehandhabt wurde. Im übrigen bin ich ein neues Mitglied dieser Versammlung und dürfte wohl annehmen, daß der Vizepräsident die Geschäftsordnung kennt, aber die er zu wachen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Porfch: Es ist wiederholt vorgekommen, daß im Zweifelsfalle Gegenprobe vorgenommen worden ist.

Präsident v. Krüger: Daß der Beschluß am Sonnabend ordnungsmäßig zustande gekommen ist, ist mir außer allem Zweifel. Die Bewohnheit des Hauses wird zwar allgemein beachtet, ist aber nicht ein so stringenter Beweis, wie die Geschäftsordnung, und in dieser steht kein Wort davon, daß die Abstimmung bei einem Schlufantrag nicht durch Gegenprobe festgestellt werden kann.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wollte nur darauf hinweisen, daß die bisherige Handhabung des § 88 sogar im Kommentar festgelegt ist, daß Sie aber im Augenblick, wo Sie es brauchten, Ihre eigene Geschäftsordnung nicht beachtet haben. In dem Kommentar des Bureau direktors Plate zur Geschäftsordnung heißt es auf Seite 183 in einer Anmerkung zum § 88 ausdrücklich: „Bei der Abstimmung über einen Schlufantrag ist Gegenprobe nicht zulässig; der Antrag gilt im Zweifelsfalle als abgelehnt.“ Und es ist dann eine große Reihe von Fällen angeführt, in denen eben so beschlossen worden ist. Sie haben also im vorliegenden Falle die Geschäftsordnung anders gehandhabt, als es bisher üblich war.

Abg. Dr. Porfch: Die Uebung des Hauses, von der in der angeführten Anmerkung des Kommentars die Rede ist, endet mit einer Sitzung vom Jahre 1888. So lange ich dem Hause angehöre, ist mir nicht einmütlich, daß so verfahren worden ist, wie Herr Hoffmann ausführt hat.

Abg. Hoffmann (Soz.): Da es sich hier um eine ganz neue Auflage des Kommentars aus dem Jahre 1904 handelt, kann man wohl annehmen, daß alle Fälle verzeichnet sind, die überhaupt vorgekommen sind. Und ich konstatiere nochmals, daß mit dieser Uebung des Hauses von dem Vizepräsidenten gebrochen worden ist, als es galt, mich zu verhindern, zum Worte zu kommen.

Abg. Dr. Porfch: Ich muß es ganz entschieden zurückweisen, daß ich die Absicht gehabt habe, den Abgeordneten Hoffmann zu verhindern, das Wort zu ergreifen. Ich muß aber feststellen, für mich als Präsidenten ist lediglich die Geschäftsordnung maßgebend, aber keine Auslegung.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich stelle fest, daß für den Herrn Präsidenten v. Kölller die Uebung des Hauses maßgebend war, wie er selber ausführt in dem, was ich verlesen habe.

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Als altes Mitglied des Hauses und als Unparteiischer kann ich bestätigen, daß neulich niemand daran gedacht hat, daß eine Verletzung der Geschäftsordnung vorliegt und daß damit irgend eine Absicht verbunden gewesen wäre. Das ist nur ein Gefühl, ein Sentiment, das bei Herrn Hoffmann vorhanden gewesen ist. Wenn Herr Hoffmann glaubte, daß die Geschäftsordnung verletzt war, hätte er damals protestieren sollen. Wenn er sich jetzt als Märtyrer hinstellen will, so imponiert das niemand. Die Uebung, so zu verfahren wie neulich, existiert schon lange.

Abg. Frhr. v. Seditz (fr.): Die alte Uebung ist in der Tat längst außer Uebung. Im übrigen hat niemand daran gedacht, im vorliegenden Falle der Geschäftsordnung Gewalt antun zu wollen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn ich nicht das Vertrauen in das Präsidium gehabt hätte, daß es die Geschäftsordnung kennt, hätte ich protestiert; so habe ich mich aber erst genauer informiert. Uebrigens hat doch diese Uebung des Hauses den Zweck, zum Schutze der Widerheit zu dienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ihr Zweck war aber, mir das Wort abzuschneiden. Das haben Sie erreicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten; Widerspruch bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Porfch: In dem Kommentar ist seit 1883 kein einziger Fall mehr angeführt, in dem die Uebung stattgefunden hat. Also von einer Durchbrechung der Uebung kann nicht die Rede sein.

Abg. Werin (fl.): Ich habe in jener Sitzung als Schriftführer fungiert und habe selbst den Zweifel daran, daß zuerst die Mehrheit stand, angeregt und, gerade im Interesse der objektiven Gerechtigkeit, um die Gegenprobe gebeten. Die Uebung habe ich nicht gekannt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich will nur feststellen, daß nach dem Kommentar von Plate es in allen Parlamenten bei Schlufanträgen ebenso gehandhabt wird. Nur zwei Parlamente machen davon eine Ausnahme. Wenn Herr Dr. Porfch jetzt von einer neueren Uebung spricht, so ist doch festzustellen, daß ein derartiger Fall seit 1883 nicht wieder vorgekommen ist, also gilt doch die alte Uebung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Porfch: Wenn ein Fall der alten Uebung seit 1883 nicht mehr vorgekommen ist, so ist daraus doch nicht zu folgern, daß seitdem niemals eine Gegenprobe bei einem Schlufantrag stattgefunden hat.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist, eben zum Schutze der Widerheit. Solange andere Fälle nicht vorgekommen sind, müssen wir uns doch nach dem richten, was nach dem Kommentar Uebung ist.

Abg. Dr. Porfch: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu disputieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravol rechts.) Ich habe nach der Geschäftsordnung gehandelt, und lediglich darauf kommt es an.

Der Widerspruch des Abg. Hoffmann gegen die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Schluss 5/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Arbeitskommission des Reichstags erledigte in ihrer Mittwochssitzung den § 7 der Regierungsvorlage, der die in den Kammern zu vertretenden Personenzirkel umschreibt. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten, alle in der Land- und Forstwirtschaft, im Handwerk, in der Industrie, im Handels- und Verkehrsgewerbe — einschließlich der Seefahrt — gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes zu bezeichnen. Der Regierungsentwurf will nur die vom Titel VII der Gewerbeordnung erfassten gewerblichen Arbeiter mit Einschluß der Heimarbeit als Arbeitnehmer gelten lassen. Ein Antrag des Abgeordneten Potthoff geht zwar über die Bestimmungen der Regierungsvorlage hinaus,

bleibt aber weit hinter dem Verlangen unserer Genossen, da er außer den gewerblichen Arbeitern nur die Fischer, Schiffer, Eisenbahner und Bureauangestellte in die Vorlage einbeziehen will. Das Zentrum will auch die Arbeiter der Staatsbetriebe in den Kammer vertreten wissen und beantragt deswegen, die Eisenbahner als Arbeitnehmer ausdrücklich mit zu benennen.

Diesen Verbesserungsanträgen gegenüber fanden die Anträge der Nationalliberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Nationalliberalen wünschen die Betriebsbeamten, Techniker und Werkmeister aufgenommen, und die Wirtschaftliche Vereinigung will den Angestellten in Handelsgeschäften die Möglichkeit nehmen, sich in einer allgemeinen Arbeitskammer vertreten zu lassen.

In der Diskussion spielte das Schlagwort von der Vertretung der Standesfragen der Handlungsgehilfen und Techniker, die in der allgemeinen Kammer nicht zureichend gewürdigt werden könnten, eine große Rolle. Von Genossen Sebering wurde in Abrede gestellt, daß es besondere Standesinteressen der Handlungsgehilfen zu wahren gäbe. In der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und gewerblichen Bestrebungen haben Handlungsgehilfen und Techniker mit den gewerblichen Arbeitern das gleiche Interesse. Unsere Partei werde sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch einer weiteren Zersplitterung auf dem Gebiete des Arbeiterrechts wenden. Es genüge vollkommen, für Handlungsgehilfen und Techniker besondere Abteilungen mit besonderen Wahlkörpern in der allgemeinen Kammer einzurichten. Auch die Abgeordneten Potthoff, Gibe und Trimborn erklärten sich gegen die Verschleppungs- und Zersplitterungsanträge der Nationalliberalen und Antisemiten, während die Regierungsbektrreter durchblicken ließen, daß ihnen die beabsichtigte Verschlechterung gar nicht unangenehm ist.

Mit schwacher Majorität gelangten die Anträge der Nationalliberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Annahme. Auch der Zentrumsantrag auf Einbeziehung der Eisenbahner wurde angenommen. Die Anträge unserer Genossen sowie die des Abgeordneten Potthoff wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und der Abgeordneten Potthoff, Wiederberg und Schirmer abgelehnt.

In Anlehnung an den Wortlaut des § 16 des Gewerbevertrages bestimmt die Regierungsvorlage, daß als Arbeitgeber zu gelten haben solche Unternehmer, die regelmäßig das ganze Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigen. Mit dieser Fassung hat man auch die Saisonindustrien berücksichtigt. Ein Antrag Dr. Colver (frz.) will diese Verzichtsbefreiung beschränken durch Streichung der Worte „oder zu gewissen Zeiten des Jahres“. Auch dieser Antrag findet Annahme. In der Schlussabstimmung wird mit dieser Abänderung und den Zusätzen aus den Anträgen der Nationalliberalen und Antisemiten der § 7 im Wortlaut der Regierungsvorlage angenommen.

#### Aus der Budgetkommission des Reichstags. (18. Sitzung vom 17. Februar.)

Die zahlreichen Beamten des auswärtigen Amtes, die heute zur Unterstützung des Staatssekretärs von Schöen und zu ihrer eigenen Information in der Sitzung der Budgetkommission erschienen waren, haben sicherlich keine angenehmen Stunden erlebt, weil ein gut Teil der Debatte sich um die Weihnachtsgeschenke drehte, welche die Herren empfangen haben. Zuvor beschäftigte sich die Budgetkommission mit einer anderen nicht minder wichtigen Angelegenheit: Als Zuschuß an die Deutsche Kolonialgesellschaft zu den Unterhaltungskosten der Auskunftsstelle für Auswanderer werden im Budget 45 000 M. (15 000 M. mehr als früher) angefordert. In der Debatte wurde behauptet, daß der Ausdruck „Zuschuß“ falsch sei, denn diese 45 000 M. seien die Hauptsumme, weil die ganze Aufwendung der Kolonialgesellschaft zu diesem Zwecke nur 5000 M. betrage. Der Berichterstatter, Herr v. Hertling, bestritt dies. Er behauptete, während der Abg. Erzberger die Ablehnung beantragt. Er begründet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Auswanderung zurückgehe und daher auch die Zahl der verlangten Auskünfte nicht steigen dürfte. Der Leiter des Bureaus sei auch nicht vollbeschäftigt, denn er befände sich viel auf Wahlfeldern für die Partei der „Wirtschaftlichen Vereinigung“. — Singer würde es gern sehen, wenn der Abstrich der Mehrforderung dazu führte, daß die Gesellschaft ihre Tätigkeit überhaupt einstellte. Das Reich solle die Erstellung der Auskünfte selber übernehmen, denn das Reich zahle ja die Hauptanteile der Kosten, während die Gesellschaft in Wirklichkeit nur einen Zuschuß leiste. Der Posten wurde trotz der auch sonst noch vorgebrachten Einwendungen bewilligt, weil die Vertreter des Zentrums zum Teil dafür und zum Teil dagegen stimmten.

Beim Titel „Sonstige Ausgaben“ fragt Erzberger an, ob es wahr sei, daß die Beamten des auswärtigen Amtes im Gegensatz zu denen anderer Minister Weihnachtsgeschenke erhielten. Eine Antwort erfolgte nicht. Doch Erzberger ließ nicht locker; er wiederholte seine Frage mehrmals und rechnete den Herren von der Regierung vor, daß nach den ihm gewordenen Mitteilungen Beamte 600 M. erhalten hätten, was bei 40 Beamten 24 000 M. ausmache. Zugegeben wurde vom Staatssekretär Schöen, daß Weihnachtsgeschenke gegeben wurden, aber, so fügte er entschuldigend hinzu, nicht an alle Beamte. Es sei das ein altes Herkommen und man wolle die Beamten durch Entziehung dieser Gratifikation in ihrem Einkommen nicht schädigen. In Zukunft solle das aber geändert werden, was sich bei Gelegenheit der Einführung des Gehaltsstarifs am leichtesten würde durchführen lassen.

Singer beantragt, die Diskussion über die bereits früher bewilligten Titel 6, 8 und 7 des Kapitels „Allgemeine Fonds“, aus welchen die Weihnachtsgroschaktionen besrritten wurden, wieder aufzunehmen und entsprechende Abstriche zu machen. Nach längerer Diskussion wurden von dem 80 000 M. betragenden Titel 80 000 M. gestrichen. Abg. Erzberger hatte vorher auch mehrfach die Anfrage gestellt, ob und eventuell in welchem Maße auch höhere Beamte an diesen Groschaktionen beteiligt seien. Schließlich erhielt er die Antwort, es seien an Oberbeamte regelmäßig bis 700, an mittlere bis 450 und an untere Beamte ein geringerer Betrag bis herunter zu 100 Mark jährlich bezahlt worden. Die dafür aufgewendete Summe habe jährlich etwa 30 000 M. betragen.

Bei den einmaligen Ausgaben werden 175 000 M. als erste Rate zur Errichtung eines Konsulatsgebäudes in Lientsin bewilligt, die zu gleichem Zweck für Tschifu geforderte Summe von 75 000 M. jedoch abgelehnt, weil die Kommission ein dringendes Bedürfnis nicht anerkennen vermochte.

Zum Erwerb eines Konsulatsgebäudes in Petersburg werden als erste Rate 812 000 M. gefordert und nach längerer Debatte mit 14 gegen 9 Stimmen (das Zentrum stimmte abermals getrennt) bewilligt.

Der Etat für das auswärtige Amt war damit erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb hielt am Mittwoch ihre vierte Sitzung ab. Die Beratung begann mit § 5. Hierzu lagen folgende Anträge vor:

Hindels, Dr. Jund, Sievers; Hinter § 5 einzufügen: § 5a: Waren, die aus einer Konkursmasse herrühren und als solche nach § 5 angeklagt werden, dürfen nicht zusammen mit anderen Waren angeklagt und nicht in demselben Räume zum Verkauf gestellt werden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Ling, Schlüter, Gantisch; In § 5 des Entwurfs den Satz einzufügen: „Beim Verkauf von Waren, die aus einer Konkursmasse stammen, ist jede Bezugnahme auf die Herkunft der Waren aus einer Konkursmasse oder jede Ankündigung, die den Ankauf herbeizuführt, als handelt es sich um den Verkauf von Waren, die den Bestandteil einer Konkursmasse bilden, unter-

sagt, wenn der Verkauf nicht für Rechnung der Konkursmasse stattfindet.“

Nach einstündiger Debatte, an der sich die Abg. Am Behnhof, Gerkenberger, Sir (Jendr.), Jund, Hindels (natl.), Ling (Reichsp.) und Genosse W. I. h. n. e. beteiligten, wurde der Antrag angenommen und beschlossen: den Absatz 1 des § 5 der Regierungsvorlage zu streichen und den Antrag Ling als Absatz 1 zu setzen.

§ 6 wird nach der Regierungsvorlage angenommen. — In § 7, bei dem es sich um das Ausverkaufswesen handelt, wird u. a. folgender Zusatzantrag angenommen:

Den Eingang des § 7 wie folgt zu fassen: „Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 5000 M. oder mit einer dieser Strafen“ usw.

§ 8 wurde nach kurzer Debatte nach der Regierungsvorlage angenommen.

#### Aus der Viehseuchenkommission.

Nach monatelanger Pause hat am Dienstagvormittag die Viehseuchenkommission des Reichstages zum ersten Male wieder getagt, um mit der zweiten Beratung zu beginnen. Die große Pause war die Folge von Differenzen zwischen der agrarischen Mehrheit und den verbündeten Regierungen. Die Agrarier sind einverstanden mit allen Maßnahmen, die ihnen nützlich erscheinen, verlangen hohe Entschädigungen für getötetes oder gefallenes Vieh, wollen selbst aber — bescheiden wie immer — möglichst wenig Beiträge leisten.

Für infektiöses Vieh, das auf behördliche Anordnung getötet worden ist, will die Regierung 25 Proz. gewähren, während die Agrarier — wie für Vieh, das wegen Maul- und Klauenseuche getötet wird — 50 Proz. verlangen. In stundenlangen Verhandlungen vertrat die sozialdemokratischen Mitglieder ihren Antrag, der folgendermaßen lautet:

§ 50. Die Bestimmung darüber:  
1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie sie aufzubringen ist,  
2. wie die Entschädigung im einzelnen Falle zu ermitteln und festzustellen ist,  
wird durch ein Reichsgesetz getroffen, das die obligatorische Viehversicherung einführt und gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft tritt.“

Die Agrarier wollen die zu gewährende Prozentsätze von Reichswegen festsetzen, aber die Frage „Woher nehmen?“ dem Einzelstaaten überlassen. Scheidemann verpötierte, von Stolle fräglich unterzählt, die Kulturschuld zwischen Regierung und Agrarier. Weiter hätte nichts gefehlt als der neue von freisinniger Seite eingebrachte Ruchhandelsvorschlag: statt der von den Regierungen vorgeschriebenen 25 Proz. und der von den Agrariern verlangten 50 Proz. nunmehr 83 1/2 Proz. zu gewähren, alle Einwände gegen den sozialdemokratischen Antrag seien hinfällig, wolle man die Seuchenbekämpfung reichsgesetzlich regeln, was als selbstverständlich erscheine, so müßte auch die Kostenfrage von Reichswegen geregelt werden. — Die Verhandlungen wurden abgebrochen, die nächste Sitzung soll am Freitag mit den Bestimmungen über die streitigen Paragraphen beginnen.

## Haus Industrie und Handel.

### Die Großindustriellen kommandieren.

Das Gerücht von der Absicht, eventuell eine Kohlensteuer einzuführen, hat die Kohlenbesitzer auf den Plan gerufen mit der kategorischen Erklärung, eine solche Steuer würden sie ganz einfach auf die Konsumenten abwälzen. Dank der Monopolstellung, die ihnen der Staat einräumt, könnten die Herrschaften das ja auch. Mit einer ähnlichen Droherklärung nehmen die Stahlwerke Stellung zu einem Projekt, das die reinen Walzwerke von der Diktatur der gemischten Betriebe befreien soll. Angeblich will man aus dem Siegerlande der Regierung einen Antrag auf Vereinfachung von Mitteln zum Bau eines großen Martinwerkes unterbreiten. Die „Rdn. Ztg.“ veröffentlicht dazu eine Zuschrift, die anscheinend aus den Kreisen des Stahlwerksverbandes stammt und worin es heißt: „Es muß dahingestellt bleiben, ob die Regierung diesen Weg beschreiten wird. Ein solches Werk dürfte unter einigen 20 Millionen Mark nicht zu erbauen sein. Siemens-Martin-Stahlwerke können aber in bezug auf die Billigkeit der Erzeugung überhaupt nicht gegen ein Thomas-Stahlwerk in Wettbewerbs treten. Hand in Hand mit einer Erhöhung der Selbstkosten würde eine Verbilligung der Verkaufspreise, insbesondere für Grob- und Feinbleche die wahrscheinliche Folge sein. Denn die reinen Walzwerke, denen dann nicht mehr die Unterfertigung des Stahlwerksverbandes für die Ausfuhr mit etwa 18 M. pro Tonne Blech zur Seite stände, auf Grund deren sie und insbesondere die der Schwarzblechvereinigung angehörenden Werke heute ihren Hauptabzug im Auslande suchen würde, würden notwendigerweise den Versuch machen müssen, im Inlande wieder für ihre ganze Produktion Absatz zu finden, bei welchem Beginnen sie dann neben dem Kampfe gegen die bisherigen Lieferanten den verstärkten Wettbewerb der Stahlwerksverbände auszuhalten haben würden. Die ja für den ihnen entgegenstehenden Absatz in Halbzeug in erster Linie Erfolg in den freien B-Produkten suchen würden. Zu welchen Umständen dieser Kampf führen würde, kann man sich ausmalen.“

Kapitalistische Moral. Seit längerer Zeit besteht zwischen dem „Kapientrust“, der sogenannten „Diag“, und dem Verein deutscher Zigarettenfabrikanten“, dessen Mitglieder sich dem Trust nicht unterwerfen wollen, eine heftige Feindschaft. Mit um so größerem Ernsten vernahmen es die Mitglieder des letztgenannten Vereins, daß der bisherige Vorsitzende, ein Fabrikbesitzer in Chemnitz, sein Unternehmen an den Kapientrust veräußert habe, obwohl gerade er einer der schärfsten Kämpfer in dem zwischen den beiden Interessengruppen geführten Streite war. Als besonders seltsam wird es bezeichnet, daß der Genannte das Amt des Vorsitzenden noch nicht niedergelegt hatte, als er schon eine Kapitalreise für die von ihm noch kurz vorher so scharf bekämpfte „Diag“ unternahm.

### Des Peters Ophirland!

Am 22. Dezember vorigen Jahres teilte der „Vorwärts“ mit, daß Peter unter die Gründer gegangen sei. Es handelte sich um die Deutsche Ophirgesellschaft, die das sagenhafte Goldland in fernen Ländern umwandeln wollte, indem sie die in englischen Besitz befindlichen Goldminen „modern“ ausbaute. Die „Ausbeutung“ Idylt wirklich „modern“ gedacht zu sein. Die Herren Peter, Dr. Schröder, Wogelow und Dr. Schmalz-Hamburg, die Witwenverwalter des Gründungsprojektes, sollen Vertreter größerer Posten von Schares derselben South East Africa Co. sein, die offenbar Vorbesitzerin oder Mitbesitzerin der Minenrechte ist, die in die Ophirgesellschaft eingebracht wurden. Die Aktien der Südwafrika-Kompagnie sollen in London zeitweise zu einem Viertel des Wertes angeboten worden sein. Es soll also das Kapital der Ophirgesellschaft, deren Mitgründer Dr. Peter ist, der Südwafrika-Kompagnie, deren Teilhaber der Pastorensohn Peter ist, wieder auf einigen hohen Kurdwert helfen. Auch ein sagenhaftes Ophir.

Der internationale Finkhüttenverband. Mit der Ende Januar erfolgten Zustimmung der belgisch-französischen Finkwerke zu den Kölner Abmachungen zwischen den deutschen Finkhütten und der Vieille Montagne hat die Syndizierung eines wichtigen Rohprodukts ihren Abschluß gefunden. Der neue Verband schließt fast die gesamte europäische Finkfabrikation (1/2 Million Tonnen) in sich. Sein stärkstes Glied ist die deutsche Werkgruppe mit den ihr affiliierten belgischen Unternehmungen. Daneben besteht die Gruppe der alten belgisch-französischen Werke, die mit der ergründeten ein Kontingentierungsabkommen getroffen hat. Die englischen Werke (etwa 5) haben sich noch nicht angeschlossen; man hofft aber auf ihren Anschluß. Die nordamerikanischen kommen hinsichtlich des Exports noch nicht in Betracht. Der Vertrag, welcher die Festlegung der Produktion bezweckt, kann schon bei Einsetzen eines einzigen

neuen Wertes mit irgendwie nennenswerter Produktion annulliert werden.

### Die Schuhindustrie in den Vereinigten Staaten.

Zu den bedeutendsten Industrien der Vereinigten Staaten gehört die Schuhfabrikation, welche nicht nur den ungeheuren Bedarf von 88 Millionen Menschen zu decken, sondern auch für einen großen Export zu arbeiten hat. Das kolossale Wachstum dieser Industrie illustriert die Tatsache, daß im Jahre 1890 der Erzeugungswert 160 Millionen Dollar, im letzten Jahre aber 400 Millionen betrug. Viele Unternehmungen widmen sich der Erzeugung einer einzigen Schuhorte, die sie billiger herstellen als jene Betriebe, die zugleich Frauen- und Mänerschuhe erzeugen. Die Ausfuhr amerikanischer Schuhwaren hat sich derart gesteigert, daß die Vereinigten Staaten heute — nach dem Wert der Ausfuhr bemessen — an der Spitze der Exportstaaten und nach dem Quantum der ausgeführten Waren an zweiter Stelle stehen. Im Jahre 1907 belief sich der Wert des Schuhexports der Vereinigten Staaten auf 10 888 049 Dollar, wovon nach Rußland für 2,145, nach Großbritannien für 1,968, nach Mexiko für 1,592, nach Kanada für 1,192, nach Deutschland für 0,495 Millionen Dollar ausgeführt wurden.

Neben den Vereinigten Staaten kommen als Schuhexportstaaten noch Großbritannien, Oesterreich, Deutschland, Frankreich und Spanien in Betracht. Allein die Vereinigten Staaten sind dem Werte nach der Ausfuhr jedes Staates überlegen und werden nur nach der Zahl der Paare von England übertroffen. Nach dem Werte berechnet, exportierten Großbritannien für 9,98, Oesterreich-Ungarn für 4,185, Deutschland für 3,595, Frankreich für 2,918 und Spanien für 2,256 Millionen Dollar Schuhwaren. Deutschland führt auch bedeutende Mengen ein und zwar für 2 1/2 Millionen Dollar, die zumeist aus Oesterreich-Ungarn stammen, während die Bezüge aus den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle stehen. Von Interesse ist auch, daß die amerikanische Ware einen wertvolleren Artikel darstellt als die englische. Es betrug nämlich in Deutschland der Durchschnittspreis für die erstere 3,08, für die letztere nur 1,54 Dollar. Sollte sich einmal die amerikanische Schuhherzeugung auf die Fabrikation billigerer Sorten werfen, so wird sie zweifellos für die oben erwähnten Schuhexportstaaten eine gefährliche Konkurrenz bilden.

## Soziales.

### Das Anrecht auf Vorschuh.

Das vertraglich festgesetzte Monatsgehalt ist immer erst am Ende eines jeden Monats fällig, und der Angestellte hat, wenn nicht ausdrücklich das Gegenteil vereinbart ist, kein Anrecht auf ganze oder teilweise Vorausbezahlung. Anders liegt der Fall bei einem Provisionvorschuh, wie sich aus einem gestern seitens der fünften Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ergangenen Urteil ergibt. In dem zur Verhandlung gekommenen Rechtsstreit war der Reisende B. von der Fuhrrequisitenfabrik von St. u. Co. mit der Maßgabe engagiert worden, daß er monatlich 160 M. als Vorschuh auf die zu verdienende Provision erhalten und daß vierteljährliche Abrechnung stattfinden sollte. B. verlangt Zahlung von je 160 M. für Januar und Februar. Die Firma weigert sich, die Summe zu zahlen, weil der Kläger im Dezember nur 40 M. Provision verdient habe und sie mithin noch eine Gegenforderung von 120 M. geltend machen könne. Der Vorschuh sei nach Ansicht der Beklagten nur dann als fällig angesehen, wenn der gegen Provision Angestellte ein entsprechendes Guthaben habe. — Das Kaufmannsgericht entschied dahin, daß die beklagte Firma kostenpflichtig zur Zahlung von 160 M. sofort und 160 M. Ende Februar verpflichtet wird. Nachdem unstrittig vereinbart worden war, daß B. 140 M. monatlichen Vorschuh erhalten solle, müsse diese Summe auch pro Monat gezahlt werden, gleichviel ob die verdiente Provision bis dahin schon die Höhe des Vorschusses erreicht hat oder nicht. Theoretisch genommen, könnte der Kläger ja auch bis zum Tage der vierteljährlichen Abrechnung, dem 1. April, soviel verdienen, daß sich noch ein Guthaben für ihn ergebe.

### Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen Schmutzkonturrenz.

Am Dienstag fand vor dem Schöffengericht II in Hamburg eine allgemein interessierende Verhandlung statt: Ihr lag ein gemeinschaftlicher Kampf von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Aufrechterhaltung des Lohntarifs zugrunde. Nach dem für Hamburg-Altona und Umgegend abgeschlossenen Lohnvertrag beträgt im Malergewerbe der Stundenlohn 65 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. Im Herbst 1908 übernahmen zwei Hamburger Malermeister und die Leipziger Firma Schlich Arbeiten aus der „Ruffan“-Werk in Hamburg. Der Leipziger Unternehmer hatte seine Gehilfen aus Leipzig mitgebracht, die nach dem Leipziger Tarif nur 45 Pf. Stundenlohn erhielten und zehn Stunden arbeiteten. Als Verhandlungen mit der Firma Schlich in dieser Sache fruchtlos verliefen, wurde über sie die Sperre verhängt und ein an die „Arbeiter auf dem Bauplatz der „Ruffan“-Werk in Hamburg“ gerichteter Flugblatt veröffentlicht, das von der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterzeichnet war. Der Obermeister Hansen hatte noch hinzugefügt: „Die Verhängung der Sperre und die Herausgabe dieses Flugblattes erfolgt mit unserer ausdrücklichen Zustimmung.“ Dieses Flugblatt wurde auch an dem Wauzan der Werk befestigt, worüber es zwischen einem Leipziger und einem Hamburger Gehilfen zu Differenzen kam, weil der Leipziger das Flugblatt abriß, was ihm einen Schlag auf die Hand eingetragen haben soll. Der Hamburger wurde nun wegen Nötigung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt. Der als Zeuge vernommene Obermeister Hansen erklärte, daß der Kampf zur Aufrechterhaltung des Lohns von beiden Organisationen geführt worden sei, um die Schmutzkonturrenz vom Hamburger Vertraggebiet fernzuhalten. Sollte der Angeklagte sich strafbar gemacht haben, dann müßte auch er, Zeuge, bestraft werden. Der Verteidiger, Dr. Herz, führte aus, daß der § 153 hier gar nicht in Frage kommen könne. Der Lohnvertrag sei das Ergebnis eines Kampfes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern; er sei ein Friedensschluß und kein Kampfsmittel; es liege auch kein Vorgang aus einem Kampfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugrunde, sondern ein Vorgang aus einem Kampfe zwischen Lohnvertrag und Lohnvertrag, zwischen einer Arbeitnehmer- und einer Arbeitgeberorganisation in Hamburg und einer Leipziger Vereinigung, um einen Kampf zwischen Tarifkreuz und Tarifuntreue. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und sprach den Angeklagten von beiden Anklagepunkten frei, verurteilte ihn aber wegen des Schlags auf die Hand aus dem Beleidigungsparagraphen zu 5 M. Geldstrafe. Hoffentlich findet das verständige Urteil über die Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung allgemeine Nachahmung.

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Kampf der Frauen um die politischen Rechte.

Eine öffentliche Frauenversammlung für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis tagte am Dienstag in Dörfels Festsaal. Genossin Dittlie Waader referierte über den Kampf der Frauen um die politischen Rechte. Sie führte aus: Schon in früheren Zeiten sei vereinzelt der Ruf nach der Gleichberechtigung der Frau erschallen und mit irgend einem idealistischen allgemeinen Grundgedanken der Gerechtigkeit begründet worden. Ehe die Forderung nach politischen Rechten auch der Frauen als Massenforderung hervortreten konnte, mußte der Boden dazu vorbereitet sein. Das habe die Entwicklung der Warenherzeugung bewirkt. Die wirtschaftliche Entwicklung habe die ganzen sozialen Verhältnisse umgestaltet. Es habe der Frau manche häusliche Verrichtung genommen, aber auch tief in das Familienleben eingegriffen, indem

Ne die Frauen in das Gewerbsleben hinausbürge. Frauen gingen in die Fabriken, mühten als Landarbeiterinnen (kaufen, seien beim Bau von Landstrassen, am Telephon, bei der Post und der Eisenbahn tätig und führten als Näherinnen von früh bis spät die Nadel. Es sei ja im Reichstage gesagt worden, die Nadel sei kein schweres Instrument. Gewiß sei sie leicht. Die Näherin müßte sie aber im Tage so oft schwingen, daß der Schwung des Arms allein sie so matt mache wie einen Arbeiter, der tagsüber den Dreifüßler gestrichen habe. Rednerin wies an der Hand der Statistik nach, in welcher hohen Maße die Frauen am Erwerbseinkommen beteiligt seien. Eindrucksvoll schilderte sie dann die Noth des Lebens, unter der die proletarischen Massen, Männer wie Frauen, in der kapitalistischen Gesellschaft zu leiden hätten, während auf der anderen Seite von den Besitzenden die Reichthümer angeeignet würden, die die Arbeiter und Arbeiterinnen schaffen. Wie hier die Interessen der Frauen eng verknüpft seien mit denen der Männer und das gleiche Bestreben nach einer Hebung und Besserung hervorriefen, so zeige sich auch die gleiche Interessengemeinschaft gegenüber der Art, wie die Mittel zur Erhaltung des Staates aufgebracht würden. Die großen Reichthümer würden nach Möglichkeit dabei gespart und die Lasten hauptsächlich auf die Schultern der Armen geworfen. Man brauche nur an die indirekten Steuern denken. Durch sie und die Höhe sei schon in bezug auf Lebensmittel allein die jährliche Lebenshaltung der Arbeiterfamilie seit dem Jahre 1900 um 123 M. verteuert worden. Und jetzt sollten die großen Massen wieder bluten. Rednerin ging auf die neuen Steuervorlagen ein. Sie erinnerte unter anderem ferner daran, daß die herrschenden Klassen nicht bereit seien, das Glend der unheimlichen Arbeitslosigkeit neuemert zu dämpfen, ja daß vielmehr noch der Hohn hinzukomme, und daß auch die Arbeiter- und Arbeiterinneneinsetzung viel zu wünschen übrig lasse. Ueberall seien so mit dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben die Interessen der Frauen verbunden, so daß sich die Notwendigkeit ergebe, Einfluß darauf zu erlangen. Dazu seien vor allem auch politische Rechte vornehmlich das Wahlrecht in Reich, Staat und Kommune. Es müsse aber auch ein gutes, ein demokratisches Wahlrecht sein, kein Wahlsystem wie in Preußen. So sehr man sich auch bemühe, den Frauen das politische Wahlrecht vorzuenthalten, es werde doch errungen werden, weil die wirtschaftliche Entwicklung mehr und mehr den Boden dafür ebne. Die proletarischen Frauen mühten nun auch Mittel ergreifen und Wege gehen, die zur inneren politischen Reife verhelfen. Dazu gehöre die Organisation. Es komme von den politischen Parteien nur die Sozialdemokratie in Frage, welche seit ihrem Bestehen für das gleiche Recht alles dessen eintrete, was Menschenwürde trage. Darum hinein in die Organisation, in den sozialdemokratischen Wahlverein, um gemeinsam mit den Genossen zu lernen und die Kräfte zu entwickeln, damit der große Kampf um das Wohl der Gesamtheit und um die Befreiung von politischer Knechtschaft siegreich zu Ende geführt werden könne. (Lebhafte Beifall.) Da sich zur Diskussion niemand meldete, so las die Verammlungsleiterin Genossin Raschewski noch einmal die Anregungen der Referentin zusammen und ermahnte die Anwesenden, danach zu handeln und auch die Arbeiterpresse zu lesen, den „Vorwärts“ und die „Gleichheit“. Belehrung in Hülle und Fülle sei daraus zu schöpfen.

#### Vom Frauenstimmrecht.

Dem württembergischen Landtage liegt ein Landwirtschafskammergesetz vor, in dem die Regierung aus eigener Initiative den weiblichen Besitzern von landwirtschaftlichem Grundbesitz das aktive Wahlrecht zur Landwirtschafskammer zugesichert, nicht aber das passive Wahlrecht. Hiergegen wendet sich eine Eingabe des württembergischen Vereins für Frauenstimmrecht, dessen Vorsitzende Frau Dr. Lindemann ist, mit einem sehr interessanten Zahlenmaterial. Danach ist die Zahl der selbstständig in der Landwirtschaft im Hauptberufe tätigen Frauen in Württemberg von 1882 bis 1907 um 22,86 Proz. gewachsen und die Zahl der unselbstständig im Hauptberufe in der Landwirtschaft tätigen Frauen im gleichen Zeitraum sogar um 128,5 Proz., während die Zahl der Männer um 18,27 Proz. zurückgegangen ist. Bei beiden Kategorien zusammen ergibt sich ein Rückgang der männlichen Arbeit in der Landwirtschaft um 12,86 Proz., eine Zunahme der weiblichen Arbeit um 95,4 Proz. Während das weibliche Geschlecht im Jahre 1882 erst 24,66 Proz. der gesamten landwirtschaftlich erwerbstätigen Bevölkerung ausmachte, umfaßte es 1907 bereits 42,15 Proz.

#### Besehende.

Baumfäulenweg. Donnerstag, den 18. Februar, bei Rabling, Baumfäulenstraße 67, abends 8 1/2 Uhr.  
Großlichterselde. Freitag, den 19. Februar, 8 Uhr, im „Kaiserhof“: Vortrag des Genossen Stämpfer: „Der Entwicklungsgedanke in Natur und Gesellschaft.“

#### Verammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 22. Februar, 8 1/2 Uhr, im Neuen Rathhaus, Kommandantenstraße 72. Vortrag Reichstagsabgeordneter Karl Legien: „Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung.“ Gäste willkommen.  
Rammelsburg. Frauen-Vortragabend, Freitag, den 19. Februar, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Tempel: Vortrag der Genossin Mierus: „Ziele und Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung.“

### Gerichts-Zeitung.

#### Eine Polizeifabelaffäre.

Am 7. September v. J. schritten zwei Schußleute gegen drei Männer ein, die aus einem Schanklokal in der Straßauer Allee, nahe der Oberbaumbrücke gekommen waren und auf der Straße beisammenstanden. Es erfolgte eine Sistierung. Einer der drei Männer, der Dreher Eßermann, wurde durch einen Schuhmann fälschlicherweise mit dem Säbel geschlagen und schließlich vom Schöffengericht am 23. November wegen Widerstandes zu zwei Wochen Gefängnis und wegen groben Unfugs zu 10 M. verurteilt. Eßermann, der durch den Rechtsanwalt Theodor Liebnecht verteidigt wird, legte Berufung ein. Infolgedessen wurde die Angelegenheit gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I verhandelt.

Was dem Angeklagten zur Last gelegt wird, das verhängt in der Verhandlung völlig hinter dem, was eine Reihe von Zeugen über das Vorgehen eines fälschlich schwingenden Schuhmanns bekundeten.

Der Angeklagte Eßermann stellte sein Abenteuer mit der Polizei so dar: Ich kam mit zwei Freunden, Kapito und Remnith aus dem Lokal. Auf der Straße standen wir beisammen und uns zu verabschieden. Remnith, der ein wenig angeheitert war, umarmte einen von uns. Da kam der Schuhmann Stiello auf uns zu und herrschte uns an:

„Gehen Sie weiter, alle Soffstöpfe!“

Wald kam noch ein zweiter Schuhmann hinzu, der sagte: „Wenn Sie jetzt nicht weitergehen, trete ich Sie ins Kreuz!“ Kapito sagte zu dem Schuhmann: „Dazu haben Sie kein Recht.“ Hieraus wurde Kapito von den Schußleuten festgenommen. Ich bekam hierauf die Adressen von einigen Augenzeugen des Vorganges. Dann ging ich zu Kapito und sagte: Geh nur ruhig mit, ich habe Zeugen. Nun wollte der Schuhmann Stiello auch mich festnehmen. Ich lief fort, aber Stiello kam mir nach und schlug mich mit dem Säbel. Dann rannte ich weiter. Auf der Oberbaumbrücke hielt mich ein Herr in Zivil fest. Der Schuhmann Stiello kam hinzu und schlug ohne weiteres auf mich ein. Ich fiel zu Boden, aber Stiello schlug mich auch dann noch mit dem Säbel. Nachher hat mich Stiello und ein anderer Schuhmann nach der Unfallstation gebracht, wo meine Wunden verbunden wurden.

Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, er sei doch später nach der Polizeiwache gegangen und habe den Reviervorstand er sucht, die Sache milde zu behandeln. Das spreche doch für das Schuldgefühl des Angeklagten. — Hierzu bemerkte der Angeklagte, einer der Schußleute habe ihm auf der Unfallstation den Rat gegeben, mit dem Reviervorstand zu sprechen, und Stiello habe ihm auf der Unfallstation die Hand gegeben und gesagt, er habe in der Rage gehandelt, er habe nicht gesehen, mit wem er es zu tun hatte; Eßermann solle doch mit dem Reviervorstand sprechen, daß die Sache milde behandelt werde. Wie der Angeklagte weiter sagte, ist er auch zum Reviervorstand gegangen, weil er glaubte, wenn die Sache vor Gericht käme, würde den Schußleuten doch mehr geglaubt wie ihm. Er habe dem Polizeileutnant den Herzgang erzählt, um Milde habe er nicht gebeten, aber der Polizeileutnant habe gesagt, er müsse die Sache anzeigen, aber er werde sehen, daß er sie milde behandeln könne.

Schuhmann Stiello gab eine völlig andere Darstellung des Sachverhalts. Er sagte, der Angeklagte und seine Freunde hätten 10 Minuten lang auf der Straße gestanden und gelärmt; er habe sie aufgefordert, weiter zu gehen, zwei seien gegangen, Kapito sei stehen geblieben; der sei dann durch den hinzugekommenen Schuhmann Großmann festgenommen worden. Als Kapito abgeführt wurde, habe der Angeklagte gegen die Sistierung protestiert, Stiello habe sich das verbeten und habe deshalb von dem Angeklagten einen Stoß bekommen. Der Angeklagte habe dann eine Stellung eingenommen, als ob er ihn, Stiello, angreifen wolle. Darauf habe Stiello von dem Säbel Gebrauch gemacht, um den Angriff zu parieren. Als der Angeklagte von dem Herzen auf der Brücke festgehalten wurde, habe er wieder einen Angriff auf ihn, Stiello, gemacht, habe ihm den Helm vom Kopf geschlagen, an die Beine gefaßt und die Hufe zerrissen. Um den Widerstand zu brechen, habe er, Stiello, auch jetzt vom Säbel Gebrauch gemacht.

Schuhmann Großmann bestätigte im allgemeinen die Darstellung seines Kollegen Stiello. Beide Schußleute bestritten entschieden, daß sie die drei Männer „Soffstöpfe“ genannt und gesagt hätten, sie würden ihnen ins Kreuz treten. Stiello behauptete, daß er nur durch Angriffe des Angeklagten veranlaßt worden sei, mit dem Säbel zu schlagen. Er bestritt, daß er noch geschlagen habe, als der Angeklagte schon am Boden lag. Weiter sagte Stiello, auf der Unfallstation habe er kein Wort mit dem Angeklagten gesprochen.

Die meisten der vernommenen Zeugen haben nur einzelne Abschnitte des ganzen Vorganges gesehen. Frau Regel will gesehen haben, daß nach der Verhaftung Kapitos der Angeklagte dem Schuhmann Stiello einen Stoß verleiht hat und darauf erst von Stiello geschlagen wurde. — Lehrling Göt hat den Eindruck gehabt, als ob der Angeklagte Abwehrbewegungen mit den Armen machte, ehe ihn Stiello mit dem Säbel schlug. — Zwei andere Zeugen bekundeten, daß einer der Schußleute die drei Männer „Soffstöpfe“ genannt und gesagt hatte, er werde ihnen ins Kreuz treten.

Ferner sagten diese Zeugen, daß der Angeklagte, als er forttrante, von Stiello von hinten mit dem Säbel geschlagen wurde, und daß Stiello immer von oben runter schlug, als der Angeklagte schon wehrlos am Boden lag, und daß der Angeklagte keinen Widerstand leistete.

An diese Zeugen richtete der Vorsitzende die Frage, ob sie sich auf Grund eines Aufrufs im „Vorwärts“ als Zeugen gemeldet haben. Der Vorsitzende erhielt die Antwort, daß diese beiden Zeugen durch einen Aufruf in der „Morgenpost“ ermittelt worden sind. — Der Angeklagte bemerkte dazu, er habe in verschiedenen Zeitungen Aufrufe erlassen. Rechtsanwält Liebnecht fügte zur Erklärung dieses Umstandes hinzu: Der Angeklagte hatte an Ort und Stelle die Adressen mehrerer Zeugen in sein Notizbuch geschrieben. Dies Notizbuch ist ihm aber verschwunden auf der Fahrt zur Unfallstation, die in einer Droßkule unter Begleitung der beiden Schußleute zurückgelegt wurde.

Die markanteste Aussage machte der Zeuge Kaufmann Bastiewicz, jener Herr, der den Angeklagten auf der Oberbaumbrücke festhielt, um ihn dem verfolgenden Schuhmann auszuliefern. Der Zeuge sagte: Ich hielt den Angeklagten fest, indem ich ihn am Gemaß sagte. Dann kam der Schuhmann hinzu und, wie ich glaube, schlug er sofort auf den Mann ein. Ich sagte zu dem Schuhmann: Lassen Sie doch den bringen wir so zur Wache. Ich hielt den Angeklagten mit einem besonderen Griff am Arm so fest, daß er keinen Widerstand leisten konnte. Mit dem Schuhmann zusammen wollte ich nun den Angeklagten zur Wache bringen. Der Angeklagte hat, ich möchte ihn doch nicht so festhalten, weil ihn der Arm schmerze. Ich aber sagte: Ich lasse Sie nicht los, sonst können sie fortlaufen. Nachmal eruchte mich der Angeklagte, etwas loszulassen, da er es nicht aushalten konnte.

In diesem Augenblick zog der Schuhmann den Säbel und schlug auf den Angeklagten ein. Widerstand hat der Angeklagte nicht geleistet.

Ich bin der Meinung, daß er ruhig mitgegangen wäre zur Wache. Ich glaube, mein Urtheil ist maßgebend. Denn ich fühle mich verpflichtet, der Polizei zu helfen. Es berührt mich peinlich, daß ich mich jetzt von der Polizei abwenden und für den Angeklagten eintreten muß. Aber Recht muß Recht bleiben. Der Schuhmann hatte keine Veranlassung, den Mann zu schlagen. Ich hatte ihm ja den Arm umgedreht und hielt ihn durch einen besonderen Griff so fest, daß er auch mit dem anderen Arm gar keine Angriffsbewegungen machen konnte. Erst als der Schuhmann auf den Angeklagten einschlug, mußte ich ihn loslassen, um mich selbst vor den Säbelhieben zu schützen. Denn der

Säbel fauete dicht an meinem Kopf nieder.

Der Säbel traf den Kopf des Angeklagten mit solcher Gewalt, daß gleiches das Blut herunterfloß. Ich war ganz perplex. Der Angeklagte lief fort, um sich den Schlägen zu entziehen. Aber der Schuhmann lief hinter ihn her und schlug fortgesetzt auf ihn ein. Dann fiel der Angeklagte zu Boden und der Schuhmann schlug ihn auch dann noch mit dem Säbel. Der Helm fiel dem Schuhmann schon beim ersten Schläge vom Kopf. Daß der Angeklagte, als er schon am Boden lag, den Schuhmann ans Bein faßte und dabei dessen Hufe zerriß, das war Notwehr.

Diese mit überzeugender Sicherheit abgegebene Aussage des Zeugen Bastiewicz wurde noch durch eine Reihe anderer Zeugen, welche Einzelbeobachtungen gemacht hatten, unterstützt. Einer dieser Zeugen sagte, als der Angeklagte am Boden lag, schlug der Schuhmann so lange auf ihn los, bis er nicht mehr konnte. Wenn dem Schuhmann nicht die Kraft zum Weiterschlagen ausgegangen wäre, so würde er den Angeklagten wohl totgeschlagen haben.

Rechtsanwalt Liebnecht beantragte nach eingehender Würdigung der Beweisaufnahme die Freisprechung des Angeklagten. — Der Staatsanwalt beantragte, die Berufung zu verwerfen.

Das

#### Urteil des Gerichts

ging dahin: Das Verhalten des Angeklagten bei der Sistierung des Kapito sei als grober Unfug anzusehen. Es sei auch erwiesen, daß der Angeklagte den Schuhmann Stiello vor die Brust gestößt, also Widerstand geleistet habe. Daß der Angeklagte dem Schuhmann Stiello, wie dieser angab, den Helm vom Kopf geschlagen, an Bein gefaßt und die Hufe zerrissen habe, sei nicht erwiesen. In dieser Hinsicht werde sich der Schuhmann in der Erregung wohl geirrt haben. Er scheine auch in seiner Aufregung zu weit gegangen zu sein, indem er den Säbel gebrauchte in einer Situation, wo es vielleicht nicht nötig gewesen wäre. Da der Angeklagte den Schuhmann durch einen Schlag angegriffen habe, so müsse er bestraft werden. Aber mit Rücksicht auf die ganze Situation erweise eine Gefängnisstrafe zu hart. Der Angeklagte ist deshalb wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit 40 M. zu bestrafen. Wegen des groben Unfugs bleibt es bei der Strafe von 10 M.

Wieder eine Kennzeichnung des Polizeistaats. Der Arbeiter kommt auf die Kassegebäude und wird bestraft, wenn man ihm auch nur den geringsten formalen Verstoß durch zweifelhafte Zeugenaussagen glaubt nachweisen zu können. Der Schuhmann aber, der ohne Veranlassung den Säbel schwingt und einen Arbeiter halb totschlägt, geht frei aus und bleibt nach wie vor ein berufener Schlichter der Ordnung. Und dann wundert sich die Polizeibehörde, daß ihre tausend Hilfsmannschaften nicht in der Lage sind, einen gemeingefährlichen Messerstecher ausfindig zu machen, den eine anders ausgebildete und verantwortliche Polizei wohl längst dingfest gemacht hätte.

#### In dem Totschlagprozeß

gegen den Agenten und Portier Otto Pfanner, der, wie gemeldet, beschuldigt war, seine Ehefrau aus Eifersucht hinterücks erstochen zu haben, fiel die Beweisaufnahme durchweg zuungunsten des Angeklagten aus. Die Geschworenen bejahten dem Antrage des Staatsanwalts Dr. Ludwig gemäß die Schuldfrage auf Totschlag unter Verjaugung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die mehrfachen Vorstrafen, die Pfanner wegen ganz ähnlicher Missethate erlitten hatte, eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren. Das Urteil des Gerichts lautete auf 4 Jahre und 6 Monate Zuchthaus.

### Verammlungen.

Der Zentralverband der Schuhmacher (Filiale Berlin) hielt am Montag eine Generalverammlung ab, die im Lokal Landberger Straße 31 stattfand. Den Kassenbericht pro 4. Quartal 1908 erstattete der Kassierer Bendig. Die Einnahmen der Zentralfiliale betragen 13.915,55 M. Von dieser Summe gingen 2742,59 M. statungsgemäß an die Lokalfiliale und 3214,56 M. an die Hauptfiliale. Von der weiteren Ausgabe von 7658,40 M. entfielen auf Arbeitslofenunterstützung 4332,85 M. und auf Krankenunterstützung 3150,20 M. — Die Kapitalanlage der lokalen Zuchthausklasse liegt nach Berechnung von Einnahme und Ausgabe im 4. Quartal von 5886,78 M. auf 6294,18 M. — Die Lokalfiliale erzielte einschließlich eines Bestandes von 4091,49 M., der am Ende des 3. Quartals vorhanden war, eine Gesamteinnahme von 9675,83 M. Nach Berechnung der Ausgabe verblieben als Kapitalanlage 4793,02 M. — Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht machte der Rechnungsführer ebenfalls einige Mitteilungen. Infolge der Einwirkung der Krise gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes in Schuhindustrie und -Handwerk im Jahre 1908 trübselig. Der trodene Sommer und Herbst verschärfte noch die Situation im Schuhmachergewerbe, während die im Oktober einschende kalte Witterung wenigstens einige Arbeitsgelegenheiten in den Hühlschuhfabriken schuf. Für die weitere Verschlechterung der Konjunktur im verflohenen Jahre liefert einen untrüglichen Beweis der Vergleich zwischen den entsprechenden Zahlen der Hauptfiliale von 1907 und 1908. Im Jahre 1907 bezogen 720 Kollegen für 9183 Tage 10.548,70 M. Arbeitslofenunterstützung. Im Jahre 1908 erhielten dagegen 1024 Kollegen für 14.323 Tage 16.684,60 M. Arbeitslofenunterstützung. Vielfach wurde außerdem infolge der wirtschaftlichen Depression die Arbeitszeit reduziert oder bei derselben Arbeitszeit die Produktion wesentlich beschränkt. Das muß noch zur richtigen Kennzeichnung der Gesamtverluste, welche die Wirtschaftskrise den Arbeitern brachte, betont werden. Auch die Summe der Krankenunterstützung stieg. 1907 betrug sie insgesamt 11.533,25 M., 1908 dagegen 13.662 M. Wenn man außer der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung aus der Hauptfiliale noch die anderen Unterstützungen aus Hauptfiliale, Lokalfiliale und Zuchthausklasse berücksichtigt, so wurden im Jahre 1908 an Unterstützungen insgesamt 40.787,50 M. gezahlt.

Den Geschäftsbericht der Verwaltung erstattete Hildebrandt, indem er eine Uebersicht dessen gab, was zu erledigen war.

Die Neuwahlen ergaben als ersten Vorsitzenden Karl Herrmann, als zweiten Vorsitzenden Volmerhaus, als Kassierer Bendig, als Schriftführer Valerius. Revisoren wurden Krause, Weihenborn und Hamann. In die Agitationskommission der mechanischen Branche wurden Reßlow, Bruno Koch, Hannig und die Schuhmacher Tische und Hamann gewählt. Die Agitationskommission der Schopfabriker, die diese bereits in ihrer Sitzung gewählt haben, wurde bestätigt. Ihr gehören an Walter, Bunge, Brodt und von der Schäftebrande Krolewski und Rnietsch.

Nach einem Bericht der Beschwerdekommision, den Walter erstattete, wurde in die Kommission gewählt Walter, Anörrieh, Drassa, Wuffor und Schel, sowie als Erfahrmänner Schöller, Rißing und Schmidt.

Aus den Berichten ist nachzutragen, daß bei der Firma Rech u. Braedel in Brih ständige Differenzen sind. Die Firma sucht aus der Provinz Leute heranzuziehen, um hiesige nicht einstellen zu brauchen, weil sie die angemessenen Löhne nicht bezahlen will. Es ist vor Zugug zu warnen.

### Vermischtes.

#### Die Grubentatastrophe in Weststanley.

Nur trübe sind die Nachrichten, die über die bereits in unserer gestrigen Nummer gemeldete Katastrophe in der Kohlengrube Weststanley einlaufen. Allen Anschein nach ist der größte Teil der Arbeiter umgekommen. Im Anschluß an unsere bisherige Meldung wird weiter aus London berichtet: Bis gestern abend 10 1/2 Uhr war es noch nicht möglich gewesen, zu den in der Kohlengrube Weststanley verhängten Arbeitern, deren Zahl jetzt auf 130 angegeben wird, zu gelangen.

Eine spätere Meldung besagt: London, 17. Februar. Von den in der Kohlengrube Weststanley verhängten Arbeitern wurden zweieunddreißig gerettet. Es wird befürchtet, daß die übrigen verloreten sind. Bisher wurden acht Leichen geborgen.

Zum Theaterbrand in Acapulco wird noch aus Mexiko gemeldet: Nach Privatmeldungen sind bereits zweihundert Leichen der Opfer des Theaterbrandes in Acapulco geborgen; sie sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt oder verfaulen. Das Theater war nach wenigen Minuten ein Flammenmeer, auch acht benachbarte Gebäude sind niedergebrannt.

Durch Erdbeben vernichtet. Teheran, 17. Februar. Nach verspätet bei der Regierung eingegangenen amtlichen Meldungen hat sich am 23. Januar in der Gegend von Burudschid und Selafor in der Provinz Luristan ein äußerst heftiges Erdbeben ereignet. Trotz spärlicher Bevölkerung sind doch 60 Dörfer fast vollständig zerstört, einige sogar einfach von der Erde verschlungen worden. Tausende bis sechshundert Menschen sollen ums Leben gekommen sein. Die von allen Mitteln entblöhten Ueberlebenden sind nach Burudschid geflüchtet und bitten die Regierung um Hilfe.

Smyna, 17. Februar. Heute früh 6 Uhr erfolgte hier und in der Umgegend ein heftiges Erdbeben. In Phocca und Menemen sind mehrere Häuser eingestürzt. Verluste an Menschenleben werden nicht gemeldet.

Amlicher Marktbericht der hildischen Marktstellen-Direktion abn. den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unerschüttert. Milch: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise trübend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft teilweise belebt, Preise angemessen. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter anziehend. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr gemäßig, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Partei-Angelegenheiten.

Die Panlower Wahlvereinsmitglieder

werden auf die heute abend im Lokale von Nozdzi, Kreuzstraße 3/4 stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins für den Bezirk Panlow aufmerksam gemacht, die vom Kreisvorstand einberufen ist. Den Mitgliedern soll Gelegenheit gegeben werden, zu der neuesten Treiberei einiger Vorstandsmitglieder Stellung zu nehmen, die es als ihre vornehmste Aufgabe zu betrachten scheinen, fortgesetzt öffentlichen Skandal hervorzurufen und damit jede Aktion für unsere gemeinsame Sache zu unterbinden. Es soll heute festgestellt werden, ob die Panlower Genossen nicht selbst fühlen, wie schwer dieser ständige Parteitrauer unsere große Sache, die doch auch die ihrige ist, schädigt. Noch heute triumphieren unsere Gegner, daß ihnen zwei Gemeindevorstandsmandate, die bisher in unseren Besitz waren, zugefallen sind, nicht zuletzt durch die innere Zerstückelung in unseren Reihen. Und gereicht es etwa unserer Sache zum Nutzen, daß Maßnahmen propagiert werden, nach denen das eigene Blatt der Genossen Groß-Berlins geschädigt wird?

Genossen von Panlow! Zeigt heute, daß Euch unsere Sache mehr wert ist als einzelne Personen, die Euch seit Jahr und Tag zu keiner praktischen Arbeit für unsere Partei kommen lassen. Bekundet heute, daß Ihr dieses Treiben satt habt und daß es Euch Ernst ist, mit Euren Kampfgenossen des Kreises, mit den Genossen Groß-Berlins Hand in Hand zu arbeiten und alle Eure Kräfte zu konzentrieren zum Kampfe gegen unseren gemeinsamen Feind, zur Abwehr neuer Anschläge und zum Kampfe für neue Volksrechte und Volksfreiheiten.

Stralau. Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Voelke, Alt-Stralau 5. Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Anstellung eines beauftragten Beamten. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Wahl eines Revisors. 5. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Wahlisdorf (Ordnung). Am Sonntag, den 21. d. M., abends 6 Uhr, findet im „Hilfsweg“, Wahlisdorf-Str. 1, eine Wotterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen für die Arbeiterklasse. 2. Die Schulverhältnisse in Wahlisdorf-Str. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht der Parteigenossen, für zahlreiches Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Reinickendorf-Ordnung. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Gröndler, Doppelstr. 24, der Diskuter- und Lesabend statt. — Am Sonntag, den 21. Februar, findet die Handzettelverteilung zu der am Sonntag, 21. Februar stattfindenden Versammlung statt. Alle arbeitslosen Mitglieder werden ersucht zu erscheinen. Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Heute Donnerstag, 18. Februar, nachm. 8 1/2 Uhr findet bei Stähne die Handzettelverteilung zu der am Sonntag, 21. Februar stattfindenden Versammlung statt. Alle arbeitslosen Mitglieder werden ersucht zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Lesabend der Frauen

findet am morgigen Freitagabend in den bekannten Bezirkslokalen statt. Die Parteigenossinnen werden hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht.

Vom Stadthaushalt für 1909.

Spät, wie üblich, ist der Magistrat mit dem Entwurf des Stadthaushaltsetats für 1909 fertig geworden. Was er zustande gebracht hat, liegt jetzt den Stadtverordneten vor und wird von ihnen am Donnerstag dieser Woche einer ersten Lesung unterzogen werden.

Der Etatentwurf schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit rund 288 1/2 Millionen Mark. In dem erwarteten Einnahmebetrag sind die ordentlichen Einnahmen mit 249 Millionen, die außerordentlichen mit 39 1/2 Millionen beteiligt, während von dem vorgesehenen Ausgabebetrag auf die ordentlichen Ausgaben annähernd 245 1/2 Millionen, auf die außerordentlichen über 42 1/2 Millionen entfallen. Die Summe 288 1/2 Millionen hat sich diesmal ergeben, weil in den Entwürfen der besseren Uebersicht wegen, die Werke nicht mehr nur mit ihrem Ueber- oder Zuschuß, sondern jetzt mit den Gesamtbeträgen ihrer Einnahmen und Ausgaben eingestellt worden sind. Für 1908 schloß der Stadthaushaltsetat ab in Einnahme und Ausgabe mit rund 159 Millionen, doch standen neben ihm noch die besonderen Etats der Werke mit einem Einnahme- und Ausgabebetrag von zusammen rund 136 Millionen.

Die Verwaltungen, die Zuschuß erfordern, stehen diesmal mit zusammen 111 3/4 Millionen Mark Zuschüssen im Etat. Hierher gehören: von den Werken die Kanalisation nebst Rieselgütern mit 20 031 055 M. Einnahme, 22 961 870 M. Ausgabe, also 2 930 815 M. Zuschuß, sowie die Gasanlagen mit nur 79 700 M. Einnahme, aber 822 580 M. Ausgabe, also 742 880 M. Zuschuß; ferner die Kapital- und Schuldenverwaltung mit 21 782 350 M. Einnahme, 29 168 300 Mark Ausgabe, 7 385 950 M. Zuschuß, das Unterrichts- und Erziehungs- mit 3 832 334 M. Einnahme, 30 237 647 M. Ausgabe, 26 405 313 M. Zuschuß, das Armenwesen mit 2 246 179 M. Einnahme, 17 872 969 M. Ausgabe, 15 626 790 M. Zuschuß, das Gesundheitswesen mit 5 924 210 M. Einnahme, 16 503 142 Mark Ausgabe, 10 578 932 M. Zuschuß, die Parkverwaltung mit 206 000 M. Einnahme, 1 628 910 M. Ausgabe, 1 362 310 Mark Zuschuß, das Baugesetz (Hochbau sowie Brücken- und Straßenbau) mit 9 699 173 M. Einnahme, 17 173 534 M. Ausgabe, 7 474 361 M. Zuschuß, Verwaltungsstellen (Gehälter und so weiter) mit 1 972 770 M. Einnahme, 17 313 216 M. Ausgabe, 15 340 446 M. Zuschuß, Polizei und Feuerwehr mit 1 459 320 M. Einnahme, 10 531 200 M. Ausgabe, 9 071 880 Mark Zuschuß, Straßenbeleuchtung und Straßenreinigung mit 467 350 M. Einnahme, 6 906 830 M. Ausgabe, 6 439 480 Mark Zuschuß; schließlich das Kapitel „Verschiedene Ausgaben“ mit 8 395 847 M.; das zusammen 111 755 004 M. Zuschüsse. Für die meisten dieser Kapitel haben die Zuschüsse höher als im Vorjahr bemessen werden müssen, im ganzen um 9 343 656 M. Hieran sind am stärksten beteiligt „Kapital- und Schuldenverwaltung“, „Polizei und Feuerwehr“ und „Verschiedene Ausgaben“. Die Kapital- und Schuldenverwaltung erfordert 1 086 306 M. mehr Zuschuß; die Verzinsung und Tilgung der Anleiheverschuldung ist eben kein „billiges Vergnügen“. Für Polizei und Feuerwehr muß diesmal um 2 638 230 M. mehr Zuschuß hergegeben werden, hauptsächlich infolge des neuen Polizeikostengesetzes, durch das der von

der Stadt zu leistende Beitrag um 2 617 020 M. erhöht wird. In der Reihe der „Verschiedenen Ausgaben“ fallen besonders auf 3 870 000 M. zur Deckung des Mehrbedarfs an Befoldungen für Beamte und Lehrer und 100 000 M. für Mittagsspeisung bedürftiger Schulkinder. Für einige Kapitel ist der Zuschuß verringert worden. Besonders an den Ausgaben für das Bauwesen hat man tüchtig gestrichelt, so daß der hier zu leistende Zuschuß sich allein um 10 045 083 M. niedriger stellt als im Vorjahr. Das gesamte Zuschuß-Minus, das erzielt wurde, beträgt 10 664 950 M. Da das gesamte Zuschuß-Plus, das für die übrigen Kapitel angelegt werden mußte, nur 9 343 656 M. beträgt, so ergibt sich für die Gesamtheit der Zuschuß erfordernden Verwaltungen gegenüber dem vorjährigen Etat ein Zuschuß-Minus von 1 321 294 M.

Die Verwaltungen, die Ueberschuß bringen, müssen die 113 3/4 Millionen Mark Zuschüsse decken. Hierher gehören: die Kämmererei mit 1 191 668 M. Einnahme, 279 367 M. Ausgabe, 912 301 M. Ueberschuß; ferner von den Werken die Gaswerke mit 93 995 132 M. Einnahme, 87 158 207 M. Ausgabe, 6 836 925 M. Ueberschuß, die Wasserwerke mit 11 614 652 M. Einnahme, 9 235 333 M. Ausgabe, 2 379 269 Mark Ueberschuß, der Vieh- und Schlachthof (einschl. Beschau) mit 6 811 472 M. Einnahme, 6 321 750 M. Ausgabe, 489 722 Mark Ueberschuß, die Markthallen mit 3 019 700 M. Einnahme, 2 068 500 M. Ausgabe, 51 200 M. Ueberschuß, die Straßenbahnen mit 723 000 M. Einnahme, 610 000 M. Ausgabe, 113 000 M. Ueberschuß, die Fleischvernicklungsanstalt mit 314 500 M. Einnahme wie Ausgabe (also weder Zu- noch Ueberschuß); weiter die „Verschiedenen Einnahmen“ mit 20 875 901 M. Bei den Werken sind die erwarteten Ueberschüsse meist höher angelegt worden als im Vorjahr, besonders bei den Wasserwerken um 366 549 M., beim Vieh- und Schlachthof um 227 842 M. Für die Straßenbahnen, das jüngste Unternehmen der Stadt, hat man diesmal bereits einen ansehnlichen Ueberschuß in den Etat einstellen dürfen, während im Vorjahr noch ein Zuschuß (75 000 M.) vorgesehen worden war, der allerdings erspart worden ist, weil dieses Unternehmen sich sofort sehr günstig entwickelt hat. Das Gegenstück hierzu bilden leider die Markthallen. Der Ueberschuß aus ihnen ist diesmal wieder sehr viel niedriger als im Vorjahr angelegt worden, nur noch mit 51 200 M., um 435 249 M. weniger als für 1908. Die Markthallen stehen jetzt dicht vor dem Zeitpunkt, wo sie Zuschuß erfordern werden, wenn man nicht die unrentablen schließt. Niedriger als im Vorjahr stellen sich auch die „Verschiedenen Einnahmen“, um 3 671 219 M. Dieses Kapitel enthält unter anderem die Einnahmen aus Dotationen und aus Renten (von den Straßenbahngesellschaften, der Elektrizitätsgesellschaft usw.) sowie auch den Ueberschuß aus dem Stadthaushaltsetat des letztabgeschlossenen Etatjahres, der im Vorjahr noch mit rund 14 Millionen hatte eingeseht werden können, aber diesmal um 3 860 000 M. niedriger ist. Kämmerereiüberschuß, Werküberschuß und Verschiedene Einnahmen sollen zusammen 31 658 318 M. bringen; hier ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 3 206 488 M.

Es bleiben somit noch volle 80 Millionen zu decken, für die die Stadt keine andere Einnahmequelle als die Taschen der Steuerzahler hat. Bei der Aufstellung des Stadthaushaltsetats ist von vornherein dafür gesorgt worden, daß hier nicht noch mehr als 80 Millionen blieben. Andersfalls wäre es nicht möglich gewesen, noch einmal an den alten Steuerläsen von 100 Proz. der Einkommensteuer und 150 Proz. der Gewerbe- und Grundsteuer festzuhalten. Für 80 Millionen „langt gerade noch“. Bei 100 bzw. 150 Proz. hofft man einzunehmen aus der Einkommensteuer 39 460 000 M., um 1 000 000 M. mehr als im Vorjahr angelegt wurde, aus der Grundsteuer 24 300 000 M., um 300 000 M. mehr, aus der Gewerbesteuer 11 490 000 M., soviel wie im Vorjahr. Ferner werden erwartet aus der Betriebssteuer 300 000 M., um 10 000 M. mehr, aus der Hundsteuer 770 530 M., um 5500 M. mehr, aus der Brauabgabe 625 000 M., um 125 000 M. weniger, aus der Wandlersteuer 800 M. wie im Vorjahr. Die Warenhaussteuer soll wie im Vorjahr 1 000 000 M. bringen, die aber wieder zum teilweisen Erlaß der Gewerbesteuer verwendet werden muß. Die Umsatzziffer ist mit dem Betrag 4 224 500 M., um 724 500 M. mehr als im Vorjahr, angelegt worden, so daß die Gesamteinnahme aus Steuern sich auf 82 170 830 M. stellt. Hieron gehen 20 741 444 M. Ausgabe ab (eigene Ausgabe der Steuerverwaltung sowie Verrechnung der 1 Million Warenhaussteuer auf die Gewerbesteuer), es ergeben sich mithin die 80 096 686 M., die noch zu decken waren.

Die Rechnung stimmt auf dem Papier, das versteht sich bei einem Etatentwurf von selber. In Wirklichkeit kommt's natürlich anders, manchmal sogar sehr anders, namentlich in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges, wie es die gegenwärtige ist.

Ueber die Berliner Fürsorgeerziehung

finden wir in dem neuesten Jahresbericht unserer Waisenverwaltung wieder ein ausführliches Referat. Im Etatsjahre 1907 (1. April 1907 bis 31. März 1908) wurden 845 Fürsorgezöglinge überwiesen, davon 310 wegen zerrütteter häuslicher Verhältnisse und 535 wegen eigener schlechter Reigungen. Seit 1. April 1901, dem Tage des Inkrafttretens des Fürsorgeerziehungsgesetzes, waren nun im ganzen 4496 Zöglinge überwiesen worden. Von diesen waren aber durch endgültige Entlassung oder durch Tod 1057 wieder ausgeschieden, so daß am 1. April 1908 ein Bestand von 3439 Fürsorgezöglingen blieb. Dazu kam noch ein Bestand von 213 Zwangszöglingen aus der Zeit vor Inkrafttreten des Fürsorgeerziehungsgesetzes, mithin befanden sich am 1. April im ganzen 3652 Zöglinge (2459 männliche, 1193 weibliche) in der erziehenden Fürsorge der Stadt. Hieron standen zu dieser Zeit im Alter bis zu vollen 6 Jahren nur 9 Zöglinge, von da bis zu vollen 14 Jahren 934 Zöglinge, von da bis zu vollen 21 Jahren 2709 Zöglinge. Ueberweisung in schulpflichtigen Alter erfolgt vorwiegend mit Rücksicht auf die häuslichen Verhältnisse. Ueberweisungen in den Jahren nach Vollendung der Schulpflicht werden vorwiegend durch eigene Verfehlungen veranlaßt, bei den Knaben besonders durch Diebstahl, bei den Mädchen hauptsächlich durch Gewerbsmüßigkeit.

Der Erfolg der Fürsorgeerziehung hängt wesentlich mit davon ab, wo und wie die Zöglinge unter-

gebracht sind. Von den 3652, die am Schluß des Berichtsjahres als Bestand gezählt wurden, sind hier 670 auszufordern. Zu ihnen gehörten 262 erst widerrechtlich entlassene, 46 widerrechtlich der eigenen Familie überwiesene, sowie 263 entlassene, 47 im Gefängnis sitzende, 52 im Krankenhaus weilende. Von den übrigen 2982 Zöglingen befanden sich 520 in einer Lehre und 713 im Dienst oder in einem sonstigen Arbeitsverhältnis, so daß für diese 1233 Zöglinge die Lehrherren oder Arbeitgeber die Pflege zu gewähren hatten. Es blieben dann nur noch 1749 Zöglinge, für deren Unterbringung zu sorgen war. Hieron befanden sich 7 in den beiden Waisenhäusern der Stadt, 278 in den eigenen Erziehungsheimen Berlins (241 männliche in Lichtenberg, 37 weibliche in Kleinbeeren), 1180 in privaten Anstalten, 327 in Familienpflege. Man sieht hier wieder, in wie großem Umfange die Stadt Berlin private Anstalten mitbenutzen muß, weil es versäumt worden ist, rechtzeitig die eigenen Anstalten zu vermehren. Am ärgsten ist der Mangel eigener Anstalten für Mädchen. Während von den männlichen Zöglingen 619 in Privatanstalten, aber doch immer noch 241 in der eigenen Anstalt Lichtenberg untergebracht waren, befanden sich von den weiblichen 518 in Privatanstalten und nur 37 in der eigenen Anstalt Kleinbeeren. Was sind das für Privatanstalten? Warum werden sie in dem Bericht der Waisenverwaltung nicht aufgezählt, damit man sie sich einmal bei Lichte besehen kann? Der Bericht meldet, daß bei den Revisionen der Anstalten wie auch der Familienpflege meist nur geringfügige Beanstandungen nötig geworden seien. Nur über eine Anstalt habe wegen einer Krätzeepidemie zeitweise die Sperre verhängt werden müssen, bis die Krankheit erloschen war. Es handelt sich — der Bericht verschweigt das — um das für Knaben bekannte Rettungs- und Waisenhaus zu Köstlin. Die unermutete Revision, bei der die Krätzeepidemie von einem zur Waisendeputation gehörenden sozialdemokratischen Stadtverordneten festgestellt wurde, war dadurch veranlaßt worden und erzwungen worden, daß Eltern von dort untergebrachten Zöglingen sich an den „Vorwärts“ sowie an jenen Stadtverordneten gewandt hatten. Selbstverständlich steht in dem Bericht auch hiervon nichts. Der Bericht weiß über Mängel privater Anstalten nichts weiter zu erzählen, dagegen beklagt er, daß die Durchführung der Familienpflege in dem vom Gesetze gewollten Umfange allem Anschein nach dauernd auf unüberwindliche Hindernisse stoße, besonders für ältere sittlich verwahrloste Mädchen, weil es für sie an geeigneten Familien fehle. Schwierigkeiten haben sich übrigens auch bei der Unterbringung männlicher Zöglinge ergeben. Mit Unterbringung von Zöglingen in Fischereibetrieben und auf Seefahrtschiffen ist fortgefahren worden, aber die Erfolge waren nur zum Teil, wie der Bericht sagt, „über Erwarten gut“. An Enttäuschungen hat es dabei nicht gefehlt, namentlich bei dem Fischereibetriebe in Hünkenwärder, auf den große Hoffnungen gesetzt worden waren. Die Fischereigesellschaft Neptun in Emden, die mehrere Jahre hindurch die meisten der für den Seedienst ausgewählten Zöglinge übernommen hatte, hat der Waisenverwaltung den Vertrag gekündigt. Der Bericht bedauert, daß in letzter Zeit mehrfach in Seefahrtschiffen freireisenden Bestrebungen gegen die Unterbringung von Fürsorgezöglingen im Seemannsberuf sich geltend gemacht haben. So bezeichne zum Beispiel der Deutsche Schiffsverein in einer öffentlichen Kundgebung die Fürsorgezöglinge schlechthin als Taugenichtse, die man mit allen Mitteln vom Seemannsberuf fernhalten müsse. Hierzu führt der Bericht aus: „Man beginnt an diesen Stellen der Ansicht zu huldigen, daß nur verbrecherisch veranlagte Elemente der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, und berücksichtigt nicht, daß viele minderjährige lediglich infolge vieler häuslicher Verhältnisse auf die schiefe Bahn gedrängt worden sind, die, wenn sie in die richtigen Hände gelangt sind, ordentliche Menschen und damit auch, was sich durch zahlreiche Beispiele belegen läßt, tüchtige Seeleute werden können. Wie sollte überhaupt für die Zöglinge ein Fortkommen geschaffen werden, wenn auch andere achtbare Berufskreise in gleich schroffer Weise gegen die Einstellung der jungen Leute Stellung nehmen wollten!“ Mehr als bisher sollen, wohl hauptsächlich wegen solcher Widerstände, die Fürsorgezöglinge zu Arbeiten auf den eigenen Rieselgütern Berlins verwendet werden. Die Erfahrungen, die hiermit bisher gemacht worden sind, werden als erfreulich bezeichnet.

Um die Erziehungserfolge zahlenmäßig nachzuweisen, hebt der Bericht hervor, daß mehr als der dritte Teil der im letzten Jahr endgültig aus der Fürsorgeerziehung ausgeschiedenen Zöglinge, nämlich 149 von 411 ausgeschiedenen, auf Grund guter Führung entlassen worden seien. Daß aber daneben 223 lediglich wegen Eintritts der Volljährigkeit entlassen werden mußten, spricht nicht für einen befriedigenden Erfolg. Tatsächlich kommen nur zu viele Fürsorgezöglinge nicht früher wieder los, als bis sie das 21. Lebensjahr vollendet haben und nun nicht länger festgehalten werden können. Woran das liegt? Zum Teil an der Unzulänglichkeit der angewendeten Erziehungsmittel, an dem alleinseligmachenden Zwang, mit dem man in Anstalten wie in Familien die Zöglinge beseuern zu können meint; zum Teil aber wohl daran, daß nicht wenige der Fürsorgezöglinge geradezu an seelischen Störungen leiden, gegen die auch die besten Erziehungsmittel machtlos sind, wenn nicht dem Erzieher ein sachverständiger Arzt zur Seite steht. In der Anstalt Lichtenberg ist ein Arzt tätig. Auch diesmal hat er wieder zu berichten über Zöglinge mit „pathologischen nervösen und psychischen Erscheinungen“. Er hebt hervor, es sei „eine allgemein anerkannte Tatsache, daß derartige Entartungserscheinungen bei den Fürsorgezöglingen nicht selten vorkommen“. Auch in den Gerichtsbeschlüssen, die die Fürsorgeerziehung anordneten, sei in einzelnen Fällen auf solche Erscheinungen hingewiesen worden. Wieder mußten eine Reihe Zöglinge sogar an Irrenanstalten abgegeben werden. Das Merkwürdige bei all dem ist nur das, daß man sich dessen ungeachtet auch in der Anstalt Lichtenberg immer noch nicht dazu entschließen kann, auf den Stoa und ähnliche Gewaltmittel zu verzichten.

Für wen sind die Säuglingsfürsorgestellen bestimmt?

Die Säuglingsfürsorgestellen Berlins, die als ein Mittel zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit gedacht sind, haben in ihren ersten drei Jahren eine rasche Zunahme der Vermittlungs-

ziffern gehabt. Sie werden aber von der minderbemittelten Bevölkerungsfürsicht, für die sie bestimmt sind, doch bei weitem noch nicht in dem Maße in Anspruch genommen, wie man es wünschen muß. Die Verwaltungsberichte der Waisen-Deputation weisen alljährlich in dem Abschnitt über die Säuglingsfürsorgestellen darauf hin, daß diese Einrichtung nur dann ihren Zweck recht erfüllen kann, wenn sie möglichst vollständig ausgenutzt wird. Auch in dem neuesten Verwaltungsbericht, der das Etatsjahr 1907/08 behandelt, steht wieder zu lesen: „Sollen die Säuglingsfürsorgestellen ihrer Aufgabe, die Säuglingssterblichkeit Berlins herabzubringen, gerecht werden, so müssen ihre fürsorgebedürftigen Kinder möglichst zahlreich und möglichst jung zugeführt werden und möglichst lange in der Aufsicht verbleiben.“

Solche immer wiederholten Mahnungen sind sehr dankenswert. Indes, sie werden schwerlich vollen Erfolg haben, wenn nicht auch das Personal der Säuglingsfürsorgestellen alles tut, das Publikum zur Benutzung dieser Fürsorgestellen zu ermutigen. Hieran scheint man's aber mitunter noch sehr selten zu lassen. Verschiedene Mütter, die mit ihren kranken und schwächlichen Kindern Säuglingsfürsorgestellen aufgesucht hatten, haben uns gesagt, daß dort ihnen gegenüber ein Ton angeschlagen worden sei, den sie als durchaus unangehörig empfanden. Wer Hilfe unentgeltlich beansprucht, ist rasch geneigt, zu argwöhnen, daß er eben deshalb so eigenartig behandelt werde. Da kann leicht einer Mutter die Lust vergehen, sich solcher Behandlung ein zweites Mal auszuweisen. Vor mehreren Wochen haben wir Besuch von dieser Art wieder gegeben, die sich auf die Säuglingsfürsorgestelle IV (Kraunstraße 68) bezogen. Heute müssen wir berichten über ähnliche Erfahrungen, die von Müttern in der Fürsorgestelle II (Eiffasser Straße 27) gemacht worden sind.

Gefragt wird von einer Mutter über einen Assistenzarzt, den sie in dieser Fürsorgestelle für ihr Kind um Rat bitten mußte. Wir wissen nicht, ob der Herr noch heute dort tätig ist. Er soll ihr bei ihrem ersten Besuch gesagt haben, sie habe das Kind durch ihre eigene Dummheit heruntergebracht. Wir sind der Ansicht, daß der Herr Doktor es gut meinte mit der jungen, noch unerfahrenen Mutter. Aber die Form, in der er sie da belehrt haben soll, ist doch ein bißchen sonderbar. Auch unter den Ärzten gibt es junge Leute, die noch wenig Erfahrung besitzen und gelegentlich einen Patienten durch verkehrte Behandlung „herunterbringen“. Was würde ein Arzt sagen, wenn ihm vorgehalten würde, daß er das durch seine eigene Dummheit verschuldet habe? Was würde der Arzt einer Säuglingsfürsorgestelle sagen, wenn eine Arbeiterfrau ihm in dieser Weise entgegengetreten wolle? Von einer anderen Mutter wird uns auch über den Professor Cassel, der die Fürsorgestelle II leitet, die Mitteilung gemacht, daß er einen Ton angeschlagen habe, der verlegend wirken mußte. Es ist vielleicht falsch, gegenüber manchen Leuten allzu empfindlich zu sein. Man muß sie schon so verdrauchen, wie sie sind. Offenbar wissen sie selber nicht, wie verlegend ihre Manieren wirken.

Gegen eine Äußerung aber, die Herr Professor Cassel nachgesagt wird, müssen wir doch aufs nachdrücklichste protestieren, nicht deshalb, weil sie von den betreffenden Müttern als groß empfunden wurde, sondern deshalb, weil sie geeignet ist, in die Bevölkerung ganz irrige Ansichten über das Recht auf Benutzung der Säuglingsfürsorgestellen hineinzutragen. Es wird behauptet, Herr Cassel habe zwei Mütter, die mit ihren Kindern zu ihm gekommen waren, in recht unfreundlicher Weise zu verstehen gegeben, daß für sie die Säuglingsfürsorgestelle nicht bestimmt sei. Beide wohnen nahe dem Ringbahnhof „Schönhauser Allee“, da waren sie selbstverständlich nicht im Hauskleid nach der Eiffasser Straße gegangen, sondern hatten Straßenkleidung angelegt. Wohl mit Rücksicht hierauf wurden sie in der Fürsorgestelle teils von einer dort anwesenden Dame, teils von dem Herrn Professor in laum mißgütigem Tone examiniert: „Was wollen Sie denn hier? Wer sind Sie denn?“ Als die eine angab, ihr Mann sei Mechaniker, wurde ihr gesagt, dann könne sie einen Privatarzt aufsuchen. Schließlich soll der Herr Professor erklärt haben, die Säuglingsfürsorgestellen seien für Ochsarme bestimmt. Als die andere der beiden Frauen einwandte, sie sei doch schon im Sommer hier gewesen, bekam sie eine Antwort, die von ihr dahin verstanden wurde, die Gnade höre eben auch mal auf.

Wenn Herr Professor Cassel tatsächlich gesagt hat, die Säuglingsfürsorgestellen seien für Ochsarme bestimmt — beide Frauen haben trotz aller von uns geäußerten Zweifel ihre Angaben aufrecht erhalten —, so kennt er selber nicht den eigentlichen Zweck dieser Einrichtung. In den Beschlüssen, die von unseren Gemeindebehörden über die Säuglingsfürsorgestellen gefaßt worden sind, steht nichts von „Ochsarmen“. Diese Fürsorgestellen sind bestimmt für „bedürftige“, gewiß; aber der Begriff „Bedürftigkeit“ soll dabei so weit wie möglich gefaßt werden, damit möglichst viele Mütter für ihre Kinder des Bestandes der Säuglingsfürsorgestellen teilhaftig werden können. Mag sein, daß in der Städtischen Verordnetenversammlung mancher Freisinnige wünscht, man solle die Plut der Kandidierenden möglichst einzudämmen suchen, damit die Arbeiterbevölkerung nicht „übergeheißelt“ werde. Wir halten es für unsere Pflicht, an die Arbeiterbevölkerung Berlins die Mahnung zu richten, daß sie sich durch nichts von der Benutzung der Säuglingsfürsorgestellen abschrecken lassen möge. Keine Arbeiterfrau braucht zu glauben, daß sie hierzu nicht bedürftig genug sei. Sollen die Säuglingsfürsorgestellen die Säuglingssterblichkeit Berlins herabzubringen, so müssen sie ohne weiteres jeder Mutter offen stehen, die sie benutzen will.

#### Zuwendungen seitens der Stadt.

Der Ausschuss zur Vorberatung der Magistratsvorlage, welche die Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen und Beträge in den Spezialetat 41 für 1909 vorschlägt, hat der Magistratsvorlage mit folgenden Änderungen zugestimmt: Für den Verein Säuglingskrankenhaus Berlin, der bislang 1000 M. Jahreszuschuß erhielt, soll statt der beantragten Erhöhung auf 1500 M. jährlich eine solche von 2000 M. erhalten; beim Berliner Waldschützenverein bleibt es bei der bisherigen Zuwendung von 100 M.; der in Höhe von 5000 M. neu erbetene Zuschuß für den gemeinsamen Verein für Rechtsauskunft ist abgelehnt. Der Magistrat soll ferner ersucht werden, der Elisabeth-Stiftung 15 000 statt 10 000 M. und dem Asylverein für Obdachlose für das Etatsjahr 1909 neben dem Jahreszuschuß von 12 000 M. eine außerordentliche Beihilfe von 18 000 M. und dem Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen 5000 statt 3000 M. zuzuwenden.

Eine neue Erfindung auf dem Gebiete der Luftschiffahrt ist von einigen Berliner Mechanikern gemacht worden, die zurzeit an einem großen Flugapparat arbeiten, der für zwei Personen berechnet sein soll. Der Arbeitsraum der Erfinder ist eine große Scheune in der Gemarkung Schulzendorf. Mit dem Einbau der Motore ist bereits begonnen worden. Der Probeaufstieg soll demnächst auf freiem Felde bei Schulzendorf vor sich gehen. Dazu werden hervorragende

Sachverständige aus der Berliner Luftschifferabteilung eingeladen werden.

#### Die arbeiterfreundliche Presse.

In Nr. 38 brachten wir eine Zuschrift von der Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes, die sich auf eine anscheinend von der Polizei verbreitete Notiz bezog, nach der die Arbeiter der Zentralmarkthalle einen Demonstrationsszug von Arbeitslosen mit „Defensivstelen und Schaufenstern“ auseinandergetrieben haben sollen, und diese Notiz von A bis Z als vollkommen unwahr erklärte. Der Verband schickte dieselbe Zuschrift dem „Berliner Tageblatt“ und auch dem „Lokal-Anzeiger“ zu. Doch wurde die Aufnahme von beiden Blättern verweigert. Ebenso soll eine Berichtigung, die aus den Reihen der Markthallenangestellten der „Berliner Volkszeitung“ zugegangen ist, auch hier zurückgewiesen worden sein. Daß der „Lokal-Anzeiger“ die Richtigstellung der Tatsachenrichtigkeit ablehnte, wundert uns nicht weiter, aber auf die übrigen beiden Blätter wirft dieser Vorgang ein bezeichnendes Licht.

Messerstechereien gegen Frauen sind seit vorgestern Abend nicht mehr vorgekommen. Es mehren sich aber jetzt die Schwindelereien junger Mädchen, die Anfälle erdulden, um sich interessant zu machen. Um diesem Unfug ein Ende zu machen, geht die Kriminalpolizei von jetzt an gegen die Schwindelrinnen mit ganzer Strenge vor. Die Mädchen werden ohne Ausnahme vor dem Strafgericht gestellt werden und sicher nicht glimpflich davonkommen, weil der Unfug in dieser Zeit der Aufregung doch mehr als verwerflich ist. Von den vorläufigen Festnahmen vermeintlicher Täter läßt sich keine Aufrechterhalten. — Aus dem Polizeipräsidium wird geschrieben: Mit einer Wunde an der linken Stirnseite lehrte vorgestern vormittag der 7-jährige Schüler Gustav Pascholle nach der elterlichen Wohnung im Hause Albrechtstraße 21 zurück, nachdem er einen Aufruf seiner Mutter ausgeführt hatte. Wie und wo er sich die Verletzungen zugezogen hatte, vermochte er nicht anzugeben. Man führte ihn nach der Unfallstation in der Lindower Straße, wo der Arzt feststellte, daß die Wunde von einem Stielherrührer und ihn verband. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Wunde von einem der gefuchten Messerstecher herrührt. Angestellte Ermittlungen haben bisher zu keinem Erfolg geführt.

Nach einer Meldung von gestern Abend hat der Messerstecher gestern nachmittag in der Dirschstr. 2 das 22 Jahre alte Dienstmädchen Marie Dreher auf der Treppe überfallen. Marie Dreher kehrte um 1 1/2 Uhr von einer Verabredung zurück. Vom ersten Stod her begegnete ihr ein junger Mensch, der ihr plötzlich, ohne ein Wort zu sagen, mit einem Messer einen Stich in die rechte Leistengegend versetzte. Die Geschwundene, die selbst nur gering verletzt wurde, begab sich durch die Flur zur dem Hausbesitzer Farbenfabrikant Hahn, der einen Schutzmännchen holte. Der Täter war unterdessen, angeblich nach der Schilderstraße zu entkommen. Er ist etwa 22 Jahre alt, hat einen schwarzen Schnurrbart und trug einen schwarzen Schlapphut, ein schwarzes Jackett, braune Segeltuchschuhe und leinwandene Kragen.

Ein zweiter Angriff wird aus Reinickendorf gemeldet. Dort befand sich um 3 1/2 Uhr das 20 Jahre alte Mädchen Anna Siegel aus der Humboldtstr. 91/93 auf dem Wege zur Apotheke, als es in der umlaufenden Lindauer Straße von einem jungen Menschen einen Messerstich erlitt, der den rechten Unterarm nur leicht traf. Der Täter entkam.

#### Ein fingiertes Attentat in Rigdorf.

Die gestrige Meldung, daß die 13jährige Schülerin Elisabeth Hampel an der Ecke der Kaiser Friedrich- und Elbestraße von einem jungen Manne angegriffen und mit dem Messer verletzt worden sei, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Bei der Untersuchung des Mädchens auf dem Polizeipräsidium wurde eine kleine Ritzwunde in der Leistengegend festgestellt. Die Untersuchung der Kleider bewies, daß die S. sich die Ritze selbst beigebracht hatte.

Der Polizeipräsident von Rigdorf hat, um die Festnahme des Messerstechers zu erleichtern, an die Hausbesitzer, die Hausverwalter und die Wöhrner die Aufforderung erlassen, ein wachsameres Auge auf alle solche männlichen Personen zu haben, welche sich zwecklos in den Häusern aufhalten, hier betteln, die stillen Portiers studieren und auf den Treppen umherlungern, da sicherlich unter diesen Personen die Messerstecher zu suchen seien. Die Lehrer und Lehrerinnen von Rigdorf sind von den Direktoren dahin instruiert worden, die Kinder aufzuklären, daß sie, wenn sie zufällig Zeugen eines Vorfalls sind, wie er in den letzten Tagen wiederholt vorgekommen ist, den Täter nicht aus den Augen lassen und mit lauten, durchdringenden Rufsen so lange auf ihn aufmerksam machen, bis Erwachsene sich des Messerstechers bemächtigt haben.

#### Eine schreckliche Familientragödie.

hat sich in der Nacht zum Mittwoch in Johannisthal abgespielt. Infolge schlechter Geschäftslage und Krankheit in der Familie ging dort der 88jährige Schlossermeister Hermann Ruhld aus der Widmarstraße 7 mit seiner Frau und seinen beiden Kindern gewaltsam in den Tod. Der unglückliche Mann tötete seine 80jährige Ehefrau Olga und seine achtjährige Tochter Erna durch Dessen der Pulsadern, seinen dreijährigen Sohn Alfred durch Aufschneiden der Kehle und sich selbst durch Erschießen. Ueber das Familiendrama erhalten wir die folgenden näheren Mitteilungen:

Als gestern Morgen gegen 7 Uhr die Beklunge des Missetätigen auf längeres Klopfen keinen Einlaß in die Wohnung erhielten, begaben sie sich zum Gendarmenwachmeister Trebel, der die Wohnung öffnete. Hier fand er Missetätigen erschossen, die Ehefrau und die Tochter mit durchschnittenen Pulsadern und den Sohn mit durchschnittenen Kehle vor. Kitzliche Hilfe war vergebens, da der Tod bei allen vier Personen schon vor einigen Stunden eingetreten war. Die Leiche des Eheannes war noch nicht erloscht. Die Ursache der schrecklichen Tat dürfte in schlechter Geschäftslage zu suchen sein. Ruhld betrieb das Geschäft der Waisenschloßerei und hatte hierbei größere Verluste erlitten. Er geriet dadurch in finanzielle Schwierigkeiten. Darauf ist es vermutlich auch zurückzuführen, daß er vor kurzer Zeit sein Wohnhaus verkaufte. Beide Eheleute waren an Lungenerkrankung und das jüngste Kind an Malaria erkrankt. Die Ehefrau war außerdem schon seit Jahren andauernd krank. Es dürfte anzunehmen sein, daß die Tat im Ziebertwahn verübt worden ist. Die Leichen wurden von der Gerichtskommission beauftragt und zur Bestattung freigegeben. Noch im Laufe des gestrigen Tages erfolgte die Ueberführung nach der Leichenhalle in Rudow.

Die Große Berliner Straßendahn führt in ihrem Geschäftsbericht die Mindereinnahme im letzten Vierteljahre gegenüber dem des Vorjahres unter anderem auch auf den Wettbewerb der am 1. Oktober 1908 dem Betriebe übergebenen Strecke der Hoch- und Untergrundbahn Leipziger Platz — Spittelmarkt und der im Juli eröffneten städtischen Vahnhalle Zentral-Viehhof—Virkow-Krankenhaus zurück. Diese Behauptung ist unseres Erachtens gänzlich unhaltbar. Die Strecke der Untergrundbahn kam in keiner Weise als Konkurrenzlinie der durch die Leipzigerstraße führenden Straßenbahnlinien in Frage kommen, da sie eine ganz andere Richtung nimmt und Wilhelmplatz, Hauptbahnhof durchläuft. Dazu kommt, daß man auch heute noch besonders bei schlechtem Wetter in

der Leipzigerstraße kaum mitkommen kann. Und was die städtische Linie Zentral-Viehhof—Virkow-Krankenhaus betrifft, so ist der Hinweis auf diese Linie gänzlich deplaciert, da durch die Linienführung dieser Strecke Linien der Großen Berliner auch nicht im entferntesten betroffen werden können.

Bergigete aufgefunden wurde in einem Vorortzuge Berlin—Rauen eine 33jährige unbekannt Frau. Als der gestern Morgen um 8 Uhr von Berlin abgegangene Vorortzug in Rauen eintraf, fanden dort Bahnbearbeiter in einem Abteil dritter Klasse eine Frau in lebenslosem Zustande. Neben ihr fand eine Blase, die einen Rest Salzsäure enthielt. Die von dem hinzugerufenen Bahnarzt angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg begleitet. Die Lebensmüde, die noch nicht vernunftfähig ist, wurde nach dem Rauen-Krankenhaus gebracht; doch ist leider wenig Hoffnung vorhanden, sie am Leben zu erhalten.

Die Kindesleiche auf den Schienen und im Müllkasten. Zwei Kindesmorde liegen vermutlich der Auffindung zweier Leichen zugrunde. In der Nähe des Bahnhofes Warschauer Brücke wurde auf dem Schienenstrang der Vorortbahn ein Paket von einem Streckenbeamten gefunden, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Der tote Körper ist jedenfalls aus einem vorübergehenden Zug auf die Gleise geworfen worden. Die Umhüllung bestand in einem grauem Packpapier. — Eine zweite Kindesleiche wurde in einem Müllkasten auf dem Grundhöf Langestraße 44 entdeckt. Als Müllkutscher den Kasten entleeren wollten, fanden sie die Leiche, die vollständig nackt war. Beide Leichen wurden nach dem Schanhaus gebracht, wo sie obduziert werden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 18. Februar, gegen 11 1/2 Uhr vormittags, wurde der bei der Firma G. Schilling, Brandenburgerstraße 26, beschäftigte Hausdiener Ernst Walsert, am 25. September 1892 in Rauen geboren, Schönleinstr. 11 bei den Eltern wohnhaft, in dem Hause Ritterstr. 16 auf der Hintertreppe von einem unbekanntem jungen Manne überfallen, geschlagen, am Hals gewürgt und zu Boden geworfen und seiner an einem Riemen getragenen Geldtasche mit 200 M. Bar und einem Wechsel über 75,90 M., zu rahen von der Firma W. Hopp in Frankfurt a. M., beraubt. Täter, anscheinend Kaufmann, 20—25 Jahre alt, kleinen, hochgeborenen schwarzen Schnurrbart, mittelgroß, frisches volles Gesicht. Bekleidung: Steifen schwarzen Hut, schwarzen Leberzeug, weiße Wäsche. Zweckdienliche Angaben über den Täter werden zu 647. 4. 82. 09. an die Kriminalpolizei erbeten.

Feuerwehrbericht. Am Dienstagabend wurde der 7. Zug nach der Frankfurter Allee 148 alarmiert. Dort stand der Dachstuhl des Hauses in Flammen. Diese konnten durch energisches Vorgehen bald gelöscht werden. Dadurch gelang es der Feuerwehr festzustellen, daß der Brand an drei verschiedenen Stellen vorkam und mit großem Raffinement angelegt worden war. Der Brandstifter hatte nur nicht mit der Fügigkeit der Feuerwehr gerechnet, die in wenigen Minuten zur Stelle war und sofort Wasser gab. Von dem Täter fehlt noch jede Spur. Derselbe Zug hatte in der Werneuhener Straße 1 zu tun. Eine Person hatte sich dort mit Gas vergiftet. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der 11. Zug mußte in der Urbanstraße 68 einen Brand löschen, der in einer Wohnung ausgebrochen war und Betten, Möbel usw. sowie den Fußboden mit der Vollenlage unter den Fenstern ergriffen hatte. Zwei Wohnungsbrände mußten in der Steinmühlstr. 46 und Auguststr. 77/78 gelöscht werden. Ferner hatte die Wehr in der Großen Frankfurter Straße 134, Adalbertstraße, Chausseestr. 112 und anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, dritte Abteilung in Schöneberg bei Wieloch, Grünwalderstraße 110, und vierte Abteilung in Lichtenberg bei Bedmann, Samariterstr. 11. Vortrag über Transport Verunglückter und Erkrankter mit praktischer Übungen.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Aus der Magistrats-Sitzung. Der Magistrat ist damit einverstanden, daß die Arbeitszeit der in der städtischen Gasanstalt beschäftigten Rohrleger und Helfer für die Zeit von höchstens vier Wochen auf acht Stunden täglich herabgesetzt wird, um die anderenfalls zurzeit erforderlichen Entlassungen aus der Zahl der genannten Arbeiter zu vermeiden. — Der Magistrat genehmigt, daß vom 1. April d. J. ab an Stelle der bisherigen Einholung der Steuern das Steuerbringverfahren eingerichtet wird. Die durch die Einrichtung und Ausstattung der Zahlstellen erforderlichen Mittel sollen in den Etat für 1909 in Höhe von 8000 M. eingestellt werden. Ueber die Einrichtung einer Zahlstelle im städtischen Gebäude Richardplatz 13 soll in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden. Der Deputat wird ermächtigt, zur Einrichtung je einer Zahlstelle in der Hermannstraße und in der Friedel- bezw. Pfingsterstraße geeignete Mieträume zu beschaffen.

Mit der Regelung der Arbeitszeit im Barbier- und Friseur-gewerbe befahte sich eine bei Tiel in der Vergstraße stützende Verammlung der selbständigen Barbiers und Gehilfen. Der Referent Kollege Wolf Schmidt führte den Anwesenden, die infolge der unglücklichen Konkurrenzverhältnisse überaus lange Arbeitszeit vor Augen und trat für den Abschluß des Geschäftsablaufs an Wochentagen mit einer einstündigen Mittagspause ein. An den Sonn- und Festtagen soll der Betrieb um 12 Uhr mittags ruhen. An den drei zweiten Feiertagen sowie am Karfreitag, Gimmelfahrt und Ostung empfahl der Referent gänzliche Arbeitsruhe. Es schloß sich hieran eine rege Diskussion, in der sämtliche Redner sich zustimmend zu den Ausführungen des Vortragenden erklärten. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Um den Geschäftsablauf nach 22 Sängern Feiertagen gemäß § 41 b R.-G.-D. zu ermöglichen, wurde zwecks Einholung von Unterschriften eine Kommission von den anwesenden Arbeitgebern und Gehilfen gebildet.

Die Bildung eines einheitlichen großen Gesangchors für Rigdorf ist gesichert. In der am letzten Sonntag stattgehabten Versammlung, an der sich etwa 130 Sänger beteiligten, wurde gegen eine Stimme der Gründung zugestimmt. Außer den beiden bereits hier bestehenden Gesangsvereinen „Männerchor“ und „Eintracht“, die nahezu geschlossen beitreten, meldeten sich sogleich noch 22 Sänger aus anderen Vereinen, sodas der Chor mit 100 aktiven Mitgliedern ins Leben treten wird. Eine neungliedrige Kommission wurde beauftragt, die Vorarbeiten für die am Freitag, den 19. Februar, abends 9 Uhr, im „Deutschen Wirtschaftshaus“ vorzunehmende Konstituierung des Gesangvereins zu erledigen. Sangesbrüder, die Lust und Liebe zur Sache haben, sind herzlich eingeladen. Die Neuwahlstunden werden bis auf weiteres im „Deutschen Wirtschaftshaus“, Freitag 1/9 Uhr abgehalten.

### Wilmerdorf.

Einem Etat in Höhe von 14 1/2 Millionen Mark hat der Magistrat von Wilmerdorf der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet. Das Ordinarium hat sich nicht wesentlich verändert; es schließt in Einnahme und Ausgabe mit 8 115 000 M. ab gegen 7 750 000 M. im Jahre 1908. Wohl aber mußte der außerordentliche Etat beträchtlich höher angesetzt werden; er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 6 540 000 M.; das sind 2 187 500 M. mehr, als voriges Jahr gefordert wurden. Es sind hieran eingestellt 1 670 200 M. für die Hochbauverwaltung, 3 455 000 M. für den Bau der Untergrundbahn und 1 415 000 M. für die Kanalverwaltung. Selbstverständlich werden diese städtischen Summen im wesentlichen durch Anleihe gedeckt. Gewahrt sei, daß außer den Raten für bereits begonnene Bauten auch eingestellt sind: 850 000 M. für den Neubau der Oberrealschule, 900 000 M. für den Bau der dritten höheren Mädchenschule, 20 000 M. für Vorarbeiten zum Bau einer städtischen Badeanstalt und 80 000 M. für Vor-

arbeiten zum Bau eines städtischen Krankenhauses. Wilmersdorf will nun also doch auf den nicht sehr beweiswerten Rufm verichten, die einzige Großstadt zu sein, die weder noch Krankenhaus besitzt. Erwähnt sei noch, daß Wilmersdorf auch einen Fonds für Kunstwerke ansammelt. Er ist 1904 auf die Anregung der damaligen sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung hin errichtet worden und weist einen Bestand von 56 428 M. auf. Eine Verwendung fand dieser Fonds bisher noch nicht. Neu gebildet wird ein „Bauungsplanfonds“, wie es in einem nicht gerade musterhaften Deutsch heißt. Hierfür ist eine Anleihe von 18 Millionen Mark genehmigt, wovon 5 Millionen Mark begeben worden sind.

Im ordentlichen Etat fällt die niedrige Summe auf, die der Etat der Armenverwaltung erfordert. Es sind hierfür 185 250 M. eingelegt, gegen 110 000 M. im Jahre vorher. Die Stadt Berlin hat in ihrem neuen Etat von 288 Millionen Mark 17 1/2 Millionen für Armenpflege eingestellt; würde Wilmersdorf im selben Verhältnis sein Armenwesen zu berücksichtigen haben, so müßte es seiner Einwohnerzahl gemäß der Armenverwaltung 900 000 M. überantworten. Dieser frasse Unterschied zwischen der Reichshauptstadt und dem einzig durch Berlin zur Entwicklung gekommenen Vorort im Westen läßt von neuem die himmelstreichende Ungerechtigkeit erkennen, die der Mangel eines ausreichenden Zweckverbandes mit sich gebracht hat. Wilmersdorf führt ein Parafittensystem; und seine Honoratioren predigen die dunkelste Lage, daß diese Stadt aus eigener Kraft zur Höhe gelangt sei. Die Unbedeutendheit des Etats für Wohlfahrtspflege kennzeichnet die sozialpolitische Rückständigkeit von Wilmersdorf. Ganze 67 200 M. gegen 47 400 M. im Vorjahre sind für diese Zwecke eingestellt. Erwähnt sei aus dem Fonds für Wohlfahrtspflege, daß 5000 M. für Errichtung eines Ferienheims dienen sollen. Von 885 000 M. auf fast 1 200 000 M. hat sich der Fonds der allgemeinen Verwaltung erhöht, weil eine ganze Reihe neuer Beamtenstellen geschaffen werden sollen. Es befinden sich unter den neuen Beamten ein Stadtrat und nicht weniger als 24 Bureauassistenten.

Eine beunruhigende Scharlach- und Masernepidemie ist unter den Schülerinnen der Viktoria-Luise-Schule in der Uhländstraße in Wilmersdorf ausgebrochen. In der achten wie in der neunten Klasse dieser höheren Mädchenschule sind fast die Hälfte der Schülerinnen erkrankt. Beide Klassen wurden am Dienstag geschlossen; die Schulzimmer sollen gründlich desinfiziert werden.

### Steglitz.

Zu hoch eingeschätzt. In einer Notiz in der Dienstadtnummer des „Vorwärts“ wird unter den Orten, die am 16. d. Mts. wieder eine amtliche Arbeitslosen-Zählung vorzunehmen, auch unser Ort genannt. Das ist jedoch ein Irrtum, denn eine entsprechende Bekanntmachung ist weder an den Anschlagtafeln noch in der Lokalpresse erschienen. Um solche Kleinigkeiten kümmert sich unsere Gemeindeverwaltung nicht. Auf eine Eingabe des hiesigen Gewerkschaftsartikels, die Gemeinde Steglitz möge sich an der Zählung vom 17. November beteiligen, erschien nach einigen Tagen in der Lokalpresse eine anscheinend offiziöse Notiz des Inhalts, daß in Steglitz von einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein könnte. Die nach langem Warten beim Gewerkschaftsartikel eintreffende Antwort des Gemeindevorstandes lautete denn auch kurz und bündig, daß sich die Gemeinde an dieser Zählung nicht beteilige. Die Zählung am 17. November wurde deshalb vom Gewerkschaftsartikel nach dem Meldebestimmungen vorgenommen, wobei nur 182 Arbeitslose festgestellt wurden. Wie mangelhaft das Resultat nach dem Meldebestimmungen war, beweist die Zählung am letzten Sonnabend, die die erschreckend hohe Zahl von 903 Arbeitslosen feststellte. Ob nunmehr der Gemeindevorstand auch noch eine außerordentliche Arbeitslosigkeit feignen? — Am Freitagabend findet in einer außerordentlichen Gemeindevorstandssitzung die zweite Lesung des Antrages statt, der Stadt Wilmersdorf 150 000 M. Zuschuß zum Schnellbahnbau zu gewähren. Am vorigen Freitag führte der Gemeindevorstand aus, daß Steglitz der Nachbargemeinde schon aus Munizipalität diese 150 000 M. zahlen müsse, vermutlich schon deshalb, weil Wilmersdorf seine ursprüngliche Forderung von einer Million auf 200 000 M. und schließlich auf 150 000 M. ermäßigt hatte. Sollte diese „Munizipalität“ gegenüber dem reichen Wilmersdorf nicht besser angebracht sein bei den eigenen Mitbürgern, die infolge der Krise am Hungertuche nagen müssen?

### Falkenhagen-Seegefeld.

Ohne Notat sind unsere Genossen am hiesigen Orte. Sämtliche Gastwirte weigern sich, ihr Lokal dem sozialdemokratischen Wahlverein zur Verfügung zu stellen. Es müßte daher die letzte Generalversammlung des Wahlvereins in der Wohnung eines Genossen abgehalten werden.

Aus dem Vorstandsbericht ist bemerkenswert, daß sich seit Gründung des Wahlvereins vor einem Jahre die Zahl der Mitglieder von 33 auf 87 erhöhte, darunter befinden sich 15 weibliche Mitglieder. Es fanden statt u. a. 4 öffentliche Versammlungen, 2 General- und 3 Mitgliederversammlungen mit zusammen sieben Referaten. Die Bibliothek ist auf 258 Schriften angewachsen, wurde aber nur in 95 Fällen benutzt. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten beträgt leider erst 40. Bei der Neuwahl der örtlichen Parteileitung wurden folgende Genossen gewählt: Vorsitzender: Neues, Kassierer: Patz, Schriftführer: Fr. Barnemann, Beisitzer: Leibner, W. Bod und Jean Ziml, Bibliothekar: Staruppe, Redaktoren: Seeger, Anabel und Wente. In Begleitführern wurden gewählt: für Falkenhagen-Wenz für Seegefeld (Gemeinde) Gartmann und für Neu-Seegefeld Gutsbezahl Ziml. Als Bibliothekskommission fungieren: Staruppe, Leibner und W. Bod. Zur Kreis-Generalversammlung wurde delegiert: Leibner und Neues. Der Vorstand wurde beauftragt, zur Erlangung eines Versammlungsortes nichts unversucht zu lassen, damit der schmachtende Zustand, daß die organisierten Arbeiter unserer Orte nicht das kleinste Vereinszimmer zu einer Sitzung bekommen können, baldigst ein Ende nimmt. Sache der hiesigen Arbeiterschaft ist es, durch das Lesen des „Vorwärts“ und durch Eintritt in den sozialdemokratischen Wahlverein uns in unserem Kampfe zu unterstützen.

### Dantow.

Die Gemeindeverwaltung erledigte in ihrer letzten Sitzung die Wahl eines Schöffen. Als solcher wurde Herr Fritz Steeger gewählt. Nachdem dann die Stichwahl in der dritten Abteilung vom 25. v. M. für gültig erklärt war, wurden die neu gewählten Gemeindevorsteher eingeführt. — Für eine Parade, die auf dem Krankenhausgrundstück errichtet werden und zur Unterbringung solcher Kranken dienen soll, deren Leiden anstehend ist, wurden 6500 M. bewilligt. Ferner legte die Gemeindeverwaltung eine Gebühr von 15 M. für die Benutzung des Sektionsraumes auf dem Krankenhausgrundstück fest. Diese Gebühr soll indessen nur dann erhoben werden, wenn eine Leiche von außerhalb, d. h. nicht vom Krankenhaus, in den Sektionsraum übergeführt wird. Die Entschädigung des katholischen Geistlichen, der den katholischen Schülern der hiesigen höheren Schulen Religionsunterricht erteilt, wurde von 200 auf 400 M. erhöht. Dabei wurde zur Sprache gebracht, daß nur der katholische Religionsunterricht von einem Geistlichen erteilt werde. Eine Forderung soll von dem Schulkuratorium in Erwägung gezogen und der Unterricht Lehrern übertragen werden, damit kein Geistlicher Einfluß auf die Schule habe. Eine weitere interessante Debatte lief der

Antrag des Schulkuratoriums hervor, der höheren Mädchenschule vom 1. April 1909 ab ein Lehrerinnenseminar anzugliedern. Herr Bürgermeister äußert sich für das Projekt in einem ausführlichen Vortrage. Er bemerkt, daß die Errichtung des Seminars zuerst für das Jahr 1911 in Aussicht genommen worden sei. Die Mädchenschule werde jetzt von circa 600 Schülerinnen besucht; immerhin sei die Frequenz der oberen Klassen ungenügend; 9, 27, 32, 51 besuchten die vier oberen Klassen. Die Kosten würden sich auf 20 000 M. stellen, sobald der Aufbau des Seminars vollendet sein würde, d. i. in vier Jahren, weil die vier Klassen des Seminars nacheinander eingerichtet würden. Fast alle Redner wiesen auf die ungünstige finanzielle Lage hin, in der sich die Gemeinde derzeit befindet; auch die Post, mit der die mit der höheren Mädchenschule in Verbindung stehenden Gründungen erfolgen, gestel manchem nicht. Ein Bürgerlicher bezeichnete die Absicht mancher Eltern, die für die Ausbildung ihrer Töchter als Lehrerin sorgen, als Sport und behauptete, daß es ihnen lieber sei, die Töchter unter die Haube zu bringen. Ein anderer Bürgerlicher sprach sich in der öffentlichen Verhandlung der Gemeindevertretung für die Ablehnung des Antrages aus, während er in der Kommission, wie der Bürgermeister ihm entgegenhielt, für die Annahme gestimmt hatte. Röber und Obler erklärten, daß sie prinzipiell für jeden Antrag seien, durch den Bildungszwecke gefördert würden. Röber betonte, daß die Einrichtung dieser Bildungsanstalt lediglich den Kindern der Bessergestellten zugute komme, und die Vorteile aus dieser Gemeindeeinrichtung in erster Linie den Hausbesitzern zufielen, indem leistungsfähige Mütter zuzügen. Bei dieser Gelegenheit mußte daran erinnert werden, daß im vorigen Jahre für die Errichtung einer Fortbildungsschule angeblich keine Mittel übrig gewesen seien. Obler wies auf den Mangel an Lehrkräften hin, der überhaupt in Deutschland bestehe und bezeichnete es als eine Pflicht des Staates, für die Ausbildung von Lehrkräften zu sorgen. Für Pankow komme es aber darauf an, den richtigen Zeitpunkt für eine solche Gemeindeeinrichtung nicht zu verpassen. Der Antrag auf Errichtung des Lehrerinnenseminars zum 1. April 1909 wurde schließlich mit 15 : 13 Stimmen angenommen.

## Verfammlungen.

### Die Schutzbestimmungen in den Schleifereien.

Mit den gesundheitlichen Verhältnissen in den Schleifereien und dem Schleiferhandwerk beschäftigt sich eine gut besuchte Versammlung aller in den Schleifereien Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Fritz Thureau referierte über den ersten Teil der Tagesordnung. Nach den Ergebnissen der letzten Enquete gibt es in Berlin 104, in den Vororten 22 Schleifereien. Davon sind 49 im Hauptbetrieb und 169 im Teilbetrieb Schleifereien. Bezüglich der Räumlichkeiten wurde folgendes ermittelt: 18 Schleifereien befinden sich im Keller, 4 im Dachstuhl, 37 im vierten, 31 im dritten, 49 im zweiten, 42 im ersten Stock und 45 parterre. Ueber die Art der Waren, die geschliffen werden, hat die Enquete ergeben: in 84 Betrieben Messing, in 41 Kronen, in 15 Bau, in 28 keine Messinggegenstände. In 11 Betrieben wurde Eisen, in 7 Stahl, in 6 Zinn, in 7 Zink, Messing, Blei, in 4 Kupfer und Zinn, in 16 Aluminium, in 17 Messing und Eisen, in 48 alle Metalle, auch Hartgummi, in 7 chirurgische Instrumente, in 3 Perlen, in 3 Weißblech geschliffen.

Allgemein gellagt wird von den Arbeitern über die unzureichenden Vorrichtungen. Der Referent betonte, daß solche in allen Betrieben vorhanden wären, aber meist in mangelhaftem und erschreckendem Zustande. In 124 Betrieben stehen den Arbeitern nur einfache Becken zur Verfügung, auf 3 bis 4 Personen ein Becken. In 24 Betrieben gibt es Eimer und Becken, in 69 nur Eimer, darunter Holzseimer. Oft werden diese wochen- und monatelang nicht gereinigt, man könne sich deren Aussehen vorstellen. Nicht selten müssen Bilge darin. Auch würden diese Eimer tagsüber zu allen möglichen Zwecken benutzt. Ebenso ist es mit warmem Wasser bestellt. Wenn die former nicht gehen, ist auch kein warmes Wasser vorhanden. Dagegen aus der Galvanik sei gesundheitschädigend und nicht zu empfehlen.

Was die Einrichtungen zum Umkleiden anbelangt, so bedürfe es auch auf diesem Gebiete durchgreifender Reformen. In 70 Betrieben sind solche Einrichtungen nicht ausreichend, in 82 Betrieben ist überhaupt keine Rede davon. Oft würden die Kleider in einen Winkel gehängt und mit einem Sad oder Stoffeisen notdürftig verdeckt, in anderen Betrieben seien nur einige Sacke an der Wand und oft fehlen auch diese noch. Dabei ist es in gesundheitlicher Hinsicht unumgänglich notwendig, daß die Arbeiter bei ihrer Tätigkeit andere Kleider anziehen.

Den wundensten Punkt bilden die Staubabsaugvorrichtungen und die Ventilation der Arbeitsräume. Ventilatoren wurden in 34 Betrieben auf Drängen der Kollegen eingerichtet, in 29 Betrieben durch die Gewerbeinspektoren veranlaßt und in 8 Betrieben schon beim Neubau vorgegeben.

Staubabsaugvorrichtungen sind in 89 Betrieben vorhanden, und zwar 75 Erhaustoren mit Abrennleitung, 8 Patentstaublöser, 5 Ventilatoren im Fenster. Also wirklich zweckmäßige Vorrichtungen nur 75. Davon funktionieren aber auch nur 62. In manchen Betrieben sei es sogar verboten, sie in Funktion zu setzen, weil den Firmen der Kraftverbrauch zu teuer ist. Aus diesem Grunde darf auch bei einer Reptitor Firma der Apparat nur einige Minuten in Tätigkeit gesetzt werden. Die Staubkasten werden nur selten gereinigt, da die in Betracht kommenden Arbeiter anderweitig beschäftigt werden. Der Redner ist der Meinung, man sollte die Kasten lieber in die Ecke stellen, da sie irgendwelchen Nutzen für die Arbeiter nicht haben. Ganz energisch müsse auf mechanische Vorrichtungen gedrungen werden. Kamhafte Firmen mit einer großen Anzahl Arbeiter sträubten sich aber gegen die Einführung wirklich brauchbarer Staubabsaugapparate und drohten, lieber den Betrieb zu schließen, als so kostspielige Anlagen herstellen zu lassen.

Nach schlechter Hebe es in den Schleifereien. In diesem Berufszweig seien die Arbeiter, die darin Beschäftigung annehmen, bestraft, möglichst schnell wieder herauszukommen, da die Arbeit äußerst gesundheitsschädlich ist und alle hygienischen Vorbeugungsmittel fehlen. Arbeiter über 50 Jahre können in diesen Betrieben schon gar nicht mehr arbeiten.

Charakteristisch ist folgende Episode: In einer Schleiferei nahm ein kontrollierender Gewerbeinspektionsbeamter einen Arbeiter zur Seite, um ihn über die Ventilation zu befragen. Da trat der Meister hinzu und sagte zu dem Arbeiter: „Sie haben nichts zu erzählen, was zu erzählen ist, erzähle ich!“

Ueber die Krankheitsverhältnisse im Schleiferberuf gab das reichhaltige statistische Zahlenmaterial, das der Referent verlas, Aufschluß. Danach ist festzustellen, daß die Schleiferer außerordentlich auf die Gesundheit einwirken. Besonders die Lungenschwindsucht, die typische Schleiferkrankheit, grassiert in erschreckendem Maße unter den Schleifern. Um so dringender sind Schutzmaßnahmen zu fordern.

Der Referent wies auch noch auf die Gefahren hin, die den Arbeitern dadurch drohen, daß größere Vorräte an Benzin und Petroleum in den Arbeitsräumen aufbewahrt werden. Sie sollten dagegen in geschlossenen Fronten machen. Auch müssten Vorrichtungen getroffen werden, daß die Arbeiter ihre Stullen Staubiger unterbringen könnten. Für die galvanischen Betriebe im Schmiedebetrieb seien Gummihandschuhe und Schürzen dringend

zu fordern. Die Gewerbeinspektion müsse auch mehr darauf achten. Es lasse sich alles zusammenfassen in den Ruf: Mehr Schutz von der Beschäftigung! (Lebhafte Beifall.)

Im Anschluß hieran behandelte Reichstagsabgeordneter Sebering unter gespannter Aufmerksamkeit in einem von großer Sachkenntnis getragenen Vortrag den zweiten Teil der Tagesordnung: „Schleiferhandwerk und Beschäftigung“. Mit treffendem Sarkasmus gliederte er die Schwermöglichkeit der preussischen Regierung, die sich wie auf allen Gebieten, so auch in bezug auf Arbeiterfrage zeige. Während in anderen Bundesstaaten, z. B. in Württemberg, schon weitgehende Schutzmaßnahmen im Schleiferberuf beständen und sich auch bewährt hätten, stelle man hier erst langwierige „Erwägungen“ und „Erhebungen“ an. Mit der bunten Musterkarte der Polizeiverordnungen mühe aufgeräumt und auf reichsgesetzliche Schutzbestimmungen hingewirkt werden. Die Verhältnisse im Schleiferberuf dürften, wenn sich die nächste Gelegenheit im Reichstage biete, nicht mehr so nebenbei erwähnt werden, sondern müßten ganz für sich einen breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen. Redner formulierte seine Forderungen in folgenden Thesen:

1. Einführung von wirklich brauchbaren Staubabsaugapparaten;
2. gut gelüftete Räumlichkeiten;
3. leicht zu reinigende Fußböden (nicht wie jetzt noch vielfach Lehmhöden);
4. genügend Tages- oder künstliches Licht.

Doch sollten sich die Arbeiter nicht auf das Geseß verlassen, sondern in harten Organisationen für Selbsthilfe sorgen. (Stürmischer Beifall.) Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Schleifer Berlins und Umgegend hält es nach den Ausführungen der beiden Referenten mehr denn je für notwendig, die reichsgesetzliche Regelung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Schleifereien zu verlangen.“

Die Versammelten sind der Ansicht, daß durch den Erlass von polizeilichen Bezirksverordnungen diese Verhältnisse nicht diejenige ernste Würdigung gefunden haben, die die Regierung ihnen im Interesse weiser Volksherrschaft entgegenbringen müßte.

Die Versammlung beantragt deshalb das Bureau, an den Bundesrat und an den Reichstag eine Eingabe zu richten, in welcher die Regelung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Schleifereien als durchaus dringend und unerlässlich durch das Reich gefordert wird.“

## Eingegangene Druckschriften.

Wissenschaft und Religion von H. Jodl. 50 Bl. Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt, Main.

Geschäftsbericht für das Jahr 1908, Metallarbeiterverband, Verwaltung Rürnberg. 14 Seiten. Selbstverlag.

Lebensbilder von A. Reinhold. 114 Seiten. J. Singer, Stralsburg i. O.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsfrage Nr. 3, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 100. Jahrgang, 1908, wochentäglich abends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Erbschaftsfrage um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorkennzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Die zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage verstreichen. Gütliche Anfragen tragen man in der Erbschaftsfrage vor.

W. K. Heuntrahe 44. Der Inhalt der uns zugehenden Notiz ist in unserem Blatt bereits vor einiger Zeit gemeldet worden. — W. K. Heuntrahe 44. Jeder der Eltern nach der Geburt der Kinder verpflichtet. — G. M. 9. 1. Das Kind ist kein Braut, sondern Erbschaftsgegenstand und würde von der Ausweisung mit betroffen werden. 2. Eine Ausweisung ist auch ohne einen bestimmten Grund leider zulässig. Nachmal erscheint es, Sie wenden sich unter Berufung an uns an den Stadtrat Rürnberg. — Rürnberg. R. Sch. 1. Rein. 2. Die Frau ist Ruffin geworden und kann nur auf Antrag wieder Deutsche werden. Der Antrag ist an den Reichspräsidenten zu richten. 3. Die Betreffende müßte sich mit der russischen Botschaft in Verbindung setzen. — W. K. 48. Wenden Sie sich an Genossen Simanowski, Engelauer 15. Mitteln müßten Sie, welchem Beruf Sie angehören und wie alt Sie sind. — R. 100. 1. und 2. Rein.

W. K. 107. Zu welchem Amtsgericht die einzelnen Orte Großberlins und die einzelnen Teile Berlins gehören, erfahren Sie aus dem Adresskalender. Steglitz gehört zum Amtsgericht Berlin-Schöneberg. — Fröhlich. Somett ersichtlich, ist in den Sachen leider nichts zu machen, weil rechtskräftig entschieden ist. Die Adresse des von Ihnen gewünschten Anwalts ist Chauvestr. 121. — R. K. 13. Nach dem Status ist der Aufsichtsrat und nicht die Generalversammlung zur Entziehung des Vorstandes berechtigt. Wird der Vorstand ohne triftigen Grund abgesetzt, so würde er Entschädigungsansprüche mit Rücksicht auf Erfolg geltend machen können.

### Witterungsübersicht vom 17. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N.
Swinemünde	757.9		4 wolken	-3		Daparanda	751.9		4 wolken	-11	
Danzburg	761.5		2 wolken	-3		Berlinsburg	747.5		1 bedeckt	-13	
Berlin	759.9		3 wolken	-4		Seelitz	765.5		2 bedeckt	7	
Kranich	763.9		2 Schnee	-0		Aberdeen	764.5		1 heiter	8	
Königs	761.9		4 Schnee	-3		Paris	766.5		1 bedeckt	2	
Wien	758.9		3 halb bb.	-1							

Wetterprognose für Donnerstag, den 18. Februar 1909. Vielwolke better, aber veränderlich mit leichten Schneefällen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden; nachts Frost, auch am Tage eblt. Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
Adenauer Viertel.  
Bezirk Nr. 152. Teil I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Statistiker  
**Robert Kügler**  
Raunghstr. 1  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. Februar,  
nachm. 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Kirchhofes,  
Hermannstraße, aus statt.  
Der Vorstand.

**Billigste Bezugsquelle für**  
**Hygienische**  
**Bedarfs-Artikel**  
**Drogerie Zaremba,**  
Berlin N., Weinbergsweg 1.  
— Ein Versuch —  
führt zu dauernder Kundenschaft.

**Gelegenheitskauf.**  
Wir bieten unseren Lesern folgende  
Bücher zu herabgesetztem Preise an:  
**Ad. Stöckhardts**  
**Schule der Chemie**  
20. Auflage.  
Bearbeitet von  
Professor **Dr. Lassar-Cohn.**  
Mit ca. 200 Abbildungen.  
Statt 8 M. nur **3.50 M.**

**Die Telegraphie ohne Draht**  
von  
Professor **Augusto Righi**  
und  
Vrindadogent **Bernhard Dessau.**  
Mit 255 eingezeichneten Abbildungen.  
Statt 18 M. nur **3 M.**

**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, L. d. n.

# Schützt Euch vor Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Bluthörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenzazellen anzunehmen. Die Wirkung des Bieres aus stärkerem Malz, die Herzstärkung erhöht werden; deshalb trinke man 1/2 Stande vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas

## Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, 18. Februar:**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**König. Schauspielhaus.** Die verjüngte Glode.  
**Deutsches.** Revolution in Strahmühl.  
Kommerzielle. Der Arzt am Scheidewege. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
**König. Opernhaus.** Elektra.  
Festung. Der König.  
Berliner. Einer von unsere Leut'.  
Thalia. Wo wohnt sie denn?  
Komische Oper. Loggell.  
Neues. Die fremde Frau.  
Neues Schauspielhaus. Familie Kleines. Moral.  
Hebbel. Revolutionshochzeit.  
Lustspielhaus. Seine kleine Freundin.  
Reichshallen. Klammere dich um Amelie.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Rechts herum.  
Schiller Charlottenburg. Das Erste.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Lumpen-  
gagabundus.  
Weiten. Der tapfere Soldat.  
Luffen. Das Mädchen auf Irrwegen.  
Trianon. Der Satyr.  
Neues Operetten. Die Dollar-  
prinzessin.  
Berliner Operetten-Theater SW.  
Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Bernhard Rose.** Einjährig-  
Unfreiwillig.  
**Gastspiel-Theater.** Der Hütten-  
besitzer. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Othello.  
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden  
Bindelbands.  
Holl. Uel Gastm. Spezialitäten.  
Metropol. Donnerwetter - tadel-  
los.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Folies Caprice. Der ledige Ehe-  
mann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Kasino. Russland. Spezialitäten.  
Gustav Behrens. Tobias Braut-  
fahrt. Spezialitäten. Anfang  
8 1/2 Uhr.  
**Parodie.** Der geschundene Hand-  
werker. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Urania.** Tanzstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis  
Korfu.  
Anfang 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen:  
Strontium-Radium usw.  
Cerenow. Juraabend. 8 1/2 Uhr.

### Lessing-Theater.

Donnerstag 8 Uhr: Der König.  
Freitag 8 Uhr: Abenteuer, zweite  
Vorstellung: Hodda Gabriel.

### Berliner Theater.

Heute 8 Uhr:  
Einer von unsere Leut'.  
Morgen: Einer von unsere Leut'.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.  
Die fremde Frau.  
(La femme X...)

### Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:  
Der tapfere Soldat.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, 18. Februar, Anf. 8 Uhr:  
Lumpenagabundus.  
Freitag: Lumpenagabundus.  
Sonnabend: Lumpenagabundus.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Madame  
Sans Gêne.

### Hebbel-Theater

Königsgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.  
Revolutionshochzeit.

### Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenstr.  
Abends 8 Uhr:  
Die Dollarprinzessin.  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Seine kleine Freundin.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
Das Mädchen auf Irrwegen.  
Freitag: Rein Leopold.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Das  
Mädchen auf Irrwegen. Abends: Der Mann  
mit den vier Frauen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die  
Kinder des Kapitan Grant. 8 Uhr:  
Rein Leopold.  
Montag: Mädchen auf Irrwegen.

### Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:  
Donnerwetter - tadellos!  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. Regie  
Direktor Schultz.  
Nassary - Perry  
Holden - Bender  
Giampietro - Kettner  
Pflanz - Thierscher.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Von Abbazia bis Korfu.

### Residenz-Theater.

Hörnsaal 8 Uhr:  
Prof. Dr. Rathgen: Strontium-  
Radium usw.

### DERNHARD ROSE THEATER

St. Franziskaner Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Einjährig-Unfreiwillig.  
Schwan in 3 Akten v. Victor Casanova.  
Wochentagsdreie.

### Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 63. 8 1/2 Uhr:  
Gastspiel Hedwig Lange:  
Der Hüttenbesitzer.

### Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.  
Sonntag, den 21. Februar 1909:  
Berlin wie es weint und lacht.  
Volksstück mit Gesang in 8 Bildern  
von Berg und Kästch.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag, 22. Februar, 7. Volksvorst.  
zu halben Preisen: Die Sorgenlosen.

### Apollon Theater

8 1/2 Uhr:  
Kedi Merdina  
Goberi Belling  
Maria Vinent  
Lloyd  
und das  
übrige hervorragende  
Februar-Programm.

### WINTERGARTEN

Saharet  
Gertrude Barrison  
Little Pich  
der urkomische Saharet-Parodist.  
Simon u. Gardner  
in ihrer amerikanisch. Barlesko:  
Der neue Kutscher  
und das drollige  
Faschings-Programm.

### Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7-9.  
Othello.  
Trauersp. in 5 Akten v. Shakespeare.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Freitag zum 1. Male: Der Salon-  
hörer. Sonntag nachm.: Maria  
Stuart. Abends: Der Goldbauer.

### Parodie-Theater.

Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Siegel siegelt alles!  
oder: Der Backfisch in Witten.  
Vorher: Alles für's Kind! oder:  
Die Folgen eines Knechtgebens.  
Frei u. Stipplage: 20, 40, 75 Pf., 1 Mk.

### Walhalla Varieté-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-  
Ter. Anfang 8 Uhr: Die amüsan-  
ten Februar-Spezialitäten.  
Im Tunnel: Kochbiererei. Regi-  
mentstap. Theaterbel. freien Eintr.

### Gebrüder Herrnsfeld-

Theater. Vorverk.  
8 Uhr. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Heute Donnerstag, 18. Febr.,  
zum 141. Mal:  
Die beiden  
Bindelbands  
dazu neuer Varietétail  
5 Grebnieffs - Lyrico-  
Quartett - Diederich  
Upts - Georg Schindler  
Les Astrees.

### Freie Volksbühne

31. Vortragsabend.  
Montag, den 22. Februar 1909, in den Sophiensälen,  
Berlin C, Sophienstr. 17/18, abends 8 1/2 Uhr:  
Marcell Salzer  
Moderne Satiren und Dichtungen.  
Eintrittskarten à 40 Pfennig in allen Zahlstellen.  
Nächste Aufführungen:  
im  
Neuen Schauspielhaus:  
Maxim Gorki: Nachtasyl  
Szenen aus der Tiefe.  
Rabagas. Die Sünde.  
Kleist: Hebbel:  
Der zerbrochene Krug. Der Diamant.  
Im Thalia-Theater:  
Ludwig Anzengruber: Der Fleck auf der Ehr.  
Nächste Serie im Herrnsfeld-Theater:  
Sonntag, den 21. Februar . . . 4001-4800  
Sonntag, den 28. Februar . . . 1601-2400  
Sonntag, den 7. März . . . 801-1600  
Der Probekandidat.  
Drama in 4 Aufzügen von Max Dreyer.  
Einige Mitglieder zu den Abendabteilungen können sich  
noch in den Zahlstellen melden.  
Der Vorstand.  
In Vert.: G. Winkler.  
240/8

### Brauerei Friedrichshain.

Heute Donnerstag, sowie täglich:  
Großes Münchener Bock-Fest.  
Berühmtester Festwirt  
Schorsch Ehrengruber  
mit seiner Oberländertruppe (60 Personen).  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Morgen Freitag: Elitetag.  
Gratisverlosung v. Damen- u. Herrenuhren  
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.

### Arnold Scholz Neue Welt

Rasenheide 108-114  
Im Riesen-Festsaal:  
„Das“ bayerische Bockbier-Fest.  
Original. Einzig dastehend. Original.  
Heute, Donnerstag, 18. Februar: Elitetag:  
„Prämierung der ältesten Veteranen“.  
3 Barpreise: 50 Mark, 30 Mark, 20 Mark.  
Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.  
Näheres Anschlagssäulen.

### Sonnabend: Eröffnung! Ausstellungshallen am Zoo.

HEKTOR-  
Ausstellung  
20. u. 21. Febr.: Nicht-Jagdbrunde  
22. u. 23. Februar: Jagdbrunde  
Am 20. und 22. Februar bis 2 Uhr:  
Richten der Hunde.  
Eintritt 1 Mark  
Sonnabend und Montag  
bis 2 Uhr: 2,00 Mark  
Sonntag v. 4 Uhr ab 50 Pf.  
Geöffnet v. 8 Uhr mor-  
gens bis 8 Uhr abends

### Achtung! Bewilligte Bäckerei.

Die Bäckerei Pischke, 4 gilt nunmehr als geregelt und wieder tarif-  
frei, nachdem die Differenzen mit dem Verband der Bäcker zur Zufrieden-  
heit beigelegt sind  
Bertzan, Bädermeister.  
Der Vertrauensmann der Bäcker.  
1842

### Achtung! Bewilligte Bäckerei.

Die bisher von Herrn Müller, Korfbreter Straße 2, innegehabte Bäckerei  
ist in den Besitz des Herrn Günther übergegangen und gilt nunmehr als  
geregelt und tariffrei.  
1532  
Der Vertrauensmann der Bäcker.

### Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: Rechts herum.  
Schwan in 3 Akten v. Hans Gaus.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Charleys Tante.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Rechts herum.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Das Erbe.  
Schauspiel in 4 Aufzügen von  
Heilig Philipp.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Komtesse Guckerl.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
Julius Cäsar.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Das Erbe.

### Zipkus Schumann

Heute Donnerstag, ab. 7 1/2 Uhr:  
Novitäten - Abend.  
Neu! Neu! Neu!  
Tiberio  
moderner Gehäus  
hebt heute einen  
Elefanten  
5500 Pfund.  
Der Wunder: Pael  
schimpfend  
als Radfahrkünstler.  
Boxendes Känguruh.  
? ? Waffenschmiede ? ?  
Um 9 1/2 Uhr: Golo,  
der Seeräuber.

### Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:  
Mäme.  
Hanako  
Japans größte Schauspielerin, mit  
ihrem Ensemble  
Anna Müller-Lincke, Soubrette  
Robert Koppel, Chansonnier  
The May Sisters, Drahtseil  
Boston Quartett, Kunstgesang  
und das glänzende  
Februar-Variété-Programm.

### Passage-Panoptikum.

Neu! Neu!  
Singhalesen-  
Gaukler-Truppe  
in ihr wilden Heimatstreifen  
Salome,  
das blaue Weib.  
D. Opfer unarmherz. Tötung.  
Alles ohne Extra-Entree.  
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

### Theater Variété Brillant

(City-Passage)  
Dresdener Str. 52/3 Ansest. 42/3  
Täglich: Auftreten von nur er-  
stklassigen Spezialitäten bei gän-  
zlich freiem Entree, auch Son-  
tag. Sonnabend und Sonntag  
nach der Vorst.: Gr. Freizug-  
Kinematograph.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Drummerstr. 16.  
Benefiz für Marika Gilmmer, Anna  
Rechow, Viktor Lenz:  
Gesprengte Fesseln.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend zum erstenmal: Die  
alte Hanne.

### Folies Caprice.

Zum 70. Male:  
Ein lediger Ehemann.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

### Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn.  
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.  
Konzert und  
Kunstlaufen.

### Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom  
Bahnhof Dönh.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Das vom Publikum u. d. gefamten  
Preise anerkannt vorzügliche  
Februar-Programm.  
Sensationell! Sensationell!  
Georg Gailer  
der phänomenale Balancokönig.  
Wiederauftreten von Juan Velick  
Sturz aus der 6. Etage.  
Der arme Kajimir.  
Schwan in 1 Akt v. Schmidt-Dawkins.  
Familienfarce mochtenags halbe Preise  
überall gratis zu haben.

### Blüthner-Saal.

Blüthner-Orchester.  
Sonntag, 21. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Populäres Konzert.  
Dirigent: Ferdinand Neisser.  
Solist.: Fr. Huebner (Klav.),  
H. Diselz (Cello).  
A. d. Progr.: Beethoven: Oav.  
„Coriolan“; Volkmann: Sere-  
nade für Cello; Schytte: Kla-  
vierkonzert (Cis-moll); Mar-  
schalk: Vorspiel aus „Pippa  
tanzt“ (zum 1. Male).  
Karten a. 1.50, 1.-, 0.75 b. Bote  
& Bock, Wertheim usw., Or-  
chesterburoran Lützowstr. 76,  
Tages- und Abendkasse am  
Konzerttage. 287/18  
Donnerstag, 25. Febr., 8 Uhr:  
XVIII. Sinfonie-Konzert.

### Carl Ernst

(Anhaber Willi Ernst)  
Röpenitzer Str. 136, 1 Tr.  
Am 14. 5063.  
Gr. Auswahl! Bill. Preise!  
Sorgfältiger dieser Annonce er-  
hält 10% Preisermäßigung.

### Achtung!!

Carmen-Umblatt  
großblattig, raff. braun u. flott  
brennend pr. Pfd. 1.-, 1.10 u. 1.20  
Hamburger Rohtabak-Haus  
Hengfoß & Maak  
(Vertr.: Alb. Schulze)  
Filiale: BERLIN N.,  
Brunnenstr. 190.

### XIV. Saison!

Zirkus Busch.  
Heute Donnerstag, ab. 7 1/2 Uhr:  
Große Gala-Vorstellung  
Um 9 Uhr ca.: Auftreten des  
weltberühmten  
Konsul Peter!  
Die Vivilles!  
Olympia Desvall!  
? Tackas ?  
Der Burckhardt-Footist, Equi-  
teller, Herr C. Schumann, Meister-  
dressuren. Um 9 1/2 Uhr:  
Auswanderer!  
sowie das große Programm!

### Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Sensationell!  
Rußland.  
Aktuell!  
Rußland.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

### Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-  
saal Moabit.  
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2402.)  
Donnerstag, den 18. Februar:  
Zum erstenmal:  
Ein Dorfmann.  
Schauspiel in 4 Akten: von Galtan,  
Anf. d. Vorst. 8. Kassenöffnung 7 Uhr  
Kongz. 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, 21. Februar: Ein Dorf-  
mann.  
Montag, 22. Februar: Solree der  
Südligen Sängler.

### Sanssouci, Kottbueer

Direktion Wilhelm Köhler.  
Heute Donnerstag: Neues Programm.  
Elite-Soiree Tanzkränzh.  
von  
Hollmanns Nordd. Sängern  
Auf allgem. Wünsche:  
Der Hauschlüssel.  
Lustspiel in 2 Bildern.  
Stärklicher Gehalt!  
Großer Erfolg des ge-  
samten Programms!  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

### Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.  
Zum Schluß:  
Der Kompanieball.  
Militärische  
Humoreske  
von Meysoel.  
Anfang  
mochentags  
8 Uhr,  
Sonnt. 7 U.

### Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.  
Tägl. Spezialitäten-Vorstellung  
mit Franz Sobanski  
Hella Lorenz, Gehlw. Soldater,  
The Gouffmiltz, Giti u. Max Bach,  
Max Wüberg, Max Fee.  
Der Talmi-Graf.  
Poffe in 1 Akt von F. Sobanski.

### Gustav Behrens-

Theater.  
Goltzstr. 9.  
Das vorzügliche Februar-  
Programm.  
Schlager auf Schlager.  
u. a.: Neu!  
Tobias Brautfahrt.  
Komische Operette  
und die übrigen erklaffigen  
Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

### Masken-Garderobe

Carl Ernst  
(Anhaber Willi Ernst)  
Röpenitzer Str. 136, 1 Tr.  
Am 14. 5063.  
Gr. Auswahl! Bill. Preise!  
Sorgfältiger dieser Annonce er-  
hält 10% Preisermäßigung.

### Achtung!!

Carmen-Umblatt  
großblattig, raff. braun u. flott  
brennend pr. Pfd. 1.-, 1.10 u. 1.20  
Hamburger Rohtabak-Haus  
Hengfoß & Maak  
(Vertr.: Alb. Schulze)  
Filiale: BERLIN N.,  
Brunnenstr. 190.

Vom kommenden Geschlecht.

Deutschland steht mit seiner Säuglingssterblichkeit seit Jahren an der Spitze aller Staaten. Das speziell in Preußen die grausame Ungerechtigkeit gegen die Zukunft des Volkes einseitig stark vor-

herrschen ist, zeigt eine Statistik in der jüngst erschienenen Nummer der „Zeitschrift des lgl. preussischen statistischen Landesamtes“.

Geboren wurden im Jahre 1907 in Preußen insgesamt 1 298 201 Kinder. Dies sind gegen 1906 rund 7000 weniger, gegen 1905 18 000 mehr. Von den Geborenen sind 669 572 männlichen und nur 628 719 weiblichen Geschlechts. Der Tod kehrt aber mit unheimlicher Regelmäßigkeit in wenigen Jahren dies Verhältnis in sein Gegenteil um.

Lebendgeboren wurden 1 250 636, davon waren 93 040 ohne staatliche Erlaubnis, also „unehelich“ zur Welt gekommen. Ehelich wurden 34 406 tot geboren — 2,9 Proz., unehelich 4,5 Proz. 1906 waren die Zahlen 3,0 und 4,6. Insgesamt starben im Berichtsjahre 719 804 Kinder. Davon waren im gleichen Jahre 231 888 geboren. Reichlich der Hälfte, genau 21,7 Proz., starben im ersten Lebensjahre. 1905 war es „nur“ der vierte Teil. Die Summe verteilt sich auf 156 993 männliche und 124 675 weibliche Säuglinge, die im ersten Lebensjahre sterben mußten. Von den ehelich geborenen starben unter 100 20,8; von den unehelich geborenen 32! Wie viele davon konnten dem Leben erhalten bleiben, wenn die satte Moral der Gesellschaft sie und ihre Mütter nicht zu Parias gemacht hätte. Scheidet man auch hier wieder nach männlichem und weiblichem Geschlecht, so zeigt sich die Degenerierung der größeren männlichen Geburtenzahl.

Unter 100 Gestorbenen (immer einschließlich der Totgeborenen) waren

ehelich männlich 27, weiblich 19  
unehelich 34, 29

Im Jahre 1907 starben im Alter von 0—15 Jahren (mit Ausschluß der Totgeborenen) 165 599 männliche und 140 226 weibliche Kinder.

Ein besonders interessantes Bild ergibt eine Zusammenstellung der allgemeinen Geburtenhäufigkeit, der Kindersterblichkeit und der Geburtenhäufigkeit der weiblichen Kinder nach den Berufs- und Erwerbszweigen der Eltern (resp. der Mütter bei den unehelichen Kindern). Wenn die Zahlen auch kein absolut genaues Bild ergeben können, da sie sich nur auf das Jahr 1907 erstrecken, so geben sie doch immerhin einen gewissen Anhalt für Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in den einzelnen Erwerbszweigen.

Table with 4 columns: Beruf u. Erwerbszweig der Eltern, and three columns for statistics in 1907 (Auf 100 Erwerbstätige, Auf 1000 Erwerbstätige, Auf 100 Erwerbstätige). Rows include Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, etc.

\*) Mit Einschluß der Totgeborenen.  
\*\*) Mit Ausschluß der Totgeborenen.

Die Höchstzahlen an Geburten auf 100 Erwerbstätige erreichte 1907 die Gruppe Bergbau, Häuten- und Salinenwesen. In dieser Gruppe ist auch die Sterblichkeitsrate der Kinder bedeutend höher als in allen anderen Gruppen. Hundert Erwerbstätige hatten im Jahre 1907 über 4 Kinder im Alter von 0—15 Jahren durch den Tod verloren. Das Verkehrsgewerbe steht mit 13 Geburten an zweiter Stelle, dann folgt Baugewerbe und Metallverarbeitung. Dann Holz- und Sanitätsgewerbe. Es sind also die industriellen Gegenden, die Sammelpunkte mehr oder weniger großer Menschenmassen, in denen die Geburtenhäufigkeit am größten ist. Mit Ausnahme der Gruppe Baugewerbe ist aber auch die Sterblichkeitsrate der Kinder bis zum Alter von 15 Jahren sehr hoch gewesen.

Die geringste Geburtenziffer weist das Versicherungsgewerbe auf, da es aber eine relativ kleine Gruppe ist, hat die Zahl wohl weniger Gewicht. Papierindustrie, Reinigungsgewerbe und Vererberzeugung und Erziehung zeigen dann die kleinsten Differenzen der Geburtenhäufigkeit. Auch die Kindersterblichkeit zeigt bei ihnen für das Berichtsjahr sehr niedrige Zahlen.

Auf je 10 000 Berufsgruppeangehörige kommen die meisten unehelich Geborenen in Reinigungsgewerbe, es sind elf. Dann folgt das Bekleidungs- und Textilgewerbe mit rund neun. Textilindustrie mit reichlich sieben, die Papierindustrie mit sechs und die Landwirtschaft mit fünf Geburten ohne staatliche Erlaubnis. Die geringste Zahl solcher Geburten kommt, abgesehen vom Versicherungsgewerbe auf das Baugewerbe, das Verkehrsgewerbe und den Bergbau. In fast

st zu erkennen, daß in den Berufen, wo die weibliche Arbeitskraft viel verwendet wird, auch die Zahl der unehelichen Geburten hoch ist.

Das bitterste Kapitel ist von allen Zahlen dasjenige, welches von den häuslich Dienenden spricht.

Im häuslichen Dienste, einschließlich persönlicher Bedienung (ohne das ländliche Gesinde) wurden

Table with 2 columns: ehelich, unehelich. Rows: lebendgeboren, totgeboren, zusammen.

1907 zählte die Berufsabteilung in Preußen 322 338 Dienstmädchen, also auf 100 Erwerbstätige 9,4 Geburten und auf 1000 Erwerbstätige 67,5 uneheliche Geburten! Unter allen anderen Gruppen ist Berlin mit reichlich vier unehelichen Geburten an erster Stelle!

Eine fürchterliche Auflage ist diese Zahl. Wie viel wird damit gefündigt an der Volksgesundheit, an den Menschen. Welches Meer von Tränen fließt da alljährlich und läßt den letzten Sonnenstrahl, der sich sonst in die Dienstbotenkammer verirrt, verschwinden. In dieser Kistenkammer drückt sich die vollständige Rechtlosigkeit, die mittelalterliche Leibeigenschaft aus.

Und der Tod räumt unter diesen Ausgestoßenen der Gesellschaft, trotzdem gerade unter ihnen das gesunde Kind, das zur Mutter geradezu prädestinierte Weib vorherrscht, auf. Im Jahre 1907 starben im Alter von 0—15 Jahren 7737.

Hier muß etwas geschehen! Die Sorge um das kommende Geschlecht ist mit der ersten Aufgabe des Staates und seiner Regierung. Und die preussische Regierung sorgt nicht für das kommende Geschlecht. Dieser ganze Apparat ist nur darauf eingerichtet, die Lebenslage der großen Masse des Volkes, jede politische Lebensänderung derselben zu verschlechtern und zu verhindern.

Verfassungen.

Die Pfarrerebendungen und der preussische Landtag.

Die Landtagswähler von Moabit hielten am Dienstag in der Aronendauer eine öffentliche Versammlung ab, um ihrem am Sonntagabend im Landtag durch den Gewaltstreich der Mehrheit mündlich gemachten Abgeordneten Adolf Hoffmann Gelegenheit zu geben, seine Meinung über die Pfarrerebendungen und den preussischen Landtag zu sagen. Die Wähler waren zeitig und in gewaltiger Masse erschienen, der Saal und seine Galerien waren gedrängt voll, als der Redner halb nach 8 Uhr seinen Vortrag begann, und auch das jetzt noch gänzlich wahrheitslose weibliche Geschlecht war zahlreich vertreten. Genosse Hoffmann führte in seinem zweistündigen Vortrage unter anderem aus: Der Landtag hat seine eigene Geschäftsordnung mit Füßen getreten, um uns, die Vertreter des arbeitenden Volkes, nicht zu Worte kommen zu lassen. Die Mehrheit, die den Gewaltstreich verurteilt, wußte, warum sie das tat, denn kein anderes Gesetz, das im Landtag zur Beratung stand, verstößt so sehr gegen die Interessen des Volkes wie das Pfarrerebendungsgesetz. Das war es, was man im Landtag nicht haben wollte, und nicht etwa, daß man befürchtet hätte, wir könnten bei unserer Kritik des Gesetzentwurfes die Religion beschimpfen. Ich fordere die Gegner aus, meine erste Rede, sei es im offiziellen Landtagsbericht oder in der von uns herausgegebenen Broschüre, nachzulesen und mir auch nur eine einzige Stelle zu nennen, wo ich gegen die Religion gesprochen habe. Was ich gefordert habe, ist nur, wie und zu welchen Zwecken man die Religion mißbraucht. Das Gesetz, das für Gehaltssteigerungen der evangelischen und katholischen Geistlichen 12 1/2 Millionen vorschlägt und schließlich den Staatszuschuß der beiden Konfessionen gegeben wird, auf rund 35 Millionen erhöhte, ging damals an die Kommission, wo wir Sozialdemokraten nicht mitreden konnten, und kam mit einer weiteren Erhöhung um 1/2 Million für die evangelische und 1/4 Million für die katholische Geistlichkeit wieder heraus. Sehen wir nun einmal ganz ab von unserer prinzipiellen Forderung der Trennung von Kirche und Staat, die ja eigentlich keine sozialdemokratische ist, sondern ein Standpunkt, den früher die gesamte liberale Bourgeoisie eingenommen hat, und werfen wir dann die Frage auf, ob diese Staatszuschüsse notwendig sind. Man hat gesagt, die Gehälter der Geistlichen reichten nicht aus. Ihr Mindestgehalt beträgt jedoch in Preußen 1800—4500 M., wozu noch freie Wohnung und Gemüsegärten oder Mietszuschüsse kommen, die in Berlin und anderen Großstädten auf 1500 M. bemessen sind. Fast die Hälfte des preussischen Volkes aber muß sich mit Jahreseinkommen von unter 900 M. begnügen. Berliner Geistliche bezogen bisher schon Gehälter von 10000 bis hinauf zu 17150 M. und 138 Geistliche Berlins hatten mehr als 5000 M. und ihr Durchschnittsgehalt belief sich auf 7000 M. Selbst in der Provinz Brandenburg gibt es Pfarrergehälter von über 10 000 bis über 13 000 M. Viele Geistliche bezogen hier 7000 bis 10 000 M. und solche Gehälter werden in Kleinstädten, ja Dörfern gezahlt. Unser Standpunkt gegen die Erhöhung der Staatszuschüsse hat 1889 die preussische Regierung selbst vertreten; als der berühmte Hammerstein für diese Zwecke, die doch nach dem, was jetzt bewilligt ist, so gering erscheinende Summe von 3 700 000 M. forderte, lehnte es der damalige Kultusminister von Gossler ganz entschieden ab. Der Redner schilderte dann noch weiter die Verhältnisse der evangelischen und katholischen Geistlichkeit Preußens, über die ja auch der „Vorwärts“ (siehe u. a. Nr. 288 und 302 vorigen Jahres) in mehreren Artikeln Auskunft gegeben hat, machte auch darauf aufmerksam, daß eine große Anzahl von Geistlichen eine so geringe Seelenzahl zu versorgen hat, daß die Herren nur Sonntagsarbeiter sind und kaum wissen, was sie im übrigen mit ihrer Zeit anfangen sollen. Das Wertwürdige an dem Pfarrerebendungsgesetz ist ja, daß nicht wie bei anderen Befolgungsgesetzen ein Mindest- und ein Höchstgehalt festgesetzt wird, sondern nur ein Mindestgehalt. Würde die Kirche, die evangelische wie die katholische, die allzu fetten Pfanden auf ein anständiges Maß herabzusetzen, so könnte sie ohne irgend welche weiteren Zuschüsse den wirklich schlecht gestellten Geistlichen reichlich helfen und das Mindestgehalt von 6000 Mark selbst einführen, und ebenso könnten die jüdischen Kultus-

gemeinden im Übermaß für Gehaltsaufbesserungen sorgen, wenn nur die reichen Synagogen ihre Mittel hergeben würden. Der Redner erinnerte auch daran, wie die Kirche — was ja selbst ein Blatt wie die „Nationalzeitung“ ausgeführt hat — durch die Staatszuschüsse immer mehr abhängig vom Staate wird, sich damit selbst schädigt, weil die Massen des Volkes sich demzufolge immer mehr von der Kirche abwenden. Ist doch jetzt schon der Drang zur Kirche keineswegs so groß, daß etwa dadurch die Gehaltssteigerungen irgendwie gerechtfertigt erscheinen könnten. Hat doch der Stadtdekan Kiefer in Stuttgart erklärt, daß von den 170 000 evangelischen Einwohnern der Stadt über 150 000 die Gottesdienste überhaupt nicht besuchen! (Ein Zwischenruf: Bravo!) Es ist falsch, wenn Sie Bravo rufen, fährt der Redner fort; wer zu solcher Organisation wie die Kirche gehört, soll auch in ihre Versammlungen gehen. Wir Sozialdemokraten würden uns bedanken für solche Mitglieder, deren große Masse es überhaupt nicht für nötig hält, die Versammlungen unserer Organisation zu besuchen. — Nachdem der Redner unter anderem noch hervorgehoben hatte, wie der preussische Staat seine Beamten zwingt, auch gegen ihre Lebensversicherung der Kirche anzugehören, wie schamlos die liberalen Blockpöster gegen ihre Grundzüge und in Zukunft, daß der schwarze Mann, das Zentrum, wieder regierungsfähig werden könnte, der Reaktion bereitwillig ihre Handlangerdienste leisten, wie es vor allem statt für die Kirche, die den Staat nichts angeht, notwendig ist, für die Schule zu sorgen, schloß er mit den Worten: Sie, wer te Antwefende, haben es in Händen, für die Trennung von Staat und Kirche zu sorgen. Ihr aber, die Ihr uns im Parlament nicht sprechen lassen wollt, seid die Totengräber eurer eigenen Kirche.

Nach dem Vortrag, der stürmischen Beifall fand, forderte der Vorsitzende V i e t h die Gegner auf, sich zum Wort zu melden und sicherte ihnen, was ja selbstverständlich in den von unserer Partei einberufenen Versammlungen ist, volle Redefreiheit zu. Aus der Versammlung wurde nach dem freisinnigen Pastor Kunze gerufen, aber es meldete sich weder dieser noch ein anderer Gegner. Genosse V i e t h sagte dann, die bürgerlichen Parteien im Landtag hätten vereinbart, unseren Abgeordneten nicht mehr zu Worte kommen zu lassen. Die Folge ihres Gewaltstreiches vom Sonntag sei aber, daß Genosse Hoffmann nun seine Rede in 57 Versammlungen halten werde. Tatsächlich hat der Genosse Hoffmann schon über 100 Einladungen zu diesem Zweck erhalten, denen er natürlich nicht alle nachkommen kann, so daß er sich zunächst auf 57 beschränken mußte. Man beabsichtigt ja nun mit unlauteren Mitteln die Mandate unserer Genossen zu kaszieren. Wir werden es an nichts fehlen lassen, um sie von neuem zu erobern. Notwendig ist es, daß jeder seine Pflicht tut. (Zwischenruf: Das werden wir!)

Genosse Hoffmann: Ich muß richtig stellen, daß die Gegner nicht allgemein beschloffen haben, uns im Landtag nicht mehr zu Worte kommen zu lassen, sondern daß ich nicht eher wieder das Wort erhalten soll, bis ich Abbitte dafür leiste, daß ich ihren Gewaltstreich als das bezeichnet habe, was er ist. Ich bin bereit dazu, meine Worte zurückzunehmen, wenn andererseits die Herren ihre „Strolche“, „Bengel“ und „Bengel“ zurücknehmen. Mögen die Herren erst selbst das tun, was anständig ist, dann werden wir unsere Meinung ruhig vortragen. Daran müssen sie sich und werden sie sich auch gewöhnen. Sonst aber halte ich mich an den Grundsatz: Auf einen Sägem andert halbe, auf einen groben Noh ein grober Keil. Und wenn sie unsere Mandate kaszieren, nun gut, eine bessere Wahlparole können wir uns gar nicht wünschen. Wenn sie dann wieder über unseren Terrorismus schreiben, dann werden wir nicht mehr davon reden und schreiben, dann üben wir ihn eben aus. Sicherheit nicht aus Liebe zum Terror, uns tun die Leute leid, die dadurch vielleicht geschädigt werden, sondern um das Gebelne und allgemeine gleiche Wahlrecht zu erreichen. Im übrigen muß die Parole für die Arbeiterschaft sein: Raus aus der Kirche, wer nicht innerlich zu ihr gehört.

Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die von 4000 Personen besuchte Versammlung der Landtagswähler von Moabit protestiert auf das schärfste gegen den Gewaltstreich der Landtagsmehrheit zur Mundstummung ihrer Abgeordneten und verpflichtet sich, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß in Zukunft die Stimme des preussischen Volkes im Landtag Gehör findet.“

- Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute abends 9 Uhr: Sitzung bei R. Eichhorn, Danziger Straße 10: Sitzung. Gäste willkommen.
- Sozialdemokratischer Leser- und Diskussionsklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dugge, Kottbusser Allee 95: Generalversammlung.
- Verein ehemaliger Weiler (Abteilung B). Heute abend 8 1/2 Uhr bei Vorkort, Brunnenstr. 3: Sitzung. Gäste willkommen.
- Verband der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Sorote. Heute abend 9 1/2 Uhr, Rosenhaller Straße 11/12: Versammlung und Vortrag.
- Freie Jugendorganisation. Abteilung Weihenlee. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Weber, Friedländerstr. 37: Mitgliederversammlung, Vortrag.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 16. 2. 15. 2., seit 1909, and another set of columns for the same. Rows include Remel, Bregel, Weichsel, etc.

\*) + bedeutet Hoch, — Fall. — \*) Unterpenel. — \*) Eisstand. \*) Der höchste Wasserstand: 254 cm trat am 15. d. 6 Uhr nachmittags ein und hielt bis zum 16. d. 2 Uhr nachts an. — \*) Schwaches Treibeis. — \*) Eisfrei.

Advertisement for Heyn & Goldschmidt. Includes address: Danziger Straße 98, Pappel-Allee 1 u. 2. Text: Zur Einsegnung: Reinwollene Cheviots, schwarz und farbig, Meter von 85 Pf. bis 2,50 Mark, gute, schwere Diagonals u. Crêpes in allen modernen Farben, Meter 1,45 bis 2,25 Mark. Einsegnungs-Hüte, Oberhemden. Serviteurs, Kragen, Manschetten, Krawatten.

